Asylanten im Luxus S. 3

Preußische Allgemeine Zeitung

Das Ostpreußenblatt

Unabhängige Wochenzeitung für Deutschland

Nr. 37 – 16. September 2016

Einzelverkaufspreis: 2,70 Euro

C5524 - PVST. Gebühr bezahlt

DIESE WOCHE





Erfolgloser Rufer in der Wüste: CSU-Chef Seehofer verlässt das Kanzleramt nach dem Spitzentreffen der Koalition Bild: pa

Hoffen statt Handeln

Groko-Gipfel hat sich vor der drängenden Asylfrage einfach weggeduckt

Ein schlimmes Zeichen: Wegen ihrer Unfähigkeit zur Einigung blenden CDU und SPD die Schicksalsfrage kurzerhand aus.

Horst Seehofer war die Unzufriedenheit deutlich anzusehen: Alle möglichen Themen haben die Spitzen von CDU, CSU und SPD auf ihrem Dreiergipfel im Kanzleramt beraten. Nur die Asylkrise, die blieb ausgespart.

Seit einem Jahr versucht der CSU-Chef, sich mit eigenen Vorstellungen in der Asylfrage von der Schwesterpartei und dem Koalitionspartner SPD abzusetzen. Wieder aber hat er nichts durchsetzen können, diesmal gar aufgrund der Tatsache, dass das gravierendste politische Thema der Gegenwart gar nicht erst zur Sprache kam.

Dass dies so war, ist ein beunruhigendes Zeichen. Denn es signalisiert den Rückfall in eine Praxis, die niemals zielführend war und die der Dramatik dieser Tage ganz und gar unangemessen ist: nämlich Themen, über die sich die Mächtigen nicht einig werden, einfach auszuklammern, um Harmonie zu demonstrieren. Und Handlungsfähigkeit vorzutäuschen, indem man sich der weniger schweren Konflikte „erfolgreich“ annimmt.

> Diese Praxis hat das Problem erst so groß werden lassen

Es soll nicht vergessen werden, dass es diese Politik des Ausklammerns gewesen ist, welche die Asylkrise überhaupt erst so groß hat werden lassen. Jahrelang guckte Berlin zu, wie der Druck auf die Grenzen an der Südflanke der EU anstieg. Deutsche Medien rümpften besserwisserisch die Nase über spanische Grenzzäune um die Exklaven in Marokko. Zur gemeinsamen Grenzsicherung wurde fast nichts getan, denn das Thema verhieß nur Ärger.

Als dann der Strom sprunghaft anstieg, war die Ratlosigkeit groß. Heute wollen die Regierenden den Deutschen einreden, das Schlimmste sei überstanden. Daher habe das Thema Asylflut keinen Vorrang mehr. In Wahrheit steigt der Pegel längst wieder an, wie die Nachrichten aus Griechenland und Italien belegen.

Doch die Koalition weicht dem Thema nach alter Manier lieber aus, statt die strittigen Punkte endlich anzugehen. So wird die Bundesregierung dem nächsten Ansturm abermals hilflos gegenüberstehen und sich in Ad-hoc-Maßnahmen oder skandalöses Nichtstun flüchten.

In den südeuropäischen Ländern dürfte die Neigung nicht gering sein, es den Deutschen zu zeigen, indem man sie erneut der vollen Wucht des Asylansturms aussetzt. Die Berliner Mischung aus Nichtstun und wohlfeiler Kritik an der robusten Grenzsicherung anderer Staaten hat in den betroffenen Ländern einen tiefen Groll hinterlassen.

Was haben Merkel und Gabriel vor? Wollen sie die offenen Fragen von Asyl und massenhafter illegaler Einwanderung bis auf die Zeit nach der Wahl 2017 hinausschieben? Das wird ihnen kaum gelingen. So scheint man sich in Berlin auf das reine Hoffen verlegt zu haben, dass es schon nicht so schlimm kommt. Das ging schon einmal schief. *Hans Heckel*

JAN HEITMANN:

Dummfromm

Migranten“ – irgendwann konnte selbst der Gutmütigste das Wort nicht mehr hören. Auch mit „Flüchtlingen“ und „Geflohenen“ ließen sich nach einiger Zeit kaum noch Emotionen für die Zuwanderer wecken. Also erfanden die Staats- und Konzernmedien den „Schutzsuchenden“. Als auch der nicht mehr zu Herzen ging, wurde aus ihm der „Schutzbedürftige“. Damit sollte unterstrichen werden, dass jeder der von sonst woher zu uns Kommenden Anspruch auf Aufnahme habe. Den ganz Hartgesottenen, denen selbst jetzt noch nicht die Augen feucht werden wollen, präsentieren die Kirchen nun die absolute Steigerung, den „Schutzflehenden“.

Dazu haben sie allen Grund, fordert doch sogar die Regierungspartei CSU Asylrechtsverschärfungen. Selbstverständlich ist der Platz der Kirchen an der Seite der Schwachen, Notleidenden und Bedrohten. Doch tatsächlich zählt dazu nur ein Bruchteil der „Schutzflehenden“. Es ist auch weniger das Prinzip der Nächstenliebe, das die Kirchen dazu treibt, die Aufnahme von Millionen zumeist nichtchristlicher Menschen ohne Rücksicht auf das Gemeinwohl zu propagieren. Vielmehr steckt Gewinnstreben dahinter, denn die kirchlichen Organisationen machen als Teil der Wohlfahrtsindustrie ein Milliardengeschäft.

„Die Franzosen werden nicht eher aufwachen, als bis Notre Dame zu einer Moschee geworden ist.“ Dieser Ausspruch stammt nicht von einem „Rechtspopulisten“ unserer Tage, sondern von dem 1995 verstorbenen Kulturphilosophen Emile M. Cioran. Was für die Franzosen und Notre Dame gilt, gilt auch für die Deutschen und den Kölner Dom. Dieser Erkenntnis aber verweigern sich die Kirchenoberen in selbstgefährdender Dummheit.

Rätselraten im NSU-Ausschuss

An keinem der 27 Tatorte wurden Spuren von Mundlos oder Böhnhardt gefunden

Eigentlich soll der derzeitige NSU-Untersuchungsausschuss Fragen klären, die im ersten NSU-Untersuchungsausschuss offen geblieben waren, doch tatsächlich werfen die Zeugenvernehmungen mehr Fragen auf, als sie beantworten. Nicht weniger als 15 Banküberfälle, zwei Sprengstoffanschläge und zehn Morde, begangen zwischen 2000 und 2006, werden dem sogenannten Nationalsozialistischen Untergrund zur Last gelegt. Doch an keinem der 27 Tatorte konnten DNA-Spuren von Uwe Mundlos oder Uwe Böhnhardt gesichert werden, jenen beiden Männern, die sich in Eisenach in ihrem Wohnmobil selbst umgebracht haben sollen.

Das sei „ungewöhnlich“, meinte Carsten Proff, DNA-Spezialist im Bundeskriminalamt (BKA), bei seiner Aussage vor dem Ausschuss, für ihn als alten Hasen aber auch nicht „super ungewöhnlich“. Er vermutet, dass die Taten „wohl sehr gut vorbereitet“ gewesen seien. Man könne ja durchaus aus dem Internet Tipps bekommen, wie DNA-Spuren zu vermeiden seien – nicht nur mit Handschuhen, sondern etwa auch Sturmhauben. Die beiden Männer seien gewiss „sehr planerisch“ tätig gewesen. Andererseits kommen auch dem alten BKA-Hasen Zweifel, musste er doch einräumen, dass es „schon nicht einfach“ sei, einen Tatort DNA-frei zu halten oder wieder zu machen: „Da muss man sich sehr anstrengen“, ist Proff überzeugt.

> Mehr Fragen als Antworten

Rätsel gibt auch „P 46“ auf, eine DNA-Spur an der Innenseite einer Socke, die im Wohnmobil gefunden wurde. Es ist eine Mischspur, die einerseits Beate Zschäpe zuzuordnen ist, andererseits aber auch einer bisher unbekannten Person. Der Dateien-Vergleich ergab einen Bezug dieser Spur zu drei Taten in Hessen, Berlin und Nordrhein-Westfalen. Proff mutmaßt dazu, dass es sich um eine Kontamination handeln könne – womöglich durch polizeiliches Verbrauchsmaterial, das bei den Tatortuntersuchungen verwandt und von derselben Firma geliefert wurde. Schließlich lägen die fraglichen Delikte – schwerer Diebstahl und schwerer Bandendiebstahl – „inhaltlich weit auseinander“ zum NSU-Komplex. Proff zufolge hat es gerade in den NSU-Ermittlungen „viele Mischspuren von magerer Qualität“ gegeben. Vieles habe „an der Nachweisgrenze“ gelegen. So müsse man das Löschwasser berücksichtigen, sowohl beim Wohnmobil, das in Flammen aufging, als auch bei der in Brand gesetzten Wohnung des Trios in Zwickau. Zudem hätten „Berechtigte“ wie Ermittler und Feuerwehrleute Spuren verursacht. *J.H.*

Polen will Macht

Strategische Partnerschaft mit Rumänien

Die polnische Regierung hat während eines Gipfeltreffens der sogenannten Visegrad-Staaten Polen, Tschechien, Slowakei und Ungarn mit Regierungsvertretern von Rumänien, Bulgarien, Kroatien und Slowenien in Warschau die Entwicklung einer EU-Strategie für eine neue „Makroregion Karpaten“ angeregt, bei deren Ausgestaltung Polen die führende Rolle übernehmen will. Im Zuge der Selbstzersetzung der Ukraine löst sich die Karpato-Ukraine zunehmend aus ihrem bisherigen Mutterstaat heraus, und insbesondere Ungarn und seit einigen Jahren auch die Tschechische Republik versuchen zielgerichtet, ihren Einfluss in dieser Region auszubauen.

Dem will Polen nicht nachstehen und sucht hierzu vor allem den Schulterschluss mit Rumänien, dem traditionellen Gegenspieler Ungarns. Hierzu diente kurz nach dem Treffen in Warschau ein Besuch von Polens Ministerpräsidentin Beata Szydlo bei ihrem rumänischen Amtskollegen Dacian Ciolos, das demonstrativ in der alten moldauischen Hauptstadt Sotschen (rumänisch Suceava) an der Nordostgrenze Rumäniens stattfand. Hier verkündeten beide Länder feierlich die Begründung einer strategischen Partnerschaft, mit deren Hilfe sie die künftige Karpaten-, Moldau- und Ukrainepolitik maßgeblich mitgestalten wollen. *Thomas W. Wyrwoll*

MELDUNGEN

Aushebelung der Mietpreisbremse

Berlin – Wohnungen in deutschen Großstädten werden zunehmend möbliert angeboten, sodass die Mietpreisbremse nicht greift. Wie das Beratungsunternehmen Empirica im Auftrag der „Süddeutschen Zeitung“ ermittelt hat, werden möblierte Apartments in den Großstädten 60 bis 80 Prozent teurer vermietet als Wohnungen ohne Einrichtung. So kostet etwa in München ein möbliertes Apartment im Schnitt gut 26 Euro pro Quadratmeter. Für Mietwohnungen ohne Einrichtung wird ein durchschnittlicher Wert von gut 16 Euro angegeben. Ermittelt wurde, dass sich in München inzwischen 60 Prozent aller Wohnungsinserate auf möblierte Apartments beziehen; vor vier Jahren lag der Anteil nur bei 35 Prozent. *N.H.*

Geldspritze für Problemviertel

Berlin – Die Bundesregierung will mit 1,2 Milliarden Euro zusätzlich und einer ressortübergreifenden Strategie benachteiligten Stadtteilen helfen. Ein vom Bundeskabinett verabschiedeter Plan des Bundesbauministeriums sieht unter anderem Investitionen vor, die bis zum Jahr 2020 vor allem in soziale Brennpunkte fließen sollen. Profitieren sollen von dem Geld insbesondere schwierige Stadtteile, die aus Sicht der Bundesregierung eine „besondere Leistung bei der Integration“ von Asylsuchern und anderen Immigranten erbringen. Die zusätzlichen Mittel sollen fast vollständig an die Länder gehen und sie von den Kommunen abgerufen werden können. Welche Kommunen in welchem Maße profitieren werden, steht nach Angaben des Bauministeriums noch nicht fest. *NH*

»Auch an Ihren Händen ist Blut«

Berlin – Der Informatiker Christopher Soghoian wirft in Deutschland ansässigen Softwareformen vor, autoritären Regimen die Bespitzelung und Überwachung ihrer Bürger zu ermöglichen. Vor dem NSA-Untersuchungsausschuss des deutschen Bundestages erklärte der Kanadier, der für die American Civil Liberties Union (ACLU), die größte und mit 96 Jahren zweitälteste Bürgerrechtsorganisation in den Vereinigten Staaten, tätig ist, „Deutschland ist nicht unschuldig, auch an Ihren Händen klebt Blut“. Der 35-Jährige gilt als profilierter Experte für Angriffe auf das Internet durch Behörden und als Kritiker von Softwarefirmen, die dem Staat die dafür erforderlichen Mittel an die Hand geben. Er empfiehlt dem Ausschuss, sich die Kundenlisten von in der Bundesrepublik ansässigen Firmen anzusehen, die „einige der repressivsten Staaten der Welt“ mit Spionagesoftware belieferten. US-amerikanische Internet-Unternehmen wie Google, Facebook oder Microsoft nimmt er hingegen in Schutz. Diese legten dem libertären Geist des Silicon Valley gemäß im Prinzip Wert auf Staatsferne. Jedoch sei ihnen das Treiben der Geheimdienste im Internet lange Jahre gleichgültig gewesen. Dies habe sich erst im Jahre 2013 nach den Enthüllungen des Geheimdienstkritikers Edward Snowden über die Aktivitäten der National Security Agency (NSA) schlagartig geändert. *J.H.*

»Versteinertes Besatzungsrecht«

Interview mit dem Buchautor Bruno Bandulet über die »systematische Plünderung Deutschlands seit 1945«

Dr. phil. Bruno Bandulet promovierte über Adenauers Außenpolitik, arbeitete in der CSU-Landesleitung als Referent für Deutschland- und Ostpolitik, war Autor von „Zeitbühne“ und „Transatlantik“, Chef vom Dienst der Tageszeitung „Die Welt“ und Mitglied der Chefredaktion der Illustrierten „Quick“. 1995 gründete er den politischen Hintergrundienst „Deutschlandbrief“, der seit 2009 als monatliche Kolumne im libertären Magazin „Eigentümlich frei“ erscheint. Bandulet ist Mitglied der Friedrich A. von Hayek Gesellschaft und hat soeben im Kopp-Verlag ein Aufsehen erregendes Buch mit dem aufschlussreichen Titel „Beuteland. Die systematische Plünderung Deutschlands seit 1945“ herausgebracht. Bernd Kallina sprach mit ihm über wichtige Thesen seiner Neuerscheinung.

PAZ: *Herr Bandulet, In Ihrer jüngsten Veröffentlichung „Beuteland“ greifen Sie so ziemlich alle politisch korrekten Sichtweisen zur deutschen Nachkriegsgeschichte an. Gefallen Sie sich in der Rolle des unerschrockenen Provokateurs?*

Bruno Bandulet: Wenn sich jemand provoziert fühlt, bitte sehr. Das habe ich einkalkuliert. Das Berufsethos eines Historikers kann doch nur darin bestehen, den Dingen auf den Grund zu gehen und sie so zu schildern, wie sie sich zugetragen haben. Dass die politische Klasse und die tonangebenden Medien sich in einem Geschichtsbild eingerichtet haben, das mit der Wirklichkeit wenig zu tun hat, ist deren Problem. Ich gebe Ihnen ein Beispiel: Der Herausgeber der Tageszeitung „Handelsblatt“ schrieb in einem Kommentar, 1945 seien die Ostdeutschen aus den „zuvor von ihnen besetzten Gebieten“ geflohen. Ich habe ihn schriftlich um Antwort gebeten, welche Gebiete er damit meinte – keine Antwort bis heute. Vermutlich lässt er noch recherchieren, zu welchem Staatsgebiet Ostpreußen und Schlesien gehört haben.

PAZ: *Auch widersprechen Sie der pauschalen These von der Befreiung Deutschlands 1945 und verweisen auf eine offiziell kaum bekannte US-Direktive JCS 1067. Was besagt denn diese ominöse Direktive?*

Bandulet: Weder hat sich die Mehrheit der Deutschen befreit gefühlt, wie wir von vielen Zeitzeugen wissen, noch wollten die Siegermächte Deutschland befreien. Die These von der Befreiung verträgt sich ja auch schlecht mit der These von der Kollektivschuld. Nein, sie wollten das Land erobern. Auch Konrad Adenauer spricht in seinen Erinnerungen nicht von Befreiung, sondern von Besetzung. Die von Präsident Franklin D. Roosevelt am 23. März 1945 unterschriebene Direktive 1067 der Joint Chiefs of Staff, der Vereinten Stabschefs, legt in allen Einzelheiten die künftige amerikanische Besatzungspolitik fest. Sie galt bis zum Sommer 1947. In Paragraph 4 der Direktive heißt es: „Deutschland wird nicht zum Zweck der Befreiung besetzt werden, sondern als besiegte Feindnation.“ Und in Paragraph 5 wurde untersagt, den Wiederaufbau der Wirtschaft in die Wege zu leiten.

PAZ: *Führte das etwa dazu, dass der berüchtigte Morgenthauplan, der Deutschland ursprünglich in eine Wüste verwandeln sollte, keineswegs schon im Sommer 1945 begraben wurde, wie Sie behaupten?*

Bandulet: Der genozidale Morgenthau-Plan wurde zwar nicht eins zu eins umgesetzt, ging aber in abgeschwächter Form in die Besatzungsdirektive JCS 1067 ein. Als diese am 10. Mai 1945 auch vom neuen amerikanischen Präsidenten Truman unterzeichnet wurde, sprach Henry Morgenthau von einem „großen Tag“. Er hoffe, fügte er hinzu, dass nicht jemand die Direktive „als den Morgenthau-Plan wiedererkenne“. Tatsächlich war der barbarische Plan in den USA nicht unumstritten. Aber erst im Juli 1947 wurden die „Morgenthau-Boys“, die Beamten aus dem Finanzministerium, die über die Durchsetzung von JCS 1067 wachen sollten, aus Deutschland abgezogen. Der Bruch mit Stalin und der heraufziehende Ost-West-Konflikt waren es, die Deutschland retteten.

PAZ: *Herr Bandulet, Sie sind ja ein richtiger Legenden-Killer: So schreiben Sie, dass die von Harry S. Truman aufgestellte Behauptung, die USA hätten keine Reparationen verlangt, unrichtig sei. Was stimmt also?*

Bandulet: Die Behauptung ist nur insofern richtig, als die USA keine Reparationen „verlangt“ haben – die Siegermächte haben sie sich einfach genommen. Der Unterschied zu Versailles bestand ja darin, dass kein Friedensvertrag abgeschlossen wurde, sondern dass willkürlich und nach Gutdünken der Sieger geplündert wurde. Der Wert des geraubten Privateigentums, der Ostgebiete, der Zwangsexporte, der zwei Milliarden Arbeitsstunden der Kriegsgefangenen nach Kriegsende, der intellektuellen Reparationen und der Demontagen lässt sich objektiv nicht beziffern. Ich nenne aber Summen und überlasse es dem staunenden Leser, sich ein Urteil zu bilden. Mein Fazit lautet, dass nach 1945 weitaus mehr aus Deutschland herausgezogen wurde, als auf Grund des Versailler Vertrages an Reparationen geleistet wurde.

> »Die Regierung Adenauer kämpfte noch um mehr Selbstbestimmung. Seit Kohl und Merkel läuft der Film rückwärts«

PAZ: *Bei den „intellektuellen Reparationen“, wie Sie den Wissenstransfer nach 1945 aus Deutschland nennen, handelte es sich angeblich um den größten Wissenstransfer aller Zeiten. Können Sie ihn in dieser superlativen Dimension wirklich belegen?*

Bandulet: Stellen Sie sich einmal vor, die USA würden besetzt und die Sieger ließen überall im Land Teams von Spezialisten ausschwärmen, die in Firmenzentralen, Fabriken und Forschungsinstitute eindringen, um sämtliche Betriebsgeheimnisse und den gesamten Stand der Forschung zu sichten und fortzuschaffen. Nichts anderes hat sich in Deutschland 1945 und danach abgespielt. Allein im Berliner Reichspatentamt wurden von den dort liegenden Patenten und Patentanmeldungen mehr als 17 Meilen auf Mikrofilm fotografiert. Nicht zu vergessen die Wissenschaftler, die mehr oder weniger freiwillig nach Amerika, Russland, Frankreich und Großbritannien gingen. Die deutsche Technologie war in wichtigen Bereichen Weltspitze. Eine derart systematische Plünderung von Wissen hatte es nie zuvor gegeben.

PAZ: *Seit der Wiedervereinigung folge die deutsche Politik einem geheimen Fahrplan – jenseits von wirklicher Souveränität. Heißt dass, das zum Beispiel weiterhin Besatzungsrecht bei uns gilt?*

Bandulet: Mit dem Zwei-plus-Vier-Vertrag wurde die Bundesrepublik völkerrechtlich souverän, und seitdem kann sie den fremden Truppen auf deutschem Boden kündigen. Was bleibt, ist „versteinertes Besatzungsrecht“, eine weithin unbekannte und komplizierte Materie, auf die ich im Detail eingehe. Im Übrigen muss Souveränität auch politisch gelebt und wahrgenommen werden – und daran mangelt es bis heute. Der „geheime Fahrplan“ findet sich in einem erstaunlich offenen Aufsatz von Hans Arnold, der als Inspekteur des Auswärtigen Dienstes für die Ausbildung deutscher Diplomaten verantwortlich war. Der Titel sagt alles: „Deutschland muss sich selbst entmachten“. Der entscheidende Schritt zur Selbstentmachtung war die Aufgabe der Deutschen Mark und damit der monetären Souveränität. Die Regierung Adenauer kämpfte noch um mehr Selbstbestimmung. Seit Kohl und Merkel läuft der Film rückwärts.

PAZ: *EU und europäische Integration blieben die Ziele deutscher Staatsräson und die Einführung des Euro sei der Kardinalfehler der deutschen Politik seit 1949. Was wären denn die Alternativen gewesen?*

Bandulet: Die Alternative wäre ein vertraglich seriös geregelter europäischer Staatenbund gewesen, möglichst auch mit einer gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik, an Stelle des bürokratischen Monstrums EU. Und statt des Euro ein Europäisches Währungssystem, das Kooperation ermöglicht, aber die nationalen Währungen beibehält.

PAZ: *Zu Merkels sogenannter Willkommenskultur: Da äußern Sie den Verdacht, dass es sich hierbei um einen weiteren Akt einer Vergangenheitsbewältigung handeln könnte, die nicht vergeht (Ernst Nolte) und verweisen auf den französischen Philosophen Alain Finkielkraut.*

Bandulet: Ich bin immer noch unsicher, was Merkel dazu getrieben hat, 2015 Recht zu brechen und die Grenze für eine unkontrollierte Masseneinwanderung zu öffnen. Vielleicht war es ein schuldinduzierter Akt der Vergangenheitsbewältigung. Vielleicht folgte sie dem Fahrplan maßgebender Kreise, die Homogenität des Nationalstaates zu unterminieren. Vielleicht war es eine Mischung aus Naivität, Gutmenschentum und Skrupellosigkeit mit dem Hintergedanken, Deutschland zur moralischen Großmacht zu erheben.

PAZ: *Wo Gefahr ist, wächst das Rettende auch, heißt es so schön. Herr Bandulet, Ihr Buch „Beuteland“ präsentiert ja eine nicht gerade ermutigende Lageanalyse deutscher Befindlichkeiten. Wie kommen denn die Deutschen aus dieser prekären Lage wieder heraus?*

Bandulet: Nichts ist mächtiger als der sich stets wandelnde Zeitgeist. Wir sehen ja, wie das oktroyierte schiefe Geschichtsbild der Deutschen die ersten Risse bekommt. Sonst würde sich mein Buch nicht so gut verkaufen. Es hat offenbar einen Nerv getroffen. Die lange Zeit zementierte politische Landschaft in Deutschland beginnt aufzubrechen. So wie es aussieht, wird 2017 eine echte Opposition in den Deutschen Bundestag einziehen.

Autor des Buches „Beuteland“: Bruno Bandulet Bild: Bandulet

»Eine große Katastrophe«

Selbst Neuwahlen ließen in Spanien keine Regierungsmehrheit erwarten

In Spanien blockieren sich seit den Parlamentswahlen vom 20. Dezember vorigen Jahres die bürgerlichen Parteien und die linken Formationen gegenseitig. Die deshalb vorgezogene Wahl am 26. Juni hat daran wenig geändert. Zwar legte die Volkspartei (PP) des geschäftsführenden spanischen Ministerpräsidenten Mariano Rajoy noch einmal zu, für eine stabile Regierung reicht es aber immer noch nicht. Dem Parlament bleiben nun zwei Monate, um doch noch eine Mehrheit für die Regierungsbildung zustande zu bringen. Andernfalls finden am 25. Dezember die dritten Wahlen innerhalb eines Jahres statt.

Das politische Gezänk trifft das Land zu einer Unzeit. Die wirtschaftlichen Daten haben sich zwar ein wenig erholt, dennoch gilt Spanien nach wie vor als eines der Sorgenkinder innerhalb der EU. Die Jugendarbeitslosigkeit ist immens hoch, hinzu kommen innenpolitische Differenzen. In der wirtschaftlich stärksten Region Katalonien betreiben Separatisten immer noch die Abspaltung.

Rajoy versuchte es in der vergangenen Woche mit einem fast schon flehenden Appell: „Die Sozialisten und wir von der Volkspartei sind keine natürlichen Alliierten. Bei den wichtigen grundsätzlichen Fragen Spaniens sind wir aber notwendige Alliierte. Es kann doch niemand sagen, dass die Sozialisten den Separatisten oder den Populisten näher stehen als uns, der Volkspartei.“ Gebracht hat es wenig.

Die spanische politische Landschaft ist tief gespalten. Rajoy und sein sozialistischer Kontrahent Pedro Sanchez sind sich spinnefeind. Hinzu kommt, dass die Sozialisten vor der Wahl versprochen hatten, ein Fortbestehen der von Korruptionsaffären gebeutelt Regierung Rajoys zu beenden. Diesen Standpunkt können viele politische Beobachter nachvollziehen. Die Volkspartei ist tief zerstritten und von Skandalen gebeutelt. In einigen ist Rajoys eine zentrale Figur. Dennoch erhält seine Partei nach wie vor genug Stimmen, dass er die stärkste Fraktion im Parlament anführt. Und nur diese erhält den Regierungsauftrag. Spanische Medien sprechen von einem „gordischen Knoten“, den es zu zerschlagen gelte.

> Nach dem Urnengang vom 20. Dezember 2015 und dem vom 26. Juni 2016 drohen Spanien am 25. Dezember erneut Parlamentswahlen

Von Parteifreunden war Sanchez aufgefordert worden, um Spaniens willen mit den Konservativen zu verhandeln. Dass Rajoy seinen Parteifreund José Manuel Soria zum Exekutivdirektor der Weltbank hatte machen wollen, nachdem dieser vor einem Jahr als Minister für Industrie, Tourismus und Handel hatte zurücktreten müssen, weil er und seine Familie Unternehmen in Steuerparadiesen besaßen, betrachten allerdings selbst bürgerliche Kommentatoren als „eine gigantische Dummheit“, die es den Sozialisten unmöglich mache, auf die Volkspartei zuzugehen.

Ein Linksbündnis mit der Protestpartei „Podemos“ einzugehen weigert sich Sanchez jedoch ebenfalls, und die Aussichten, dass seine Sozialisten bei Neuwahlen stärkste Kraft werden, sind bescheiden. Doch daran, dass es nach einer neuerlichen Abstimmung für eine bürgerliche Mehrheit aus Konservativen und Liberalen reichen wird, glauben auch nur wenige. Zudem sind die Liberalen, die sich in den vergangenen Monaten als Antikorruptionspartei in Szene gesetzt haben, dabei, sich von Rajoy abzusetzen. „Eine große Katastrophe“ nennt Pablo Simón, einer der gefragtesten Parteienforscher Spaniens, die Situation. Und er sagt, „dass sie noch lange nicht am Ende ist“. *Peter Entinger*

Das Rundum-Wohlfühl-Paket

Vergünstigungen, Zuzahlungen, Gratisangebote: Asylbewerber führen in Deutschland ein angenehmes Leben

Die *PAZ sagt* es voraus, und die meisten „Migrations“-Experten stimmen zu. Die nächste Einwanderungswelle kommt bestimmt. Zwei entscheidende Faktoren verführen dazu, die Heimat zu verlassen: Die schlechte Situation im eigenen Land und die Aussicht auf eine positive Aufnahme in der Fremde. Besonders lockend und einladend präsentiert sich nach wie vor das Land der großen Flüchtlingskanzlerin und arabischen Selfie-Königin Angela Merkel.

Wer beispielsweise aus Afghanistan oder dem Irak Deutschland erreicht, den erwarten hier geradezu paradiesische Zustände: Ein Rundum-Sorglos-Paket für den Familienvater und seine Angehörigen (siehe Tabelle rechts), ein Lebenstraum, der sich in den steinzeitlichen Stammesgesellschaften Afghanistans ebenso schwer erfüllen lässt wie in den mittelalterlichen Clanstrukturen des Vorderen Orients. Aus deutscher Sicht und bei relativ hoher eigener Einkommenslage mag die fünfköpfige Asylbewerberfamilie finanziell noch nicht einmal sonderlich gut gestellt sein, für die bislang Daheimgebliebenen in Aufbruchsstimmung schwimmt sie in nie gekanntem Reichtum. Was werden die denken, wenn sie via WhatsApp und Skype zudem von den kostenlosen Sportangeboten in den Vereinen hören, von der Rundumbetreuung durch die zahllosen Helfer, von Deutschkursen und kostenlosen Tickets für Bus und Bahn?

> Ein Lebenstraum, der sich in der Heimat nie erfüllen würde

Das beengte Wohnen im Asylbewerberheim ist nach spätesten sechs Monaten beendet. Von Gesetzeswegen muss es den Asylbewerbern dann ermöglicht werden, sich eine eigene Bleibe zu suchen. In Bremen beträgt der Zeitraum sogar nur drei Monate. Eine eigene Unterkunft lässt sich vergleichsweise leicht finden. Auch in einem engen Wohnungsmarkt haben Asylbewerber gegenüber anderen Bewerbern einen großen Vorteil: Vermieter wissen, dass sie regelmäßig ihre Miete erhalten, denn die zahlt der Staat. Er ist auch der solvente Ansprechpartner, sollten sich die neuen Bewohner einmal daneben benehmen und Schäden verursachen.

Noch Fragen, lieber Zuzugswilliger aus der Fremde? „Das Wohnungsamt Ihrer Stadt oder Gemeinde kann Ihnen bei der Wohnungssuche weiterhelfen“, rät das Bundesamt für Migration und Füchtlinge (BAMF). Gleich in mehreren Sprachen können die Lebenshilfe-Tipps für Zuwanderer beim BAMF-Internetauftritt abgerufen werden. Das gilt auch für die Seiten des Bundesinnenministeriums, in denen das kulturelle Angebot in Deutschland gepriesen wird. Im Tone eines Tourismusanbieters ist von 6200 Museen, 820 Theaterspielstätten sowie 37 UNESCO-Welterbestätten die Rede. Für jetzige und zukünftige Asylbewerber gibt es jede Menge im Merkel-Land zu entdecken. Am nötigen Kleingeld dafür dürfte es ja nicht mangeln. *Frank Horns*

Bevorzugte Mieter, denn der Staat zahlt: Eine Berliner Wohnungs-Vermieterin mit einem Asylbewerberpaar aus Ägypten Bild: pa

Es gibt 2539 Euro!

So viel kriegt eine Asylbewerber-Familie

Mutter, Vater und drei Kinder – Am Beispiel einer fünköpfigen Asylbewerberfamilie, die in Berlin eine eigene Wohnung bezogen hat, errechnet sich die monatliche Summe, die Zuwanderern zur Verfügung steht. In diesem Fall sind alle drei Kinder minderjährig und schulpflichtig. Die genannten Beträge gelten seit dem 17. März 2016.

Grundleistung unter anderem für Nahrung, Bekleidung und Gesundheitspflege:	**992 Euro**
Leistung für den sozio-kulturellen Bedarf, unter anderem für Verkehr, Freizeit und Kultur:	**472 Euro**
Miete für eine 80 Quadratmeter große Vier-Zimmer-Wohnung:	**815 Euro plus 260 Euro Nebenkosten (Nebenkosten nach Schätzung des Mietervereins)**
Gesamtes monatliches Einkommen auf Staatskosten:	**2539 Euro**
Zusätzliche Leistungen der zuständigen Behörden:	**Übernommen werden die Kosten unter anderem für** – Erstaustattung an Bekleidung – die Renovierung einer angemieteten Wohnung – Neuanschaffung des Hausrates – Laufender Ergänzungsbedarf des Hausrates – Klassenfahrten der Kinder – Fahrtkosten zur Schule – Schulmaterial – Putz- und Reinigungsmittel Im medizinischen Bereich werden auch die Kosten für rezeptfreie Medikamente erstattet. Krankenhäuser, Apotheken usw. dürfen keine Zuzahlungen verlangen

MELDUNGEN

Kein Konto für die AfD

Stuttgart – Die Stuttgarter Filiale der Commerzbank hat der AfD-Fraktion im Landtag von Baden-Württemberg die Eröffnung eines Geschäftskontos verweigert. Ausschlaggebend für die Weigerung seien „geschäftspolitische Gründe“, erklärte das Geldinstitut. Nach Angaben der AfD-Landtagsfraktion wurde diese Entscheidung nicht in Stuttgart, sondern in der Zentrale der Commerzbank in Stuttgart getroffen. Die AfD-Fraktion will die Entscheidung akzeptieren. Nicht ohne süffisanten Unterton weist sie darauf hin, dass Deutschlands zweitgrößte Bank vor einigen Jahren mit 18,2 Milliarden Euro Staatsgeldern habe „gerettet“ werden müssen, weil sie verantwortungslos gewirtschaftet habe. Nun sei es ausgerechnet diese Bank, die gegen den Gleichheitsgrundsatz des Grundgesetzes verstoße. *J.H.*

BdV-Chef in Beirat berufen

Berlin – Bundesinnenminister Thomas de Maizière hat den Vorsitzenden des Bundes der Vertriebenen, den CDU-Bundestagsabgeordneten Bernd Fabritius, in den Beirat berufen, der das Bundesverwaltungsamt beim Vollzug der Anerkennungsrichtlinie für ehemalige deutsche Zwangsarbeiter in Grundsatz- und Einzelfragen beraten soll. Seit dem 1. August können ehemalige deutsche Zwangsarbeiter einmalig eine Anerkennungsleistung in Höhe von 2500 Euro beim Bundesverwaltungsamt beantragen. Dies gilt für alle deutschen Staatsangehörigen und deutschen Volkszugehörigen, die als Zivilpersonen in der Zeit zwischen dem 1. September 1939 und dem 1. April 1956 für eine ausländische Macht Zwangsarbeit leisten mussten. Die ersten Bescheide sind bereits ergangen, und die Auszahlung der Zwangsarbeiterentschädigung hat begonnen. *J.H.*

Déjà-vu bei der CSU

Die Lage nach der letzten Landtagswahl erinnert an Kreuth

Dass das Wahlergebnis in Mecklenburg-Vorpommern, insbesondere dasjenige der CDU, die CSU in München nicht hat unberührt lassen können, das liegt auf der Hand. Eine erste Maßnahme der CSU ist das Vorstandspapier zur Asylfrage, die bis auf weiteres in viele, wenn nicht die meisten politischen Probleme hineinwirken wird. Dieses Papier umfasst einige sehr klare Punkte: Die Burka soll verboten und Visa-Erleichterungen für die Türkei sollen ebenso wie die doppelte Staatsbürgerschaft abgelehnt werden. Die Forderung nach einer Obergrenze wird zum x-ten Mal erhoben, Rückführungen sollen in großem Umfang und schneller geschehen, Multi-Kulti-Sonderrechte werden abgelehnt, schließlich seien Grenzkontrollen nötig.

Die üblichen Gutmenschen schreien angesichts dieser Liste natürlich auf, und die Beckmesser mäkeln, die CSU wisse selber ganz genau, dass sie damit nicht durchkomme. Damit ist allerdings ein Problem angesprochen, das über die Asylfrage, die AfD und Mecklenburg-Vorpommern hinausweist. Es ist das grundsätzliche Verhältnis von CDU und CSU zueinander. Die CSU kann sich derzeit zwar darin sonnen, dass ohne ihren überproportionalen Beitrag zur gemeinsamen Wählerzustimmung die Quote der CDU unter die 30-Prozent-Marke fiele, andererseits muss sie sich in Berlin von der CDU regelmäßig ausbremsen lassen.

Das führt zu dem Eindruck, dass Horst Seehofer zwar gern das Maul spitzt, aber nicht pfeifen mag. Doch was will er tun? Neben der Koalitionstreue ist es vor allem die Fraktionsgemeinschaft im Bundestag, die ihm die Hände binden.

> Horst Seehofer sind die Hände gebunden

Dieser Zustand weckt ferne Erinnerungen an Kreuth und das politische Erdbeben, das 1976 durch Deutschland gegangen ist. Die CSU hatte die Fraktionsgemeinschaft gekündigt. Unerhört, typisch Strauß, typisch Bayern und CSU, hatte es geheißen. Damals wussten es nur wenige und heute weiß es kaum jemand, was eigentlich geschehen war.

Das Problem war, dass sich die Unions-Parteien zwar zu Tode siegten, aber die FDP im Bundestag der eigentlich unterlegenen SPD zu Mehrheit und Kanzlerschaft verhalf. Da kam aus München folgender Vorschlag: Die beiden C-Parteien sollten jeweils bundesweite Listen auslegen, bei verbindlicher Absprache der Direktkandidaten. Dann hätte die CSU außerhalb Bayerns und die CDU innerhalb gewählt werden können, was eine sichere Mehrheit gebracht hätte. Rechtliche Voraussetzung für das Manöver war allerdings die Auflösung der Fraktionsgemeinschaft. Die praktische Bedingung: die Einvernehmlichkeit zwischen CDU und CSU. Und daran scheiterte es dann. Zwar hatte die CDU zunächst Zustimmung signalisiert, in dem Augenblick aber, als die CSU die Fraktionsgemeinschaft aufkündigte, ging sie von der Stange.

Das hat der CSU die Grenzen ihres Daseins als selbständige Partei aufgezeigt. Die Nutzanwendung für heute empfiehlt nicht nur Misstrauen gegenüber der CDU, sondern rät auch zur Vorsicht mit Maßnahmen, die nur einmal greifen, aber nicht rückgängig gemacht werden können. Wenn Seehofer in Berlin einen Krieg entfesselt, dann riskiert er den Einmarsch der CDU in Bayern und hätte damit das Berliner Dilemma nach München importiert. *Florian Stumfall*

Hat Heiko Maas gelogen?

Neue Unterlagen nähren den Verdacht gegen den Justizminister

Heiko Maas hat normalerweise viel zu sagen. Auch zu Themen, die nicht zu seinem Ressort gehören. Wenn es um den „Kampf gegen rechts“ geht, wildert der Bundesjustizminister auch schon mal im Revier von Kabinettskollegen. Seit einiger Zeit ist der Saarländer allerdings erstaunlich still. Dies mag auch damit zusammenhängen, dass einer seiner Mitarbeiter auf der offiziellen Facebook-Seite den antifaschistischen Kampf einer linksextremen Musikgruppe feierte, die zuvor durch Gewaltaufrufe gegen Polizeibeamte aufgefallen war. Maas erklärte öffentlich, er habe davon nichts gewusst.

Nichts gewusst haben will er auch von einem Vorfall, der rund ein Jahr zurückliegt. Nach einer Anzeige vom Verfassungsschutzpräsidenten Hans-Georg Maaßen im April 2015 standen zwei Journalisten des Portals „netzpolitik.org“ im Zentrum eines Verfahrens wegen Verdachts auf Landesverrat. Das Verfahren leitete Generalbundesanwalt Harald Range, der dem Bundesjustizministerium untersteht und der ein externes Gutachten in Auftrag gab. Irgendwann wurde das Gutachten einkassiert, Range sagte, dies sei auf Druck von Maas geschehen. Der Justizminister stritt dies vehement ab und feuerte den durchaus geschätzten Range. Nun sind aber interne Unterlagen aufgetaucht, die den Verdacht nähren, dass Maas die Unwahrheit gesagt hat. „Lügt der Minister?“, fragte etwa der „Tagesspiegel“ unheilschwanger.

In der eigenen Partei stehen sie hinter „dem Heiko“. Der 48-Jährige gilt als einer der wenigen Minister, die eine gute Arbeitsquote vorweisen können. In der Tat hat er viele Gesetzesänderungen auf den Weg gebracht. Frauenquote, Mietpreisbremse, Ausweisungsrecht, Anti-Terror-Gesetze, neue Vorgaben in Sachen Verbraucherschutz – all dies kann er sich auf die Fahne schreiben. Doch durch seine nassforsche Art und den Drang, sich in andere Ressorts einzumischen, hat er sich am Kabinettstisch unbeliebt gemacht.

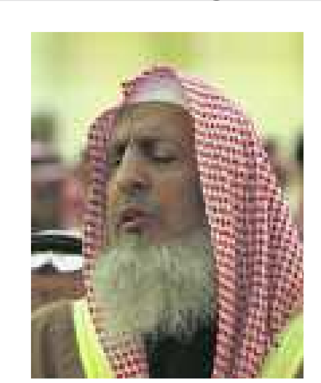
> Schäuble ließ Rücktrittsforderung nicht dementieren

Im Juni forderte er in zeitlichem Zusammenhang zum Fall Gina-Lisa Lohfink ein härteres Sexualstrafrecht. Das Model wurde allerdings inzwischen zu 20000 Euro Geldstrafe verurteilt, weil es zwei Männer zu Unrecht der Vergewaltigung beschuldigt hatte. Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble hat dies offenbar nicht gefallen. In einer Sitzung des CDU-Präsidiums soll er sich über Maas’ Eingreifen beschwert und schließlich dessen Rücktritt gefordert haben: „Ein anständiger Mann würde das tun.“ Schäuble selbst wollte sich in der vergangenen Woche nicht dazu äußern, ob er den Rücktritt des Ministers gefordert hat. „Vertrauliche Dinge“ kommentiere man nicht außerhalb, ließ sein Sprecher ausrichten. Ein Dementi klingt anders.

Es ist kein Zufall, dass diese Diskussion aus internem Kreis gezielt an die Hauptstadtmedien durchgestochen wurde. Maas’ Dauerkampf gegen „Rechts“ geht in der Union vielen auf die Nerven. In CDU-Kreisen wird er „Antifa-Minister“ genannt und ihm wird vorgehalten, dass er auf dem linken Auge blind ist.

Genüsslich verbreiten CDU-Nachwuchspolitiker das Gerücht, der älteste Sohn des Ministers sei „tief in die linksextreme Szene“ verstrickt. Maas äußert sich zu diesen Vorwürfen gegen den 14-Jährigen nicht. *Peter Entinger*

Zeitzeugen



Abdulaziz Al al-Sheikh – Der saudi-arabische Großmufti hat den Schiiten abgesprochen, Moslems zu sein. Damit hat er 80 Millionen Menschen zu Ungläubigen erklärt, darunter so gut wie alle Iraner. Der Scheich erklärte: „Wir müssen verstehen, dass sie keine Muslime sind, ihre Feindschaft gegenüber den Muslimen ist alt, besonders gegenüber den Sunniten.“ Der Großmufti warf den Schiiten vor, „Söhne der Magier“ zu sein und spielte damit auf den Parsismus an, die alte persische Religion vor der Islamisierung. Die Fatwa könnte erhebliche Folgen haben, denn damit wäre den Schiiten die Hadsch untersagt, die Pilgerfahrt nach Mekka, Pflicht eines jeden Mohammedaners.

Badr bin Saud – der saudische Prinz gönnte sich in London zwei Bugatti, der eine mit 1500 Pferdestärken und 420 Stundenkilometern Höchstgeschwindigkeit. Die beiden Autos zusammen kosteten fünf Millionen US-Dollar.



Mohammed ibn Salman al Saud – Der saudische Verteidigungsminister, Vize-Kronprinz und Lieblingssohn des Königs ist zuständig für den Krieg, den sein Land gegen den Nachbarn Jemen führt. Gleichzeitig schürt er die Stimmung gegen den Iran. Überdies zeigt er die Neigung, in andere Ressorts hineinzuregieren. In der Thronfolge steht er auf dem zweiten Platz, womit er sich kaum je abfinden dürfte. Das könnte umso gefährlicher werden, als dem alternden König die Macht allmählich zu entgleiten scheint. Mohammed wird als maßlos ehrgeizig, skrupellos, brutal und arrogant beschrieben. Ihm im Weg steht Mohammed bin Nayef.

Turk bin Abdullah – Der saudische Prinz zeigt wie sein Vetter Badr bin Saud eine Neigung zu schönen fahrbaren Untersätzen. Er hat in London einen Bentley, einen Rolls-Royce, einen Lamborghini und einen Mercedes. Die Karosserien der Autos hat er vergolden lassen.



Mohammed bin Nayef – Der Innenminister von Saudi-Arabien stand ab 2015 in der Thronfolge des Königreichs an zweiter Stelle. Am 29. April 2015 wurde der Enkel des Staatsgründers zum neuen Kronprinzen des Königreiches ernannt.

Geht den Saudis das Geld aus?

Niedrige Rohölpreise und maßlose Verschwendung machen es möglich

Saudi-Arabien ist das Land, in dem der Islam entstanden ist, und es beherbergt mit Mekka und Medina dessen zwei heiligste Stätten. Es ist aber auch das Land des sprichwörtlichen orientalischen Reichtums, der wiederum dem überbordenden Vorkommen von Erdöl zu verdanken ist.

Im 18. Jahrhundert unterwarf der Clan der Saud verschiedene beduinische Stämme, die er zu der strengsten, nämlich ursprünglichen Form des Islam zwang. So entstand der Wahabismus, zu dessen Verteidiger sich die Saudis aufwarfen und der ihnen als Legitimation für ihre Macht gilt. Zum Staat im modernen Sinn wurde Saudi-Arabien mit seiner Hauptstadt Riad erst im Jahre 1932.

Erdöl hat Riad zu einem der großen Spieler im Welthandel werden lassen, denn der Westen braucht das Öl, vom Autofahrer bis zum Chemie-Konzern, das freilich ohne die westliche Technik nur das wäre, was es Jahrtausende war: eine übelriechende Flüssigkeit. So aber sind die vielen Milliarden an US-Dollar, die nach Saudi-Arabien fließen, Geld, das im Westen erwirtschaftet wurde.

Solches Geld gibt man leicht aus, das saudische Beispiel belegt diese alte Weisheit. Während der Zeit der hohen Rohölpreise vor acht bis zehn Jahren nahm Saudi-Arabien täglich eine Milliarde Dollar ein. Angesichts solcher Einkünfte nehmen die horrenden Ausgaben nicht wunder, an die sich der König samt seinem Hofstaat gewöhnt hat.

So streute Salman ibn Abd Aziz bei seiner Thronbesteigung im vergangenen Jahr als erstes 30 Milliarden unter seine Getreuen, an die Mitarbeiter des öffentlichen Dienstes und an das Militär, aber auch an die Studenten. Bei genauem Hinsehen wird klar: Die drei Gruppen stehen oftmals im Verdacht, politisch unsichere Kantonisten zu sein.

Einstiger Gläubiger sucht plötzlich Milliarden-Kredite

Doch auch die normalen Bürger werden umworben. Der Besuch von Bildungseinrichtungen ist kostenlos, ebenso die Nutzung medizinischer Angebote. Das durchschnittliche Einkommen beträgt über 53 000 Dollar, für ein Schwellenland ein bemerkenswerter Betrag. Der größte Luxus des Durchschnitts-Saudis aber ist, dass sich niemand mit einem schlechten Job abgeben muss. Arbeiten auf dem Feld oder am Bau und solche, die gefährlich oder eklig sind, macht kein Saudi, dafür gibt es Ausländer. Diese kommen aus Pakistan, Indien und Bangladesch und müssen unter übelsten Bedingungen für einen Schandlohn schuften. Zehn Millionen Ausländer sind im Land, um für die Saudis zu erledigen, wofür diese sich zu gut sind.

Natürlich ist das alles nichts gegen den Luxus, den das Herrscherhaus betreibt. So ist die Zahl der Paläste des Königs und seiner rund 6000 Prinzen nicht überschaubar. 300 Räume sind bei einem solchen Bau Durchschnitt. Die Vorliebe für luxuriöse Häuser bezieht sich dabei nicht nur aufs Inland. König Salman ist dabei, an der spanischen Costa del Sol, in Estepona, ein Sechs-Sterne-Hotel zu bauen, und – weil man schon dabei ist –, 1477 weitere Luxus-Häuser. Ein Beispiel nur.

Doch niemand kann so viel einnehmen, dass er nicht noch mehr ausgeben könnte, das müssen überraschenderweise seit einiger Zeit sogar die Saudis erfahren. Der saudische Wirtschaftswissenschaftler Turki Fadaak ist der Meinung, sein Land sei dabei, sich von der „universellen Wohlfahrt“ zu verabschieden. Der Grund dafür ist der schlechte Ölpreis. Saudi-Arabien hat das vergangene Jahr mit einem Haushaltsdefizit von 98 Milliarden Dollar abgeschlossen.

Das hat im April dieses Jahres die Regierung in Riad bewogen, zum ersten Mal seit 25 Jahren einen Kredit aufzunehmen. Die Summe beläuft sich auf zehn Milliarden Dollar, Kreditgeber ist ein Konsortium von Banken aus den USA, der EU, Japan und China. „Mit dem Kredit testet Saudi-Arabien das Marktumfeld und baut sich das Profil eines Kreditnehmers auf“, sagte dazu ein Vertreter des weltgrößten Vermögensverwalters, der Firma Blackrock in New York, die zu dem geheimen Rotschild-Imperium gehört. „Es ist ein wichtiger Moment des Wandels auf den Kapitalmärkten.“

Zwar haben die Saudis finanztechnisch noch ein Messer im Stiefel, doch das hat arge politische Widerhaken. Das Land verfügt über US-Staatsanleihen in Höhe von 750 Milliarden Dollar. Diese würde es verkaufen, so eine Drohung aus Riad, wenn es von den USA angeklagt würde, es habe die Terroristen des 11. September finanziert. Vorwürfe dieser Art sind immer wieder laut geworden. Sollten die Saudis ihre Drohung wahrmachen, so hätte das nicht nur für die beiden unmittelbar beteiligten Länder unabsehbare Folgen, sondern für die ganze Weltwirtschaft. *Florian Stumfall*



Dekadenter geht's kaum: Vergoldete Nobelautos von Saudi-Arabern im Londoner Stadtteil Mayfair Bild: Mauritius

Gemeinsames Vorgehen mit Russland

Saudi-Arabien und Russland fördern ungefähr gleich viel Öl und sind die beiden größten Erdöl-Produzenten der Welt. Doch es gibt zwischen den beiden Ländern auf diesem Sektor zwei gravierende Unterschiede. In Saudi-Arabien stellt der Erlös daraus 85 Prozent des Staatshaushalts dar, während es im Falle Russlands nur 20 Prozent sind. Und Russland kann mit einem Barrel-Preis von um die 50 US-Dollar zurechtkommen, während die Saudis an die 100 Dollar benötigen, um rentabel zu wirtschaften. Dennoch liegt natürlich beiden Ländern daran, einen ausreichenden, stabilen Preis zu haben, mit dem vernünftig zu kalkulieren ist.

Das Treffen der G 20 im chinesischen Hang Zhou gab Gelegenheit zu einem Versuch in dieser Richtung. Er wurde von hoher Warte abgesegnet: Der saudi-arabische Vize-Kronprinz Mohammed ibn Salman erklärte im Vorgriff, dass die Zusammenarbeit seines Landes mit Russland dem globalen Erdölmarkt guttun werde. Beide Länder vereinbarten,

Beide wollen hohe Rohölpreise

gemeinsam an einer Stabilisierung des Marktes zu arbeiten. „Russland und Saudi-Arabien sind die größten Ölproduzenten und die Länder mit dem stärksten Einfluss auf die Branche“, erklärte der russische Energieminister Alexander Walentinowitsch Nowak. „Unsere Koordinierung wird entscheidend für die Gewährleistung der Stabilität auf dem Markt sein.“

Noch im Oktober wird eine Arbeitsgruppe mit Fachleuten beider Länder ihre erste Sitzung abhalten. Drei Monate bis zu einem halben Jahr wird es dauern, die vorgesehene Drosselung der Ölförderung vorzunehmen. Dass dies das bevorzugte Mittel sei, darin stimmen nicht nur Russland und Saudi-Arabien, sondern noch weitere OPEC-Länder überein, so auch Venezuela.

Minister Nowak bezeichnete die Übereinkunft als „historischen Moment in den Beziehungen zwischen der Organisation erdölexportierender Länder, deren Mitglied Saudi Arabien ist, und den Nicht-Mitglieds-Ländern“. *FS*

Sponsor des Terrors

Warum Saudi-Arabien islamistische Gruppen unterstützt

Saudi Arabien und der Terror – das ist eine Geschichte ohne Ende. Freilich kann das, was im Westen unter „Terror“ läuft, in den Augen der Saudis etwas ganz anderes sein. Ungläubige zu töten gilt als eine Pflicht, die sowohl der Koran als auch die Umma, die Überlieferung, dem Moslem auferlegten. Als Beispiel dient der Prophet persönlich, aus dessen Vita so viele Grausamkeiten bekannt sind, dass sich eine Diskussion über die Wahl der Mittel erübrigt.

Wenn aber jeder Mohammedaner zur Nachfolge verpflichtet ist, dann muss dies am strengsten und in erster Linie für den „Hüter der heiligen Stätten“ gelten, den König der Saudis und Wächter über Wahabismus und Salafismus, das heißt die strengste Form des Islam. Da sich aber islamistische Gruppen von der al-Kaida bis zum Islamischen Staat (IS) auf diese Auslegung des Glaubens berufen, gelten sie als Gefolgsleute des Königs, und dieser teilt mit ihnen die Sicht der Welt.

Der Islamismusforscher Guido Steinberg sagt: „Eine der Ursachen der Stärke des IS ist, dass Saudi-Arabien diese Islam-Interpretation seit den 60er Jahren in der arabischen Welt, in der islamischen Welt verbreitet hat.“ Der König könne gar nicht anders, als den Islamisten beizustehen beim vermeintlich gottgefälligen Werk.

Ein Konsens darüber, was Terror ist und was nicht, fehlt

Er täte auch nicht gut daran, etwas anderes zu versuchen. Das Selbstmordattentat in Medina zum Ende des Ramadan Anfang Juli und einige andere Anschläge zeigen durch die Tatorte, was sie bezweckten. Sie geschahen in der Nähe einer der wichtigsten Moscheen, beim US-Konsulat in Dschidda und im schiitischen Katif. Das heißt in der Symbolsprache des Terrors: Der Hüter der heiligen Stätten versagt bei seiner Aufgabe, und er tut sich mit Feinden des Glaubens zusammen. Dies ist ein Vorwurf, von dem sich Riad nur durch erneute Zahlungen reinigen kann.

Voran geht dabei der König persönlich. Der Publizist Wolfram Weimer schreibt über ihn: „Salman unterstützt fanatische Islamisten auch außerhalb Saudi-Arabiens. Seit Jahrzehnten gilt er als einer der Hauptsponsoren für islamistische Gruppen in allen möglichen Krisengebieten.“ *FS*

Preußische Allgemeine Zeitung

WOCHENZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND
DAS OSTPREUSSENBLATT

Chefredakteur:
Dr. Jan Heitmann

Verantwortliche Redakteure: Politik, Wirtschaft, Berlin: Hans Heckel; Kultur, Lebensstil, Leserbriefe: Harald Tews; Geschichte, Preußen: Dr. Manuel Ruoff; Buchseite, Bildredaktion, Ostpreußen heute: Manuela Rosenthal-Kappi; Heimatarbeit: Frank Horns; Ostpreußische Familie: Ruth Geede.

Korrespondenten: Norman Hanert (Berlin), Edyta Gladkowska (Allenstein), Jurij Tschernyschew (Königsberg).

Verlag und Herausgeber: Landsmannschaft Ostpreußen e. V., **Anschrift von Verlag und Redaktion:** Buchtstraße 4, 22087 Hamburg.

Druck: Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag GmbH & Co.KG, Fehmarnstraße 1, 24782 Büdelsdorf. – **ISSN** 0947-9597.

Die *Preußische Allgemeine Zeitung* ist das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) und erscheint wöchentlich zur Information der Mitglieder des Förderkreises der LO.

Bezugspreise pro Monat seit 1. Januar 2016: Inland 11 Euro einschließlich 7 Prozent Mehrwertsteuer, Ausland 13,50 Euro, Luftpost 17,50 Euro. Abbestellungen sind mit einer Frist von einem Monat zum Quartalsende schriftlich an den Verlag zu richten.

Einzelverkaufspreis: 2,70 Euro.

Anzeigen: Ingrid Stuthmann.
Es gilt Preisliste Nr. 32.

Konten: HSH Nordbank, IBAN: DE63 2105 0000 0192 3440 00, BIC: HSHNDEHH oder Postbank Hamburg, IBAN: DE44 2001 0020 0008 4262 04, BIC: PBNKDEFF (für Vertrieb).

Für unverlangte Einsendungen wird nicht gehaftet.

Telefon **(040) 4140 08-0**
Telefon Redaktion (040) 4140 08-32
Fax Redaktion (040) 4140 08-50
Telefon Anzeigen (040) 4140 08-32
Telefon Vertrieb (040) 4140 08-42
Fax Anz./Vertrieb (040) 4140 08-51

Internet:
www.preussische-allgemeine.de

E-Mail:
redaktion@preussische-allgemeine.de
anzeigen@preussische-allgemeine.de
vertrieb@preussische-allgemeine.de

Landsmannschaft Ostpreußen:
www.ostpreussen.de
Bundesgeschäftsstelle:
lo@ostpreussen.de

CDU droht weiterer Absturz

Diesen Sonntag wählt Berlin: Das Hauptstadt-Parlament dürfte sich kräftig wandeln



Der Abschied der CDU von der Landesregierung ist kaum noch abzuwenden: Wahlkampfbus in Berlin

Bild: pa

Diesen Sonntag wählt auch Berlin. Hier droht der CDU ein weiterer Absturz und der Verlust der Regierungsverantwortung. Grüne und Linkspartei laufen sich warm für ein Bündnis mit der SPD, die FDP hofft auf Rückkehr, für die Piraten ist es wohl vorbei. Die AfD ist voller Hoffnung: „Schaffen wir es hier, schaffen wir es überall.“

Nur zwei Wochen nach dem Fiasko von Mecklenburg-Vorpommern droht der CDU in Berlin ein neuerliches Debakel. Die Zeichen stehen laut Umfragen auf Rot-Rot-Grün. Große Erfolgsmeldungen hat die bisher regierende Große Koalition von SPD und CDU auch nicht zu vermelden. Ob Flughafen-Flop oder Pannen-Posse um die Unterbringen von Asylsuchern: Einigkeit war in der Regierungsmannschaft um Bürgermeister Michael Müller (SPD) und Innensenator Frank Henkel (CDU) von Beginn an nicht zu spüren.

So verwunderte es wenig, dass sie während des Wahlkampfs zur Landtagswahl diesen Sonntag als erbitterte Gegner auftraten. Glaubt man den Meinungsumfragen, drohen sowohl SPD als auch CDU deutliche Verluste, zusammen werden die beiden einstigen Volksparteien sogar zusammengenommen nur noch etwa 40 Prozent erreichen. Eine Koalition zwischen SPD und CDU scheint für die Christdemokraten dennoch die einzige Option für eine Position in der Regierung zu sein. Alle anderen Parteien haben bislang erklärt, ein Bündnis mit der CDU abzulehnen.

Auch SPD-Spitzenkandidat Müller sieht das so: Der aktuelle Senat aus SPD- und CDU-Mitgliedern sei sehr unharmonisch. CDU-Mann Henkel hat diese Ankündigung zwar als taktisches Wahlkampfmanöver abgetan, aber die geringen Erfolgsaussichten seiner Partei scheinen weitere Sympathisanten zu verschrecken. Kurz vor der Wahl liegt die Union nur bei 18 Prozent und damit nicht mehr sonderlich weit entfernt von der AfD, die auf 14 Prozent taxiert wird. AfD-Bundeschefin Frauke Petry versucht den Ball dennoch flach zu halten. „Ein Ergebnis von mehr als zehn Prozent wäre für uns ein Riesenerfolg. Schließlich haben wir in Berlin den schwierigsten Wahlkampf der noch jungen Parteigeschichte zu überstehen.“ Mehrere tausend Plakate der Partei sind in den vergangenen Wochen zerstört worden, Angriffe auf Wahlkämpfer an der Tagesordnung. Auf eine Halle, in der AfD-Werbematerialien deponiert waren, wurde ein Brandanschlag verübt: „Es grenzt an ein Wunder, dass bisher noch niemand ernsthaft verletzt wurde“, sagt AfD-Landeschef und Spitzenkandidat Georg Pazderski.

Der 64-jährige ehemalige Bundeswehr-Offizier hat sich durch eine ruhige und besonnene Art weit über die Parteigrenzen hinaus Respekt verschafft. Die Bundeshauptstadt mit ihrer Mischung aus noblen Villenvierteln, sozialen Brennpunkten und multinationalen Schmelztiegeln gilt als große Bewährungsprobe für die AfD: „In der Partei gilt das Motto: Wenn wir es hier schaffen, dann schaffen wir es überall“, sagt Pazderski. Die Ausgrenzung durch die anderen Parteien stört ihn nicht. Die Tatsache, dass keine der etablierten Mitbewerber im Parlament mit der AfD zusammenarbeiten möchte, entlockte ihm sogar ein freundliches Lächeln: „Diese Art der Ausgrenzung ist das beste Argument, die AfD als einzige wirksame Oppositionspartei zu wählen.“

Die Piraten fliegen wohl raus, FDP und AfD kommen rein

Neben dem bundespolitischen Trend spielt der AfD auch die Tatsache in die Hände, dass die innere Sicherheit zum großen Wahlkampfthema wurde. Auch wenn sich die Zahlen rein statistisch gesehen verbessert haben, scheint das subjektive Empfinden der Bürger dies nicht zu bestätigen. Wie der RBB berichtet, sind kriminelle Gewaltdelikte in den vergangenen Jahren zwar weniger geworden, die Angst vor Straftaten ist bei den Bürgern dagegen gestiegen. Dies hänge vor allem auch mit der Sorge vor terroristischen Anschlägen, vermehrten Einbrüchen und Diebstählen sowie dem Bewusstsein über eine Personalknappheit bei der Landespolizei zusammen, vermuten Beobachter.

Selbst die Linkspartei hat die Probleme in der Millionen-Metropole erkannt und fordert mehr Stellen sowie eine bessere finanzielle Ausstattung der Polizei. Die AfD fordert gleich 2000 zusätzliche Stellen bei der Polizei und Unterstützung durch Videoüberwachung sowie andere technische Maßnahmen. Außerdem sollen bereits Jugendliche ab zwölf Jahren als strafmündig gelten und Jugendkriminalität härter bestraft werden.

Nimmt man die vorliegenden Umfragen als Grundlage für eine mögliche Regierungsbildung, dann wird schnell klar, dass das von Regierungschef Müller avisierte rot-grüne Bündnis ebenfalls keine sichere Mehrheit haben wird. Die Grünen könnten sich zwar leicht verbessern und mit knapp 20 Prozent an der Union vorbeiziehen, aber durch die vorhergesagte Schwäche der SPD mit um die 22 Prozent wird es für ein Zweierbündnis eng.

Allerdings hat sich die Linkspartei um ihren Spitzenkandidaten Klaus Lederer bereits als Mehrheitsbeschaffer angedient. Die „Linke“ könnte ihr Ergebnis von 2011, als sie rund 13 Prozent erreichte, übertreffen und damit den Abwärtstrend der letzten Wahlen stoppen. Mit Spannung erwartet wird das Abschneiden der FDP, die möglicherweise von der Schwäche der CDU profitieren kann und derzeit mit sechs Prozent auf eine Rückkehr ins Parlament hoffen kann. Keine Rolle mehr spielen die Piraten, die vor vier Jahren erstmals ins Abgeordnetenhaus eingezogen waren. Nach einer langen Serie von Pleiten, Pannen und Streitigkeiten wollen der Partei nur noch rund zwei Prozent der Bürger ihre Stimme geben. *Peter Entinger*

Ramona Pop tappt in die eigene Falle

Von Theo Maass

Wissen Sie was „Sexismus“ ist? Vielleicht denken Sie, das sei eine Art von sexueller Belästigung. Beispielsweise, wenn ein Gast im Biergarten der Kellnerin aufdringlich in den Ausschnitt schaut? Tatsächlich geht diese Begrifflichkeit aber auf die Ideologie des Steinzeitfeminismus der 1960er Jahre zurück und schwappte irgendwann, wie andere gesellschaftliche Plagen der politischen Korrektheit „drüben hinterm Großen Teich“, auch zu uns nach Europa herüber. Als Sexismus wird eine auf das Geschlecht bezogene Diskriminierung bezeichnet.

Die Deutungshoheit darüber, was nun „Sexismus“ ist und was nicht, liegt (selbstverständlich) nur bei den Frauen und ist Gegenstand von „Gender Studies“ und der selbsternannten „Vorurteilsforschung“. Zwischenzeitlich haben die entsprechenden Lobbygruppen die von sexistischen Aktivitäten bedrohten Bevölkerungsgruppen auf transsexuelle, intersexuelle und Transgender-Personen ausgedehnt. Sexismus ist eine Paralleldefinition zum Rassismus. Spätestens hier wird klar, dass eine kleine aggressive Minderheit mit dieser Begrifflichkeit versucht, Denken und Handeln der Mehrheitsgesellschaft zu diktieren, den Diskurs einzuschränken und abweichende Meinungen unter Kuratel zu stellen. Bevorzugte Stichwortgeber der Begrifflichkeit „Sexismus“ in der politischen Debatte sind die Grünen und die Linkspartei.

Wer etwa in der öffentlichen Auseinandersetzung erwähnt, dass die Spitzenkandidatin der Grünen, Ramona Pop, so hässlich angezogen sei, als hätte sie die Kleiderkammer der Rot-Kreuz-Spende durchwühlt, zöge sicherlich Kritik der grünen Klientel auf sich. Während Frau Pop in derartigen Fragen und anderswo gern austeilt, ist es um ihre Fähigkeit einzustecken, eher schlecht bestellt. Die gelernte Diplom-Politologin, von der nicht bekannt ist, dass sie außer ihren politischen Aktivitäten überhaupt einmal eine „normale“ versicherungspflichtige Beschäftigung ausgeübt hat, wollte sich im Wahlkampf als Flughafenexpertin profilieren: „Ich erwarte, dass Michael Müller klar Farbe bekennt vor der Wahl, ob der Eröffnungstermin 2017 noch zu halten ist.“ Die SPD gab mit ihrem Abgeordneten Sven Kohlmeier eine launische Antwort: „Was ist so unendlich wichtig für Sie, ob BER Ende 2017 oder Anfang 2018 öffnet? Die Kleiderwahl für die Eröffnungsfeier?“ Gewiss eine unsachliche Replik. Aber „sexistisch“? Pops Reaktion: Das sei „Sexismus“! So konnte die SPD die Flughafendebatte mit Hilfe der Grünen auf die Wahrnehmung einer feministischen Nische verschieben und von den wirklich ernsten Versäumnissen beim BER ablenken. So geht Politik, Frau Pop – vielleicht lernen Sie das ja noch.

Jeden Tag 40 Millionen

Vor zehn Jahren: Der erste Spatenstich zum Pannenflughafen BER

Spott und Resignation angesichts des Unglaublichen – den Hartgesottenen dient es zur Heiterkeit. Die Rede ist natürlich vom Flughafen Berlin, an dem seit nun genau zehn Jahren mehr oder weniger gebaut wird.

Die Zehnjahresfrist, die seit dem frohgemuten ersten Spatenstich verflossen ist, erfordert den Rückblick in Stichwörtern: Der erste Eröffnungstermin 2012 muss verschoben werden wegen technischer Probleme, nächster Zeitpunkt: März 2013. Noch im selben Jahr wird verschoben auf Oktober 2013. Technische Probleme. Januar 2013: der Oktober-Termin ist geplatzt. Technische Probleme.

So geht es weiter. August 2013: Wegen Mängel in der Bausubstanz neuer Eröffnungstermin Juni 2014. Und so fort. Im August 2014 nimmt man dann den März 2016 ins Auge, nachdem der auch nicht hält, werden die Planer vorsichtig. Es ist vom Jahr 2018 die Rede ...

Auffällig ist die Gleichförmigkeit der Erklärungen für die immer neuen Verzögerungen: Baumängel, technische Probleme und Ähnliches. Nie ist die Rede von Inkompetenz, Vetternwirtschaft und allgemeinem Versagen der Planer und vorrangig der Politiker. Und vor allem: Nie ist die Rede vom Geld. Das fließt von allein, in immer breiterem Strom: Ursprünglich kalkuliert auf 2,2 Milliarden Euro, hat sich die Prognose mittlerweile auf gegen sechs Milliarden eingependelt. Vorerst.

Technische Probleme? Eher Versagen und Inkompetenz

Hier aber scheint eine rote Linie zu verlaufen. Die EU, zuständig für jedes und alles, mischt natürlich auch beim Versuch mit, in Berlin einen Flughafen zu bauen. Die Brüsseler Bürokraten haben daher festgelegt, dass der Flughafen nicht mehr als 6,5 Milliarden kosten darf, und dabei ist man bald angelangt. Wenn es denn, wie wahrscheinlich, soweit käme, dürften dazu keine Steuergelder mehr verwendet werden. Den Bauherrn bliebe nichts anderes übrig, als private Investoren zu suchen. Das aber will Berlins Bürgermeister keinesfalls. Er hat diesem Ausweg bereits eine Absage erteilt. Inzwischen kostet die Baustelle allein an Wartung ohne alle Bautätigkeit pro Monat 40 Millionen Euro. Vom Schaden, den der Industrie-Standort Deutschland in aller Welt nimmt, ist noch gar nicht die Rede.

Erste Stimmen, auch von Fachleuten werden laut, einen neuen Standort zu suchen und einen neuen Flughafen zu planen. Das Chaos um den jetzigen ist so groß, dass man Satire und Wirklichkeit nicht mehr genau auseinanderhalten kann. *Florian Stumfall*

Notaufnahme am Limit

Wegen Bagatellerkrankungen in die Klinik: Ärzte schlagen Alarm

Immer mehr Patienten nutzen Rettungsstellen in Kliniken für Bagatellerkrankungen, so eine Studie des Verbandes der Ersatzkassen (VdEK). Problem: Die Notaufnahmen werden überlastet, können ihrer eigentlichen Aufgabe nur mit Mühe nachkommen.

So landen laut dem Verband bundesweit mittlerweile jährlich bis zu 25 Millionen Fälle in den Notaufnahmen. Das Institut für angewandte Qualitätsförderung und Forschung im Gesundheitswesen (Aqua), das für den Kassenverband die Studie erstellt hat, schätzt, dass bei bis zu zwei von drei Patienten in Notaufnahmen eine rein ambulante Betreuung gereicht hätte.

Als besonders hoch gilt die Quote in Berlin. In den mehr als 30 Rettungsstellen der Hauptstadt werden pro Jahr 1,2 Millionen Fälle behandelt. Bei gut 70 Prozent aller Einsätze der Berliner Feuerwehr handelt es sich um Fahrten der Notfallrettungsdienste.

Zumindest in Berlin ist behördenintern ein drastischer Anstieg von Bagatellerkrankungen im Notfallsystem bereits vor 15 Jahren aufgefallen. Die Gründe sind vielfältig. Speziell bei den Einsätzen der Feuerwehr spielt die rechtliche Absicherung eine sehr viel größere Rolle als früher. „Im Zweifel liefern wir Fälle lieber in die Notaufnahme von Kliniken, als dass da später eine juristische Klage kommt“, so ein Rettungsassistent. Ein Problem ist nach Erfahrungen von Ärzten das Fehlen von Grundwissen über Erkrankungen, speziell bei der Generation zwischen 30 und 50. Es fehle häufig auch an Wissen über bewährte Hausmittel bei Bagatellerkrankungen, das bei Älteren noch vorhanden sei.

Jüngeren fehlt oft das Wissen über alte Hausmittel

Viele wüssten zudem nicht, dass es neben den Notaufnahmen auch noch den ärztlichen Notdienst gibt, und Jüngere hätten immer seltener einen festen Hausarzt. Indes: Auch in Berlin ist es inzwischen schwieriger geworden, bei niedergelassenen Ärzten zeitnah einen Termin zu bekommen.

In immigrantisch geprägten Bezirken wird die Situation zusätzlich dadurch belastet, dass oft ganze Familien zu den Notaufnahmen der Kliniken eilen, wenn sich ein Angehöriger krank fühlt. Zumindest, was die Rettungsdienste der Feuerwehr angeht, spielen Bagatellerkrankungen von „Flüchtlingen“ noch keine große Rolle bei ihren Einsätzen: „Die kommen oft aus Ländern, in denen es so ein Notfallsystem gar nicht gibt. Das ändert sich erst allmählich, nicht zuletzt durch die Tipps entsprechender Helfer.“ *N.H.*

MELDUNGEN

Warschau rückt von Kiew ab

Warschau – Während Polen bisher offiziell als treuer Fürsprecher der Nachputsch-Ukraine aufgetreten war und sogar deren weitere Aufrüstung gegen Russland gefordert hatte, vollzog die Regierung in Warschau jetzt eine deutliche Kehrtwende. In Reaktion auf den Versuch Kiews, mit Sabotagegruppen auf das Gebiet der Krim vorzustoßen, um dort die zentralen Infrastruktureinrichtungen zu zerstören und so den bewaffneten Konflikt mit Russland weiter auszudehnen, hat Warschau nach Beratungen von Regierung und Geheimdiensten die ukrainische Regierung aufgefordert, sich künftig an das Minsker Abkommen zu halten. *T.W.W,*

Ägypten erlaubt Bau von Kirchen

Kairo – Das ägyptische Parlament hat ein Gesetz zum Bau neuer Kirchen beschlossen und damit die seit 1856 gültigen Restriktionen aufgehoben. Allerdings hat die Regierung unter dem Druck islamistischer Kräfte einzelne Passagen der zuvor mit der koptischen, der katholischen und der anglikanischen Kirche abgestimmten Regelungen kurz vor der Abstimmung verändert. Unter anderem soll sich die Größe eines Gotteshauses nun an „der Zahl der in der Region lebenden Gläubigen" orientieren, was zu erheblichem Unmut unter christlichen Parlamentariern führt. Die neuen Bestimmungen sehen eine nachträgliche formelle Legalisierung aller bestehenden kirchlichen Bauten und damit deren Weiterbetrieb vor und regeln, dass Behörden Baugenehmigungen innerhalb von vier Monaten erteilen müssen – die bisher üblichen Verschleppungen sind damit nicht mehr möglich. Zwei Drittel der Abgeordneten stimmten für das Gesetz. *T.W.W.*

Machtkampf zwischen USA und EU

Streit um Besteuerung von US-Unternehmen in Europa geht aufs Ganze

Im Schatten der schwierigen Verhandlungen zum TTIP-Abkommen hat sich zwischen Brüssel und Washington ein Konflikt über die Besteuerung von US-Konzernen entzündet. Viele Großunternehmen aus Übersee haben mit Steuersparmodellen in Ländern wie Irland hohe Gewinnrücklagen angehäuft, die nun Begehrlichkeiten wecken.

Gekämpft wird in dem Streit mit harten Bandagen. Nach den Ermittlungen der EU-Kommission wegen der Besteuerung für das Unternehmen Apple in Irland hat die US-Regierung eine Warnung an die EU-Kommission geschickt, die im Ton ungewöhnlich scharf ausgefallen ist. Washington wirft der EU-Wettbewerbsaufsicht vor, sie agiere wie eine übernationale Steuerbehörde und habe ganz speziell US-Firmen im Visier.

Die USA kündigen zudem an, man „prüfe weiterhin eventuelle Antworten, wenn die Kommission an ihrem aktuellen Kurs festhält". Aus Sicht einiger linker Kritiker stellt die Reaktion aus Washington einen Beleg dafür dar, wie weit die US-Administration mittlerweile durch die Interessen amerikanischer Konzerne bestimmt sei.

Der Wahrheit näher kommen dürfte allerdings eine andere Deutung: Eine Reihe von US-Firmen wie eben Apple, aber auch Amazon, Google, Microsoft oder Facebook, haben in den vergangenen Jahren hohe Gewinnrücklagen gebildet, die nun ins Visier der Politik gerückt sind. Laut einer Untersuchung, die der US-Kongress bereits vor einigen Jahren vorgelegt hat, haben US-Firmen Reserven von insgesamt zwei Billionen Dollar angehäuft. Dabei hätten sie unter anderem die entgegenkommende Steuerpraxis in verschiedenen EU-Ländern genutzt.

Allein die Geldreserven von Apple schätzen Experten derzeit auf über 230 Milliarden Dollar. Aus Sicht der US-Regierung ärgerlich ist, dass Apple über 90 Prozent der Summe bislang außerhalb des Heimatlandes belässt. Der iPhone-Hersteller ist damit nicht allein. Auch andere Konzerne haben die Steuergesetze verschiedener EU-Länder genutzt, um ihre Gewinne kleinzurechnen und den hohen Steuersätzen in den USA zu entkommen.

Dänische EU-Kommissarin bleibt hart

Üblicherweise will der US-Fiskus 35 Prozent auf jene Gewinne, die vom Ausland in die USA transferiert werden – so zumindest die bisherige Regelung. Inzwischen hat nämlich in Washington eine Diskussion über eine Sonderregelung, einen sogenannten „tax holiday", begonnen. Wie bereits im Jahr 2004 sollen Unternehmen von einer Sonderregelung profitieren, wenn sie Geld in die Vereinigten Staaten transferieren. Bei der Steueramnestie vor zwölf Jahren mussten sie lediglich 5,25 Prozent Steuern auf Auslandsgewinne zahlen, wenn sie in die USA überwiesen wurden. Als Folge holten US-Firmen damals über 300 Milliarden Dollar in ihr Heimatland.

Ob sich ein derartiger Erfolg wiederholen lässt, hängt nicht zuletzt vom Agieren der EU ab. Werden die US-Firmen bereits von Brüssel zur Kasse gebeten, dann schmälert dies die zu erwartenden Einnahmen für die Steuerkasse der Vereinigten Staaten.

Dass sich Brüssel in der Angelegenheit überhaupt mit der US-Regierung anlegt, ist dem Zusammentreffen mehrerer Umstände geschuldet: Eine wichtige Rolle spielt die personelle Besetzung der EU-Kommission. So hat die dänische EU-Wettbewerbskommissarin Margrethe Vestager bereits mehrfach bewiesen, dass sie einen Konflikt mit großen Konzernen wie etwa Google nicht scheut. Dabei kann die Sozialliberale aus einer starken Position handeln: Vestagers Heimatland Dänemark gilt in Sachen Steuerdumping als unverdächtig.

Noch wichtiger aber: EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker ist gut beraten, Vestager speziell in der Angelegenheit Konzernbesteuerung völlig freie Hand zu lassen und ihr nicht in die Quere zu kommen. Der Luxemburger gilt unter anderem deshalb bereits als politisch schwer angeschlagen, weil auch sein Heimatland Unternehmen mit „kreativen" Steuerlösungen angelockt hat. Juncker war jahrelang Finanzminister, später Premierminister von Luxemburg.

Als geschwächt gilt auch die Position der EU-Handelskommissarin Cecilia Malmström. Bereits in der Vergangenheit war ihr – unter anderem aus Frankreich – ganz offen vorgeworfen worden, sie setze sich in Brüssel für die Interessen der US-Regierung ein.

Auch ihr bisheriges Vorgehen bei den Verhandlungen zum Freihandels- und Investitionsschutzabkommen (TTIP) mit den USA hat starke Kritik hervorgerufen. Mittlerweile erscheint sogar ein Scheitern des Abkommens und damit ein massiver Misserfolg Malmströms möglich: Nach dem, was nach außen dringt, sind die Verhandlungen der EU mit den Amerikanern festgefahren, während US-Präsident Obama nur noch kurze Zeit im Amt ist. Sollte in wenigen Wochen Donald Trump als nächster US-Präsident ins Weiße Haus einziehen, kann TTIP in seiner bisherigen Form vermutlich als erledigt angesehen werden. *Norman Hanert*



Harte Linie gegen Washington: EU-Wettbewerbskommissarin Margrethe Vestager Ende August in Brüssel Bild: pa

Streit um Mekka

Saudi-Arabien schließt iranische Pilger vom Hadsch aus

Die Zeit des Hadsch, der Pilgerfahrt zu den heiligen Stätten des Islam, hat soeben begonnen. Für einen Moslem, der es sich leisten kann, einen Monat lang ohne Einkommen zu überstehen, ist es nach islamischem Gesetz Pflicht, einmal im Leben nach Mekka zu reisen.

Für iranische Gläubige wird in diesem Jahr allerdings nichts daraus. Der oberste islamische Gelehrte Saudi-Arabiens, Großmufti Scheich Adulaziz Al al-Sheikh, hat die rund 80 Millionen Muslime, die im Iran leben, zu Ungläubigen erklärt. Grund für diese Entscheidung ist ein lange währender Machtkampf zwischen dem Iran und Saudi-Arabien, bei dem es nicht nur um die „richtige" Auslegung des Islam geht, sondern vor allem um geopolitische Interessen, um die Vormacht am Golf.

Die Spannungen zwischen Saudi-Arabien und dem Iran entstanden nach der islamischen Revolution 1979 im Iran. Während Saudi-Arabien sich als Schutzmacht der Sunniten betrachtet, hält der Iran sich als eben diesen für schiitische Muslime. Aktuell gibt es Differenzen im Verhältnis zu Syrien: Der Iran unterstützt Baschar al-Assad, während das Königshaus in Riad die bewaffnete Opposition fördert. Seit der iranischen Revolution fürchtet das Herrscherhaus in Riad zudem, dass die schiitische Revolutionsideologie auch auf die arabische Welt überschwappen könnte.

Die Spannungen haben sich auch wegen der Massenpanik in der Nähe von Mekka während der jährlichen Pilgerfahrt im vergangenen Jahr erhöht, bei der mindestens 2411 Pilger ums Leben kamen, Schätzungen zufolge könnten es sogar 4000 Opfer gewesen sein. Das saudische Königshaus hat nie genaue Zahlen bekannt gegeben. Der Iran warf den saudischen Behörden eine schlechte Organisation vor und bezeichnete sie sogar als Mörder. Der Konflikt hat sich zugespitzt, als Saudi-Arabien im Januar 47 Menschen zu Terroristen erklärte und sie hinrichten ließ. Darunter befand sich der prominente schiitische Geistliche Nimr-al-Nimr, der beschuldigt wurde, die regierungskritischen Proteste von 2011 angeführt zu haben. Seine Hinrichtung löste heftige Proteste im Iran aus. Aufgebrachte Demonstranten stürmten die saudische Botschaft in Teheran, woraufhin Riad die diplomatischen Beziehungen abbrach.

Iran fordert unabhängigen »Hüter der Heiligtümer«

Als vor Beginn des Hadsch Teheran Saudi-Arabien wieder scharf angriff wegen der Vorkommnisse des Vorjahrs und dessen Rolle als „Hüter der Heiligtümer" auf den Prüfstand stellen will, reagierte Riad mit dem Ausschluss iranischer Pilger. Irans Ajatollah Khomeini hatte gefordert, dem saudischen Königshaus die Organisation des Hadsch zu entreißen und sie in die Hände unabhängiger Insitutionen zu übergeben, womit er König Salmans Ehre angegriffen hat. Denn dieser bezieht seine Legitimation und seinen Führungsanspruch in der islamischen Welt gerade daraus, den Hadsch zu organisieren. Und wer die Herrschaft über Mekka und Medina hat, die beiden Wüstenorte, in denen der Prophet Mohammed wirkte, gilt als „Hüter der beiden heiligen Stätten".

Der iranische Außenminister Javad Zarif goss zusätzlich Öl ins Feuer, indem er auf Twitter „den wahhabitischen Muftis" einen „rassistischen Extremismus" vorwarf und sie als „saudische Begründer des Terrorismus" bezeichnete. Daraufhin setzte im Netz eine Flut gegenseitiger wüster Beschimpfungen ein. An eine Entspannung in den Beziehungen ist so lange nicht zu denken. *Manuela Rosenthal-Kappi*

Japan rüstet auf

Wie beim Nachkriegspazifismus ziehen wieder die USA die Fäden

Japan hat offiziell kein Militär – die vorhandenen Streitkräfte gelten als Einheiten der Polizei. Der Grund ist die Verfassung des Inselreiches. Darin „verzichtet das japanische Volk für alle Zeiten auf den Krieg als ein souveränes Recht der Nation". Deshalb, so heißt es weiter, „werden keine Land-, See- und Luftstreitkräfte oder sonstige Kriegsmittel unterhalten. Ein Recht des Staates zur Kriegführung wird nicht anerkannt."

Dieses „wird nicht anerkannt" verrät durch die Formulierung, woher der Wind weht. Es verweist auf einen zweiten Beteiligten, der Japans Recht nicht anerkennt, nämlich die USA, Siegermacht des Zweiten Weltkriegs über Japan und der Staat in der Welt, der das Recht auf Krieg für sich selbst am exzessivsten in Anspruch nimmt.

Es war denn auch das Besatzungsregime unter dem General Douglas McArthur, das den Japanern ihre Verfassung in weiten Teilen und den Artikel 9 zur Gänze in die Feder diktierte. Das geschah im Rahmen einer Art Kulturaustausch zwischen den USA und Japan, ähnlich dem, den man in Deutschland nach 1945 „Umerziehung" nannte. Und wie McArthur den Japanern die militärische Enthaltsamkeit einbläute, so ist es jetzt die Generalität der USA, die ihren Präsidenten dazu anhält, in Japan diesbezüglich andere Saiten aufzuziehen.

Denn die USA brauchen als pazifische Macht zweierlei: militärisch potente Verbündete gegen China und finanzielle Entlastung. Für beides scheint Japan geeignet, nicht zuletzt auch wegen seiner herausragenden geopolitischen Position.

In Tokio ist daher mehr und mehr davon die Rede, dass der Verfassungsartikel 9 geändert werden müsse. Ministerpräsident Shinzo Abe sagt dazu: „Wir hoffen, das Volk zu den angedachten Änderungen bei einem nationalen Referendum zu befragen."

Nippon kauft Washington Ladenhüter ab

Abe meint, die pazifistische Nachkriegsverfassung entspreche nicht mehr einer unabhängigen Nation, was nicht ohne makabre Komik ist angesichts der Tatsache, dass die Japaner heute die Aufrüstung ebenso auf US-Befehl betreiben wie einst die Abrüstung. Beim G 20-Treffen in China sagte Russlands Präsident Wladimir Putin, befragt nach den Beziehungen zu Japan: „Die Sache ist die, dass sich Japan in seiner Außenpolitik maßgebend an der Meinung seines strategischen und wichtigsten Partners, den USA, orientiert."

Die neue militärpolitische Ausrichtung Tokios erfordert begleitende Maßnahmen, nicht zuletzt auf dem Finanzsektor. Bis 2012 schrumpften die japanischen Rüstungsausgaben Jahr für Jahr. Seither hat Abe bereits die vierte Erhöhung des Militärbudgets ins Parlament eingebracht. Im vergangenen Jahr lag das 127-Millionen-Volk mit seinen Rüstungsausgaben bereits geringfügig vor Deutschland – ganz tüchtig für ein Land, das eigentlich kein Militär hat.

Nicht nur dass in Japan aufgerüstet wird, liegt am Beschluss und im Interesse der USA, sondern auch, wie dies geschieht. Japan kauft den US-Amerikanern sechs Kampfflugzeuge vom Typ Lockheed Martin F-35 „Lightning II" ab, und die USA verkaufen sie gern. Das Flugzeug ist nämlich technisch misslungen und finanziell ein Desaster. Zwar kann man durch Verkauf die Technik nicht verbessern, aber den finanziellen Schaden verringern. Zur F 35-kommen weiter drei „Global Hawk"-Drohnen, 17 Hubschrauber und „Amtrac"-Schwimmpanzer. Ein U-Boot der „Soryu"-Klasse wird Japan selber bauen. *Florian Stumfall*

Brüssel schießt sich auf VW ein

In der Dieselabgasaffäre könnte der Ärger in den Vereinigten Staaten erst der Anfang gewesen sein

Der VW-Vorstandsvorsitzende Matthias Müller hatte lange darauf gehofft, mit einem zwar finanziell schmerzhaften, aber juristisch wasserdichten Vergleich in den USA einigermaßen glimpflich aus der Dieselabgasaffäre herauszukommen. Nun droht dem Konzern innerhalb der Europäischen Union Ungemach.

Die finanziellen Forderungen, die auf den Wolfsburger Autobauer zukommen könnten, haben es in sich. Volkswagen hatte vor rund einem Jahr die Manipulation von Abgaswerten bei weltweit elf Millionen Dieselautos eingestehen müssen, nachdem die US-Umweltbehörde EPA entsprechende Vorwürfe erhoben hatte. Eine illegale Abschalteinrichtung sorgte dafür, dass die Wagen Abgasgrenzwerte in der Prüfung einhielten, aber nicht im alltäglichen Straßenverkehr. Nach zahlreichen Schadensersatzforderungen einigte sich VW in den USA mit Behörden und Privatklägern auf einen Vergleich in Höhe von 15 Milliarden Dollar. Die dabei getroffenen Regelungen gelten aber nicht für Europa, Asien oder Australien.

Die EU-Kommission hatte Volkswagen vor einigen Wochen aufgefordert, freiwillig über angemessene Entschädigungen für die Kunden nachzudenken. „Die Antwort ist nicht ermutigend“, erklärte eine Kommissionssprecherin Anfang der vergangenen Woche gegenüber der Deutschen Welle. Volkswagen habe in den meisten Mitgliedstaaten klar gegen europäische Verbraucherschutzgesetze verstoßen, sagte die zuständige EU-Kommissarin für Justiz und Verbraucherschutz, Vera Jourova, gegenüber der Tageszeitung „Die Welt“. Mittlerweile seien in 20 von 28 Ländern Gesetzesverstöße festgestellt worden. Die Kommission hatte wiederholt gefordert, dass der Autokonzern Kunden in der EU ebenso eine Entschädigung zahlt wie in den USA. VW lehnt dies bislang ab und verweist auf eine andere Rechtslage. „Die Situation in Europa und den USA ist völlig unterschiedlich. Auch die rechtliche“, teilt VW in einer schriftlichen Stellungnahme knapp mit. Es gebe keine einheitliche Rechtslage innerhalb der Union, gegen die der Autobauer verstoßen habe.

> In der EU sollen mehr als acht Millionen Wagen mit der sogenannten Schummelsoftware ausgestattet gewesen sein


Bild: action press

Traditionell von Volkswagen geprägt: Europas Straßen, hier die Porschestraße in Wolfsburg in den 70er Jahren

Nach Ansicht der EU-Kommission hat der Konzern allerdings sehr wohl gegen zwei Richtlinien verstoßen, die in der gesamten EU gelten. Dabei handelt es sich nach Informationen der Deutschen Welle zum einen um die Richtlinie zum Kauf von Verbrauchsgütern mit entsprechenden Garantien und zum anderen um eine Richtlinie über unlautere Geschäftspraktiken. Die Richtlinie zum Verbrauchsgüterkauf verbiete beispielsweise, dass Unternehmen wie VW mit umweltfreundlichen Standards für ihre Produkte werben, die für die Konsumenten ein Grund für ihre Kaufentscheidung sind, aber dann nicht eingehalten werden, heißt es unter Bezugnahme auf ein Papier der EU-Kommission. „Wenn Volkswagen geschädigten Kunden in den USA 5000 Dollar zahlt, steigt die Ungerechtigkeit gegenüber deutschen Kunden“, sagt Klaus Müller, Sprecher des Bundesverbands der Verbraucherzentrale. Auch in Deutschland dürften VW-Kunden nicht auf Schäden sitzen bleiben, so Müller. Zumal andere Regierungen längst die Zügel angezogen haben. In Südkorea dürfen 32 VW-Modelle nicht mehr auf den Markt gebracht werden, weil die Unterlagen zum Emissionsausstoß der Autos gefälscht seien. Der Konzern wurde zu einer Strafzahlung von 14,3 Millionen Dollar verurteilt. Und in Australien hat die Verbraucherschutzbehörde ACCC Klage gegen VW eingereicht. Sie wirft dem Konzern vor, in den vergangenen fünf Jahren mehr als 57 000 Fahrzeuge mit einer Betrugssoftware verkauft zu haben.

Im Vergleich zu den Summen, die in Europa auf VW zukommen könnten, sind diese Zahlen allerdings Peanuts. In den USA ging es um eine halbe Millionen Autos, die betroffen waren. Innerhalb der EU sollen dagegen mehr als acht Millionen Wagen mit der sogenannten Schummelsoftware ausgestattet gewesen sein. Ein ähnlicher Vergleich wie in den USA wäre demnach finanziell gar nicht möglich: „In Brüssel spielt man derzeit mit der Existenz von Deutschlands größtem Industriekonzern“, analysiert die „Welt“.

Wohl auch aus diesem Grund ist Bundesverkehrsminister Alexander Dobrindt bemüht, nicht allzu viel Porzellan zu zerschlagen. Der CSU-Politiker erklärte gegenüber dem Nachrichtenmagazin „Focus“, es seien bereits harte Konsequenzen gezogen worden, indem VW alle Fahrzeuge gesetzeskonform umrüsten müsse. Zu Kritik, dass nur US-Kunden Entschädigung erhalten, bekräftigte er, dass es in Deutschland ein anderes Rechtssystem gebe. Allerdings fügte er hinzu, dass noch nicht alle juristischen Fragen abschließend beantwortet worden seien. So hat die Staatsanwaltschaft Braunschweig ein Bußgeldverfahren gegen VW eingeleitet. Dabei könnten unrechtmäßige Gewinne aus dem Verkauf der weltweit rund elf Millionen manipulierten Autos zurückgefordert werden. Der VW-Vorstandsvorsitzende hat die Krise daher womöglich etwas voreilig „als überwunden“ bezeichnet.

Die Ankündigung, verlorenes Vertrauen zurückzugewinnen, gestaltet sich schwierig. In den USA ist der Markt für Neuwagen aus dem Wolfsburger Haus am Zusammenbrechen. Die Verkaufszahlen sinken in den Keller. Es heißt zwar, die Lage sei für alle Autobauer schwierig, da der große Boom vorbei sei, aber VW hat abermals mehr als zehn Prozent an Umsatz eingebüßt und liegt damit am Ende der US-Autoskala.

Peter Entinger

MELDUNGEN

Lkw-Maut bringt 4,4 Milliarden

Berlin – Im Jahr 2015 betrugen die Einnahmen aus der streckenbezogenen Lkw-Maut knapp 4,4 Milliarden Euro, was gegenüber dem Vorjahr einen Rückgang um 78 Millionen Euro bedeutet. Nach Abzug unter anderem der Systemkosten und der Ausgaben zur Entlastung des Güterkraftverkehrsgewerbes flossen insgesamt 3,15 Milliarden Euro an die bundeseigene Verkehrsinfrastrukturfinanzierungsgesellschaft. Davon wurden 2,96 Milliarden Euro in die Bundesautobahn investiert und 381,7 Millionen Euro in die Bundesstraßen. *J.H.*

Afrika: Japaner gegen Chinesen

Tokio – Japan beabsichtigt, in den nächsten drei Jahren 30 Milliarden US-Dollar in den Aufbau der Infrastruktur Afrikas zu investieren. Während eines Gipfeltreffens in Tokio wurden vor allem Verträge über den Bau von Kraftwerken, darunter einer größeren Solaranlage in Kenia, sowie zur Förderung von Rohstoffen geschlossen. Offenbar ist der japanischen Regierung daran gelegen, ihrem ungeliebten Nachbarn China und den westlichen Staaten den Schwarzen Kontinent nicht ohne Gegenmaßnahmen zu überlassen. *T.W.W.*

Die Schulden-Uhr:

Gesamtverschuldung:
2.033.540.449.609 €
Vorwoche: 2.033.471.810.012 €

Verschuldung pro Kopf:
24.964 €
Vorwoche: 24.963 €

(Dienstag, 13. September 2016, Zahlen: www.steuerzahler.de)

Öl ins Feuer

Brexit verteuert deutsche Immobilien zusätzlich

Arabische, chinesische und russische Investoren bevorzugen schon seit Längerem Immobilien in Westeuropa – diese rangieren in der Beliebtheit sogar noch vor Gold. Dabei kauften die Anleger bis vor Kurzem besonders gerne hochwertige Wohnungen in der Finanzmetropole London. Deshalb überstiegen die Quadratmeterpreise hier oft auch die 20 000-Pfund-Marke. Der Wertzuwachs der Objekte lag bei bis zu zehn Prozent pro Jahr. Deshalb konnte auf eine Rendite durch Vermietung verzichtet werden. Das führte zum Phänomen der „Geisterhäuser“, in denen abends nicht ein einziges Fenster erleuchtet war.

Aber dann kam der Brexit, der nun zum sukzessiven Abzug des internationalen Kapitals aus der Stadt an der Themse führt, während sich der Blick der Immobilienspekulanten auf Deutschland richtet. Das wiederum birgt das Risiko fataler Folgen für den hiesigen Wohnungsmarkt, denn der ist ohnehin bereits reichlich überhitzt. So hatte die Bank für Internationalen Zahlungsausgleich in Basel – quasi eine „Zentralbank der Zentralbanken“, die übrigens auch als erste den Zusammenbruch des US-Häusermarktes vorhergesagt hatte – schon vor dem Brexit davor gewarnt, dass in Deutschland eine Immobilienblase heranwachse. Tatsächlich sind die Preise für Wohnobjekte in den letzten fünf Jahren um teilweise mehr als 30 Prozent gestiegen. Mittlerweile kosten normale 100-Quadratmeter-Wohnungen in München rund 15 durchschnittliche Netto-Jahresgehälter, während 2011 nur neun fällig waren. Zugleich wurde wegen der niedrigen Kreditzinsen und fehlender anderer lukrativer Anlagemöglichkeiten gekauft wie noch nie. Beispielsweise wuchsen die Ausgaben des Immobilien-Dienstleisters Savills für den Erwerb von Wohnungen in der Bundesrepublik zwischen 2010 und 2016 um sagenhafte 673 Prozent. Dabei liegt das Hauptproblem aus der Sicht der BIZ gar nicht einmal in der exorbitanten Nachfrage und der Höhe der Preise, sondern im Tempo, in dem letztere nach oben schnellen. Wenn die Preissteigerungsrate bei Immobilien um mehr als zehn Prozent über dem langjährigen Trend liege, dann müsse man von einer Blase ausgehen – und in Deutschland betrage dieser Wert aktuell schon 10,6 Prozent.

> Andere Standorte für Investitionen als London gesucht

Angesichts dessen wird der naive Jubel des Präsidenten des Zentralen Immobilien Ausschusses, Andreas Mattner, nun komme es bestimmt zur „Belebung“ des hiesigen Marktes durch arabische und andere Investoren, keineswegs von allen Experten geteilt. Schließlich verfügt alleine die Saudi Arabian Monetary Agency über 740 Milliarden US-Dollar Anlagekapital – unter anderem zum Kauf von Wohnungen im beliebten Preissegment von 250 000 bis 700 000 Euro.

So viel Liquidität birgt natürlich die Gefahr, dass die Preise an Top-Standorten wie Berlin und Frankfurt, aber auch in sogenannten B-Städten (darunter Bremen, Dortmund und Dresden) explodieren und die Deutschen sich für eine Wohnimmobilie noch deutlich stärker verschulden müssen als bisher – mit allen dazugehörigen Unwägbarkeiten.

Wolfgang Kaufmann

Tokio steigt bei Rosneft ein

Russisches Gas und Öl sollen selbst erzeugte Kernenergie ersetzen

Japans Regierung denkt laut einem Bericht der Wirtschaftszeitung „Nikkei“ über einen Einstieg beim russischen Staatsunternehmen Rosneft nach. Im Gespräch ist demzufolge eine Beteiligung im Umfang von zehn Milliarden US-Dollar an dem Ölkonzern durch die ebenfalls staatliche Japan Oil, Gas and Metals National Corporation (Jogmec) und eine darüber hinausgehende breite Kooperation im Energiesektor zwischen den beiden Ländern. Berichtet wird zudem, dass man sich in Japan durch stärkere wirtschaftliche Beziehungen auch Fortschritte im Kurilenkonflikt (siehe *PAZ* Nr. 30) erhofft, der seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges die bilateralen Beziehungen belastet. Wie brisant die Frage der Energieversorgung für Japan ist, wurde nach der Katastrophe im Kernkraftwerk Fukushima deutlich. Nachdem aus Sicherheitsgründen weitere japanische Nuklearanlagen abgeschaltet worden waren, musste Strom verstärkt über gas- und ölbetriebene Kraftwerke erzeugt werden. Die dazu notendigen Importe waren so umfangreich, dass Japans Handelsbilanz ins Minus rutschte. Für eine Nation, die über Jahrzehnte riesige Überschüsse im Handel mit der ganzen Welt angehäuft hatte, war dies eine völlig neue Erfahrung.

Bislang bezieht das rohstoffarme Japan rund 80 Prozent seines Öls aus dem Nahen Osten. Diese hohe Abhängigkeit ist für Tokio aus mehreren Gründen hochproblematisch: Zum einen ist die Region politisch äußerst fragil und eine Stabilisierung scheint auf absehbare Zeit nicht in Sicht. Zum anderen sind für die Ölimporte aus dem Nahen Osten lange Transportwege erforderlich, die über sicherheitspolitisch extrem sensible Punkte wie etwa die Straße von Malaka und das Horn von Afrika führen. Bereits im Jahr 2011 hatte Japan in Dschibuti erstmalig seit dem Zweiten Weltkrieg einen militärischen Auslandsstützpunkt eingerichtet, auf dem japanischen Marinesoldaten stationiert wurden.

> Energieträger aus dem Nahen Osten sind keine Alternative

Als ganz besonders gefährdet gilt der Seeweg durch die Straße von Malaka, die eine Schlüsselrolle für den Welthandel und für Japans Energieimporte innehat. Bislang werden 90 Prozent der gesamten Einfuhren des Nahost-Rohöls nach Japan durch die Meerenge zwischen der Malaiischen Halbinsel und der Nordostküste von Sumatra abgewickelt. Die Verbindung vom Indischen zum Pazifischen Ozean passieren zwischen 20 und 25 Prozent des von der Seeschifffahrt beförderten Welthandelsumfangs. Die Anrainerstaaten der 900 Kilometer langen und an der schmalsten Stelle nur 2,7 Kilometer breiten Seefahrtroute machen sich zunehmend Sorgen ob der Gefahr durch Piraterie, Terrorismus zur See, aber auch durch drohende militärische Konflikte in der Region. Sollte die Sicherheit auf diesem Seeweg tatsächlich eines Tages nicht mehr gewährleistet sein, könnte sich eine Versorgung mit sibirischem Öl- und Gas als Rettungsanker für Japan erweisen.

Auch in Zusammenhang mit Japans Abhängigkeit von Rohstoffimporten ist die Ankündigung von Ministerpräsident Shinzo Abe zu sehen, in den nächsten drei Jahren in Afrika über 30 Milliarden US-Dollar zu investieren. Auf einer Konferenz in der kenianischen Hauptstadt Nairobi sagte der Premier, dass allein öffentliche Gelder im Volumen von zehn Milliarden Dollar für Infrastrukturprojekte in Afrika vorgesehen seien.

Norman Hanert

Wer im Glashaus ...

Von Manuel Ruoff

Der luxemburgische Außenminister Asselborn schlägt vor, Ungarn wegen dessen Asylpolitik aus der EU zu werfen. Dabei sollte, wer im Glashaus sitzt, nicht mit Steinen werfen. Wenn jemand aus der EU fliegen sollte, dann doch wohl eher Luxemburg, das seine EU-Partner mit „aggressiven Steuervermeidungsmodellen“ systematisch um Steuereinnahmen von Großunternehmen gebracht hat und als das heraus kam, nicht etwa den Enthüllern des Skandals dafür gedankt, sondern sie stattdessen verfolgt hat. Das widerspricht eindeutig dem erklärten Anliegen des Europarates, Whistleblower zu schützen.

Vielleicht wäre das Großherzogtum in einem Club der Steuerparadiese mit anderen Bananenrepubliken und Operettenfürstentümern besser aufgehoben als in einer Union von Industriestaaten. Dann würden wir auch Juncker los. Angesichts seiner Rolle bei Luxemburg-Leaks wäre er an der Spitze einer derartigen Union der Steuerparadiese bestens aufgehoben, und die Europäer dürften vielleicht auf eine Politik der EU hoffen, die sich wenigstens etwas mehr an den Interessen der Bevölkerung als an denen der Luxemburg dominierenden Hochfinanz orientiert.

Gefährlich dünn

Von Hans Heckel

Bei Kommunalwahlen spielen persönliche Bindungen und spezielle örtliche Probleme eine große Rolle. Daher eignen sie sich weit weniger zur „Testwahl“ für den Bundestrend als Landtagswahlen.

Dennoch springt das im Verhältnis bescheidene Abschneiden des Aufsteigers AfD in Niedersachsen ins Auge. Die etablierten Parten nehmen dies nach dem Schock von Mecklenburg-Vorpommern erleichtert auf. Und sie haben einigen Anlass dazu, weil hier eine Schwäche der „Blauen“ hervorgetreten ist, die deren Strategen Kopfzerbrechen bereiten sollte.

Dabei geht es um die ernüchternd dünne Personaldecke der AfD. Bei nur gut 20 000 Mitgliedern bundesweit fällt es der Partei zunehmend schwer, die reihenweise gewonnenen Parlamentssitze und die noch höhere Zahl an daran hängenden weiteren Ämtern mit Menschen zu besetzen, die dazu bereit und auch in der Lage sind.

Gerade bei Kommunalwahlen kommt es darauf an, lange Bewerberlisten zu präsentieren. Damit erhöht eine Partei ihre Chancen, viele Wähler zu binden durch Kandidaten, die dem abstimmenden Bürger persönlich bekannt sind. Das ist bei einer so geringen Mitgliederbasis wie jener der Alternative für Deutschland aber nur sehr eingeschränkt möglich. Dieser Aspekt hat in Niedersachsen mitgespielt.

Die AfD steht gewissermaßen in der Gefahr, sich selbst zu überholen. Das wissen ihre mächtigen Konkurrenten, die alles daran setzen, Bürger mit starken, auch unlauteren Mitteln von einer AfD-Mitgliedschaft abzuschrecken.

Überflüssige Diskussion

Von Bodo Bost

Parallel zum Erstarken des islamistischen Terrors im Sommer starteten Burka- und Burkini-Trägerinnen europaweit eine religiöse Kleider-Offensive. So begann in Frankreich direkt nach dem verheerenden Anschlag von Nizza am dortigen Strand eine Zurschaustellung von Burkini-Trägerinnen, so als hieße es, den Presserummel nach dem Attentat für die Gewinnung weiteren islamistischen Territoriums zu nutzen. Dabei schreiben weder der Koran noch die Scharia das Tragen von Burka oder Nikab vor.

Die Azhar-Universität in Kairo gilt als die wichtigste sunnitisch-islamische Lehreinrichtung weltweit. Entsprechend gelten die Rechtsgutachten des Fatwa-Rates der Azhar als allgemeingültig für Sunniten. Der Generalsekretär des Fatwa-Rates der Azhar, Scheich Khaled Omran, hat sich jetzt in einem Interview mit dem ARD-Hörfunk eindeutig zu der Frage geäußert, ob muslimische Frauen generell ihr Gesicht verschleiern müssen. „Was den Gesichtsvollschleier, den sogenannten Nikab betrifft: Weder der Koran noch die Sunna schreiben ihn vor oder verpflichten die muslimische Frau dazu, ihn zu tragen. Der Nikab ist eine Tradition, die Gewohnheitsrecht wurde, und die dem Brauchtum mancher Länder entstammt, aber von der nichts in den Grundlagen des islamischen Rechtes, in der Scharia, steht“, so der Azhar-Scheich. Ausnahmen gelten nur für die Frauen des Propheten. „Wenn die Scharia besagt, dass diese spezifische Regel nur den Propheten und seine Frauen betrifft, dürfen andere muslimische Frauen das nicht als Rechtfertigung nehmen, nachzueifern. Wenn eine muslimische Frau sich dazu entscheidet, den Gesichtsschleier zu tragen, darf sie das nicht als einen religiösen Akt betrachten. Ansonsten gilt der Nikab als abzulehnender religiöser Fanatismus.“

> Weder Koran noch Scharia schreiben Burka oder Nikab vor

Wenn der Nikab oder die Burka als Verkleidung diene, um terroristische Verbrechen zu verüben, müssten sie sogar verboten werden, sagte der Azhar-Gelehrte noch vor Bekanntwerden des Attentatsversuchs von drei Burka-Trägerinnen in Kenia. Aus eben diesem guten Grunde hatten im letzten Jahr viele westafrikanische, mehrheitlich muslimische Länder die Burka verboten. Auch an der Kairoer Universität ist es weiblichen Lehrkräften untersagt, einen Gesichtsschleier zu tragen. „Wenn die weibliche Lehrkraft vor den Studenten steht, um ihnen den Lehrstoff zu vermitteln, gehören Gestik und Mimik als Mittel der Kommunikation mit den Studenten unbedingt dazu. Die Mimik ist erste Grundlage der zwischenmenschlichen Kommunikation, man kann jedoch Mimik nur verstehen, wenn man das Gesicht sieht“, so Omran.

Angesichts dieser klaren Aussagen der auf diesem Gebiet profiliertesten wissenschaftlichen islamischen Autorität fragt man sich, warum über das von der CSU geforderte Burka-Verbot noch so viel diskutiert werden muss.



Ganz in Schwarz: Vollverschleierung als Ausdruck von religiösem Fanatismus

Bild: action press

Frei gedacht



Von der Trägheit und der Dummheit

Von Eva Herman

Es wird immer schwieriger, in heutiger Zeit seine Gedanken so zu formulieren, dass der Leser nicht gleich in Depressionen verfällt. Doch mehr als verfahren ist der deutsche Karren bereits, jeglicher Optimismus verflüchtigt sich, und fast fühlt es sich an wie ein Fluch, der nicht mehr vom Lande weichen will: Die eigene Identität, beruhend auf Tradition, Werten und gewachsener Kultur, wird derzeit im Angesicht der ganzen Welt zerstört. Während aus anderen Ländern zunehmend verständnislose Blicke auf uns gerichtet werden, kann es hierzulande offenbar gar nicht schlimm genug kommen, viele Menschen scheinen die herannahenden Gefahren immer noch nicht zu spüren. Oder sie wollen nicht, weil sie dann ihre gemütliche Komfortzone verlassen müssten.

Die schlimmsten Feinde der Freiheit sind die Trägheit und die Dummheit. Hand in Hand stolpern diese, bereits halbblind geworden, durch unser einst so schönes Land, schon sehen sie verwüstete Felder der Verzweiflung, stehen vor hohen Mauern der Willkür, atmen das giftige Agens des Totalitarismus ein. Doch es ficht sie nicht an, denn zum Feiern sind sie unterwegs, die beiden Kumpane, zum Essen und Trinken, zu Tanz und Zerstreuung. Solange die Festzelte noch geöffnet sind, wollen sie nicht aufhören, das Leben zu genießen, koste es, was es wolle, koste es sogar ihre Freiheit, die in der Wahrheit verwurzelt ist.

Die Trägheit und die Dummheit scheren sich nicht um die aufkommenden dunklen Wolken am Horizont, sie hören auch nicht das Donnergrollen, das immer näher heranzieht. Die beiden sind sich einig: Solange sie niemand anderem vorsätzlich Schaden zufügen, solange sie keinen angreifen oder verurteilen, stehen sie in keiner Schuld. Nein, für Politik interessieren sich die beiden nicht, denn „die da oben“ wissen schon, was sie tun, auch wenn man es manchmal wirklich nicht nachvollziehen kann, was die so alles entscheiden. Die Trägheit und Dummheit sehen fremde Länder und Nationen zusammenbrechen, zerstört und zerbombt durch steuersubventionierte Kriegsbündnisse, doch solange der Tag im eigenen Leben harmlos zu Ende geht, kein Kriegsgeknatter auch die Nachtruhe stört, kann man beruhigt durchatmen. Man tut ja keinem was.

Die Kolumne: Zwei Publizisten reden Klartext. Immer abwechselnd, immer ohne Scheuklappen und immer exklusiv in der *PAZ*. Dem Zeitgeist „Gegenwind“ gibt der konservative Streiter Florian Stumfall. „Frei gedacht“ hat Deutschlands berühmteste Querdenkerin Eva Herman.

Die Trägheit und die Dummheit sind enge Wegbegleiter der Massen. Überall findet man sie, in allen Gesellschaftsbereichen, in allen Kasten, Behörden und Geschäftsebenen. Viele Leute heißen sie willkommen, denn die beiden nehmen ihnen eine Menge Sorgen ab. So muss man in ihrer Anwesenheit nicht über den Sinn des Lebens nachdenken, über das „Woher komme ich, wohin gehe ich“, weder über seine Entscheidungen noch über das alltägliche Tun. Auch nicht über die Verantwortung, in der jedermann steht, gibt es Rechenschaft; ebenso wenig, wie man sich um die herrschenden Naturgesetze scheren muss, in die der Mensch, wie auch jedes Tier und jede Pflanze, hineingestellt ist, und an deren Richtschnur entlang der Menschengeist seine Entscheidungen treffen müsste. Jedes klare Ja oder Nein wissen die beiden Verbündeten zu verhindern, jegliche Stellungnahme, die Mut erfordert, wird schon im Gedanken vernichtet, würde es doch nur die Ruhe stören, in der es sich so wunderbar dahindämmern lässt.

Die Trägheit und die Dummheit sollte man nicht unterschätzen, sie haben mächtigen Einfluss auf die ganze Welt. Wer sich die globalen Gesetze ansieht, die Strukturen von Staat und Kirche, von Gesellschaft und Wirtschaft, der erkennt schnell, dass der einzelne Mensch entbunden wurde jeglicher Eigenverantwortung. Es war ein langer Prozess, durch den er allmählich eingesponnen wurde in ein riesiges System, wo er als kleines Rädchen zwar sich stets bewegen muss, wo er die immer kleiner werdenden Freiräume zur Zerstreuung auch noch nutzen darf, wo er ansonsten jedoch zu schweigen hat zu übergeordneten Entscheidungen, und billigend hinnehmen soll, was ihm geheißen. Mancher, der noch aufbegehrt, wird schnell zurechtgewiesen. Rasch erkennt der dann, dass auch er sich besser fügt, um keine Probleme zu bekommen. Trägheit und Dummheit haben somit wieder Land gewonnen. Ja, die beiden haben in diesen letzten Tagen der alten Zeit Hochkonjunktur, täglich sammeln sie neue Opfer ein, die sich nur willig hingeben der Gemächlichkeit des Denkens, der Unfähigkeit zu Entscheidung und Klarheit, der Zerstörung des eigenen Selbst. Die Zwei führen die Massen entlang täglicher Unbill und Ärger, wachsender Sorgen und Furcht, die doch jede Seele eigentlich zum Erwachen aufrütteln müssten. Doch zu stark ist längst die zähe Dynamik der Massen, der Eifer zur Anpassung, zu groß ist die Leidenschaft zu Heuchelei und Unterordnung. Die Abrichtung ist das Ziel, die Konformität im Alltäglichen, die Uniformierung des einzelnen Seelengewandes. Geistiger Tod ist schließlich der Endzustand, in dem kaum eine Regung noch sich zeigen kann, angesichts auch noch so gewaltiger Katastrophen.

Der geistige Tod eines Volkes setzt lange vor dem augenscheinlichen Zerfall desselben ein, nur wenige registrieren diese beeindruckende Entwicklung biblischer Ausmaße, die sich anfangs nur langsam entwickelt und hinzieht. Viele große Kulturen gingen einst so dahin, und während sie Stück für Stück zerfielen, sah man sich selbst tatenlos beim Untergang zu. Denn Trägheit und Dummheit hielten auch im alten Rom, im antiken Griechenland oder im verwehten Ägypten das Zepter in der Hand. Die Zeichen der Zeit waren auch damals deutlich sichtbar, im Anfange noch verhinderbar. Doch niemand schaffte es, dieser Entwicklung genügend Mut und Kraft entgegenzusetzen, Lebenskraft, die doch alleine den Untergang verhindern kann. So war es damals, und so ist es auch heute. Das Bild unseres Landes verändert sich nun täglich schneller, der Prozess nimmt an Fahrt auf. Immer rasanter geht es abwärts, schon fast unumkehrbar, beinahe uneinholbar. Manche sehen es mit Sorge, andere werfen sich entsetzt zwischen die immer schneller mahlenden Räder, um die Maschine zu stoppen, doch sie müssen zergehen, da ihnen niemand die Hand reicht, um sie heraus zu retten aus dem erbarmungslosen Getriebe. Denn die Gefährten Trägheit und Dummheit herrschen über nahezu alle, sie wirken wie ein unsichtbares Serum, das die Menschen betäubt, erblinden und an Geist und Seele erkranken lässt, ein Serum, das am Ende tödlich ist.

Die Autorin: Eva Hermans Buch »Das Eva-Prinzip« erreichte 2006 hunderttausende Leser. Weitere Bestseller über Medien, Familie, Mutterschaft und Spiritualität folgten. Die ehemalige ARD-Moderatorin, die 1958 in Emden geboren wurde, lebt in Hamburg.

Die Trägheit und die Dummheit, das sollte noch verraten werden, sind nicht etwa selbständig arbeitend. Sie unterstehen einem mächtigen Vorgesetzten, der sie wie Keime einsetzt, die sich überall ansiedeln, dort wachsen und wuchern. Sein Regierungsgebäude wurde schon vor langer Zeit tief unten angesiedelt, da, wo Luzifers Reich ist. Dessen willige Handlanger sind die beiden, und jeder einzelne Mensch, der sich mit den beiden verbündete, sich ihnen gar unterwarf, ist in Wahrheit mit dem Teufel im Bunde, auch wenn er niemandem vorsätzlich schadet, keinem Nebenmenschen oder dem Tier wissentlich Leid zufügt.

Muss denn wirklich erst alles zusammengebrochen sein, alle Strukturen zerschlagen, bis das Einfachste dieser Welt endlich erkannt wird?

Visionär des Untergangs

H. G. Wells, vor 150 Jahren geboren und Schöpfer der »Zeitmaschine«, löste die Science-Fiction-Welle aus

Science-Fiction wird gemeinhin zur Trivialliteratur gerechnet. Unterschätzen sollte man dieses Genre aber keinesfalls, sind manche einst abschätzig bewerteten Werke doch inzwischen zur Hochkultur aufgestiegen. Das gilt auch für die Bücher des Briten H. G. (Herbert George) Wells, der neben Jules Verne einer der Väter der Science-Fiction-Literatur ist.

Am 30. Oktober 1938 hörten viele US-Bürger den Weltuntergang kommen. Im Radio, das damals ein unangefochtenes Massenmedium war, lief eine Sendung über eine Invasion der USA durch Außerirdische. Die täuschend echt gemachte Reportage über den Angriff von Marsianern löste eine Massenpanik aus, erwies sich jedoch nur als Hörspiel des später als Regisseur und Schauspieler weltbekannten Orson Welles. Grundlage des Hörspiels war ein Buch, das schon 1898 erschienen war: Im Roman „Krieg der Welten" ließ der englische Autor H. G. Wells ganz London von den technisch weit überlegenen Marsianern plattmachen.

Im 20. Jahrhundert sollte sich die Bombardierung ganzer Städte nicht mehr nur auf die Phantasie beschränken. Wer wie Wells in einer Großstadt aufgewachsen war und die Kraft der Maschinen in den Fabriken erlebte, konnte ahnen, dass eine über viele Jahrhunderte gewachsene Kultur mit einem Schlag ausgelöscht werden konnte. Der technische Fortschritt war zu jener Zeit das Monster vom Mars, das über die fragilen kulturellen Errungenschaften hinwegfegt und vom Menschen nicht mehr beherrscht werden kann.

Bei Wells kamen zwei Dinge zusammen, die ihn sensibel für den Übergang des Viktorianismus in die Moderne machten: die soziale Herkunft aus der unteren Mittelklasse und seine Beschäftigung mit dem Darwinismus. Vor 150 Jahren, am 21. September 1866, in London geboren, hatte er früh die Klassengegensätze des viktorianischen Englands hautnah miterlebt. Weil es mit dem Porzellanladen des Vaters den Bach runter ging, musste die Mutter als Dienstmädchen in einem Herrenhaus etwas hinzuverdienen. Der Sohn, der sich bis dahin hinter Büchern vergrub, kam als Lehrling in eine Tuchhandlung, wo er es aber nicht lange aushielt. Nach einer Tätigkeit als Hilfslehrer studierte er in London unter anderem Biologie bei Thomas Henry Huxley. Dieser war nicht nur Großvater des Wells-Nachfolgers und Autors utopischer Romane wie „Schöne neue Welt", Aldous Huxley, sondern auch Anhänger der Evolutionstheorie.



Bilder: pa, Archiv

Rod Taylor in der Zeitmaschine im Hollywoodfilm von 1960. Oben rechts: Der Autor H. G. Wells

Gleich in Wells erstem Roman, der 1895 veröffentlichten „Zeitmaschine", spiegeln sich Darwins Theorie des „Überlebens des Stärksten" („Survival of the fittest") auf zeitkritische Weise wider. Da baut ein Tüftler eine Maschine, mit der er die Zeitdimension sowohl in die Vergangenheit als auch in die Zukunft überwinden kann. Besonders angetan hat ihn das Jahr 802 701 n. Chr., wo die friedliebenden Eloi wie im Paradies leben. Nachts wird diese Idylle aber zur Hölle, denn dann kommen die Morlocks aus ihrer Unterwelt hervor und verspeisen die wie Kinder völlig hilflosen Eloi.

Science-Fiction-Autoren projizieren die Gegenwart häufig in eine ferne Zukunft, um damit auch Sozialkritik zu veranschaulichen. So ist auch die ferne Welt der „Zeitmaschine" eine Art satirisches Abbild der viktorianischen Gesellschaft: hier die sorglos dahinlebenden Bohemiens der Oberschicht, da die tätige Arbeiterklasse, die dank ihrer Muskelkraft der Geisteselite überlegen ist und diese eines fernen Tages überleben wird.

Wells griff dabei auch die These der „Zwei Nationen" des britischen Staatsmanns und Romanautors Benjamin Disraeli auf. In seinem Roman „Sybil" sah dieser die Gesellschaft sich in Besitzende und Besitzlose aufspalten. Aufgrund seiner sozialen Herkunft zählte sich Wells zur letzteren und wurde in Opposition zur versnobten „Upper class" eine Art Salonsozialist. Mit dem Dramatiker George Bernard Shaw war er eine Zeitlang führendes Mitglied der Fabian Society und träumte von einer – sozialistischen – Weltregierung.

Seine politische Vision formulierte Wells 1905 in seinem Roman „A modern Utopia", mit dem er ähnlich wie Platon in „Der Staat" oder Thomas Morus in „Utopia" einen Idealstaat beschrieb. Sein zunehmender politischer Eifer ging aber auf Kosten der literarischen Qualität. Wells war einer der produktivsten Autoren seiner Zeit und veröffentlichte über 120 Bücher. Doch seine bekanntesten Werke wie „Die Zeitmaschine", „Die Insel des Doktor Moreau", „Der Unsichtbare" oder „Krieg der Welten", die auch alle verfilmt wurden, verfasste er bis kurz nach der Jahrhundertwende.

Wells selbst bezeichnete sich als Autor von „scientific romances" – „naturwissenschaftlichen Romanzen" –, woraus der Gattungsbegriff „Science-Fiction" erwuchs. Doch in den späteren Jahren verlagerte er seinen Schwerpunkt auf „non-fiction", also auf Sachbücher. Nur im Roman „Befreite Welt" kam bei ihm 1914 noch einmal der Visionär zum Vorschein. In dem Buch beschreibt er eine Bombe, die ihr Ziel in atomare Bestandteile auflöst: Damit war schon zu Beginn des ersten Weltkrieges der Begriff „Atombombe" erfunden, deren ganz realen Einsatz Wells kurz vor seinem Tod am 13. August 1946 noch miterleben musste. *Harald Tews*

Von „Die Zeitmaschine" und „Krieg der Welten" werden im Januar 2017 jeweils gleich zwei Neuübersetzungen erscheinen: im Fischer Taschenbuchverlag durch Hans-Ulrich Möhring und bei dtv durch Lutz-W. Wolff.

MELDUNGEN

Karl IV. zu Gast im Kutschstall

Potsdam – Zum 700. Geburtstag des deutschen Kaisers Karl IV. läuft vom 16. September bis 22. Januar 2017 im Kutschstall des Hauses der Brandenburgisch-Preußischen Geschichte, Am Neuen Markt 9, in Potsdam die Ausstellung „Karl IV. – Ein Kaiser in Brandenburg". Im Mittelpunkt steht sein Wirken in der Mark Brandenburg, dessen Herrschergewalt er erst 1373 – fünf Jahre vor seinem Tod – erlangte. Eintritt: 7 Euro: Info: www. hbpg.de/Ausstellung_Karl-IV.html *tws*

Berlin zeigt seine Kunst in Breslau

Berlin – Im Königspalast des Städtischen Museums der diesjährigen Kulturhauptstadt Breslau zeigt die Alte Nationalgalerie Berlin vom 18. September bis 15. Januar 2017 rund 70 Meisterwerke aus der Sammlung Wagener. Einer Schenkung des Sammlers ist die Gründung der Nationalgalerie 1861 zu danken. Ebenso in Breslau ist noch bis zum 22. Januar 2017 im Vier-Kuppel-Pavillon des dortigen Nationalmuseums mit „Summer Rental" die Sammlung Marx ebenfalls aus der Berliner Nationalgalerie zu Gast. *tws*

Mann-Preis an Berliner Autorin

Lübeck – Jenny Erpenbeck erhält den diesjährigen Thomas-Mann-Preis. Der mit 25 000 Euro dotierte Preis wird der 49-jährigen Berliner Autorin am 17. September um 20 Uhr im Theater Lübeck verliehen. Am Tag zuvor findet um 18.30 Uhr im großen Börsensaal des Rathauses eine Lesung mit der Preisträgerin statt. *tws*

Wohnen auf Stelzen

Baden-Württemberg widmet sich Pfahlbauten aus der Bronzezeit

Archäologen haben in den im Alpengebiet an Seen und Mooren errichteten Pfahlbausiedlungen sensationell gut erhaltene Objekte aus organischen Materialien ausgegraben. Erstmals werden sie in einem umfassenden Überblick präsentiert. Im Mittelpunkt stehen die in Baden-Württemberg gemachten Funde. Die 1200 Objekte sind auf zwei Ausstellungsorte verteilt. Das Kloster Schussenried widmet sich der Jungsteinzeit (6000 bis 2200 v. Chr.), das Federseemuseum Bad Buchau der Bronzezeit (2200 bis 800 v. Chr.).

Die Bewohner der Pfahlbauten lebten von Ackerbau und Viehzucht, im Nebenerwerb vom Fischfang und der Jagd. Eine Pfahlbausiedlung wurde in aller Regel nur 20 bis 30 Jahre bewohnt. An den Seeufern und Mooren um die Alpen hat man die Überreste von Häusern und Hütten unterschiedlichster Bauart entdeckt. Die Fundstellen werden rund 30 verschiedenen Kulturen zugewiesen. Die ältesten Pfahlbauten im Alpenraum wurden gegen 5200 vor Christus errichtet.

Der Ausstellungsteil im Kloster Schussenried beeindruckt mit bestens erhaltenen Gebrauchsgegenständen wie einer rund 6000 Jahre alten Holztasse und einem ebenso alten Fischernetz aus Bast. Absoluter Höhepunkt aber ist die bislang älteste nördlich der Alpen entdeckte Wandmalerei. Ihre Bruchstücke wurden aus dem Überlinger See bei Ludwigshafen-Seehalde geborgen. Sie entstammen einem um 3860 v. Chr. abgebrannten Kulthaus. Dessen besonderer Blickfang waren ab der Wand naturalistisch aus Lehm aufmodellierte weibliche Brüste. Deren Überreste werden mindestens sieben Frauendarstellungen zugeordnet. Ihre Körper



Bild: Thiede

Rekonstruierte Urzeitvilla

und Brüste sind mit weißen Punkten gemustert. Die Wissenschaftler vermuten, dass die Figuren kultisch verehrte Stammmütter verkörpern. Beachtenswert sind auch die frühen Zeugnisse der Erfindung des hölzernen Scheibenrades. Zu den ältesten in Deutschland gefundenen Rädern gehören die in den letzten Jahren in der Pfahlbausiedlung Olzreute-Enzisholz bei Bad Schussenried ausgegrabenen. Sie bringen es auf etwa 4900 Jahre.

Während der Laufzeit der Schau kann man die moorarchäologischen Ausgrabungen in der Pfahlbausiedlung Olzreute-Enzisholz besuchen. Auf dem Areal befinden sich die Überreste zweier Dörfer. Sie wurden an einem kleinen See errichtet, der später verlandete. Man kann den Ausgräbern über die Schulter schauen und sich in den vor Ort eingerichteten naturwissenschaftlichen Laboren von den Forschern über ihre Arbeit informieren lassen.

An anderer Stelle im Olzreuter Ried wurden bronzezeitliche Funde gemacht. Sie gehören zum Ausstellungsteil im Federseemuseum. Es handelt sich um einen Schmuckhort aus 64 Bronzeobjekten (1800 bis 1600 v. Chr.), darunter 41 wie kleine Trichter aussehende „Tutuli" zum Aufnähen auf Kleidung. Ihre identische Form verdeutlicht uns einen Fortschritt, den der Metallguss möglich gemacht hat: die Massenproduktion. Etwa um 850 v. Chr. endete die Zeit der Pfahlbauten um die Alpen schlagartig. *Veit-Mario Thiede*

Bis 9. Oktober im Kloster Schussenried, Neues Kloster 1, Bad Schussenried und im Federseemuseum, August-Gröber-Platz, Bad Buchau, geöffnet Dienstag bis Sonntag 10 bis 18 Uhr. Telefon (07531) 9269110, Eintritt: 14 Euro. www.pfahlbauten2016.de

Das Tenor-Wunder

Vor 50 Jahren starb mit Fritz Wunderlich ein Star der Opernbühnen

Die Nachricht vom Unfalltod des jungen Opernsängers Fritz Wunderlich löste am 17. September 1966 große Bestürzung im In- und Ausland aus. Der Künstler starb in einer Heidelberger Klinik an einem Schädelbasisbruch, den er am Tag zuvor bei einem Treppensturz im Haus eines Freundes erlitten hatte. Er wurde nur 35 Jahre alt. Wunderlich war ein gesuchter lyrischer Tenor und trat in allen großen europäischen Häusern auf. Der entscheidende Durchbruch seiner künstlerischen Laufbahn stand noch bevor. Für 1967 war sein Debüt an der Metropolitan Opera in New York geplant.

50 Jahre nach seinem frühen Tod ist seine Popularität ungebrochen. Möglich ist dies durch die massenhafte Verbreitung von Tondokumenten auf CD, CD-Rom und über das Internet. Aus seiner elfjährigen künstlerischen Laufbahn hinterließ Wunderlich mehr als 700 Tonaufnahmen aus seinem umfangreichen Repertoire. Musikliebhaber in aller Welt sind fasziniert von der Schönheit und dem Glanz seines Singens. Wunderlich hat Musik nicht nur erkannt, sondern auch gefühlt und erlebt.

Am 29. September 1930 wurde er im pfälzischen Kusel als Sohn des Kapellmeisters Paul Wunderlich und dessen Frau Anna, einer Musiklehrerin, geboren. Nach dem frühen Tod des Vaters verarmte die Familie. Fritz lernte verschiedene Instrumente und trat gegen Gage bei Tanzveranstaltungen auf. Nach einer einjährigen Ausbildung in Kaiserslautern folgten fünf Jahre Studium an der Musikhochschule Freiburg. 1955



Bild: Fritz-Wunderlich-Gesellschaft

Aparter Tenor: Fritz Wunderlich

debütierte er als Tamino an der Stuttgarter Staatsoper. 1960 war er Ensemblemitglied an der Münchener Staatsoper, ab 1962 Dauergast an der Wiener Staatsoper und bei den Salzburger Festspielen. 1966 gastiere er mit dem Stuttgarter Ensemble auf den Edinburgher Festspielen.

Wunderlich war mit der Harfenistin Eva Jungnitsch verheiratet, mit der er drei Kinder hatte. Die Familie wohnte zuletzt in München. Als ob er wüsste, dass ihm nicht viel Zeit blieb, arbeitete er rastlos bis zur Erschöpfung. Fast alles, was er vor Mikrofonen gesungen hat, kann nachgehört werden, von Schnulzen, Volksmusik und Operettenarien bis zu Plattenaufnahmen mit Opern- und Konzerteinspielungen mit den besten Orchestern, Sängern und Dirigenten seiner Zeit.

Wunderlich strebte eine Fach-Erweiterung hin zu dramatischen Partien an. In die Mitte der 60er Jahre fallen Gesamteinspielungen mit Mozart-Partien („Die Zauberflöte", „Entführung aus dem Serail"), Liederzyklen (Schuberts „Müllerin" und Schumanns „Dichterliebe") ebenso wie schwerere Tenor-Partien in Verdi-Opern und der „Steuermann" in Wagners „Holländer". Als Höhepunkt gilt sein Tenor-Part in Mahlers „Lied von der Erde" unter Leitung von Otto Klemperer. Auch die Rolle des „Lohengrin" hätte Wunderlich grandios interpretiert. *D. Jestrzemski*

Im Stadt- und Heimatmuseum von Kusel, Marktstraße 27, hat die Fritz-Wunderlich-Gesellschaft (www.fritz-wunderlich-ges.com) einen Wunderlich-Sammlung eingerichtet. Diese ist von Dienstag bis Sonntag jeweils von 14 bis 17 Uhr zu besichtigen.

»Mein Regierungsprogramm war einfach«

Karl Dönitz versuchte als letztes Staatsoberhaupt des Deutschen Reiches, »soviel Menschenleben zu retten wie möglich«

Wenn man bedenkt, dass sich im Nachbarort von Friedrichsruh, dem kaum einen Kilometer entfernten Aumühle, das Grab von Karl Dönitz befindet, so entsteht hier geradezu eine Symbolik dadurch, dass der Schöpfer des Deutschen Reiches und dessen letzter Repräsentant im Tode fast beieinander liegen.

Karl Dönitz wurde am 16. September 1891 in Grünau bei Berlin geboren. Seit 1898 war der Vater bei der Firma Carl Zeiss in Jena tätig, und Karl besuchte bald das Realgymnasium in Weimar, wo er 1910 sein Abitur ablegte. Am 1. April des Jahres trat er als Seekadett in die Kaiserliche Marine ein. Nachdem er die Ausbildung mit guten Noten abgeschlossen hatte, wurde er am 27. September 1913 zum Leutnant zur See befördert. Zu diesem Zeitpunkt tat er Dienst auf dem Kleinen Kreuzer „Breslau“, der sich bei Ausbruch des Ersten Weltkrieges im Mittelmeer befand. Um den Kontakt mit den gegnerischen Seestreitkräften zu vermeiden, flüchtete man nach Konstantinopel, wo das Schiff unter dem Namen „Midilli“ der Marine des verbündeten Osmanischen Reiches unterstellt und im Schwarzen Meer eingesetzt wurde. 1916 meldete sich Dönitz zur jungen U-Boot-Waf-

»De jure und de facto unschuldig«

fe, im selben Jahr heiratete er Ingeborg Weber, Tochter des preußischen Generalmajors Erich Weber, der als Berater im Heer des osmanischen Sultans diente. Im Jahr darauf nahm Dönitz an einigen Feindfahrten auf U 39 teil, am 1. April 1918 wurde er selbst Kommandant eines U-Bootes. Kurz vor Ende des Krieges geriet er in britische Gefangenschaft, aus der er im Juli 1919 entlassen wurde.

Nach Deutschland zurückgekehrt, erhielt Dönitz eine Anstellung in der neuen Reichsmarine der Weimarer Republik, in der er zunächst Kommandant verschiedener Torpedoboote war, bevor er die Admiralstabsausbildung absolvierte. Es folgten mehrere Kommandos an Land und auf See. 1934 wurde Dönitz Kommandant des Kreuzers „Emden“, mit dem er eine mehrwöchige Reise nach Südostasien unternahm. Zu seiner Überraschung erhielt er nach der Rückkehr vom Oberbefehlshaber der Kriegsmarine, Generaladmiral Erich Raeder, den Auftrag, eine neue deutsche U-Boot-Waffe zusammenzustellen. Die war Deutschland zwar durch das Versailler Diktat untersagt worden, aber Adolf Hitler setzte sich nun darüber hinweg. Dönitz wurde zunächst Chef der U-Boot-Flottille „Weddingen“, Keimzelle des neuen Waffensystems, und übernahm 1936 die Leitung der neugebildeten Dienststelle des Führers der Unterseeboote (FdU). Nach Ausbruch des Zweiten Weltkrieges wurde der Posten in „Befehlshaber der Unterseeboote“ (BdU) aufgewertet, was für Dönitz die Beförderung zum Konteradmiral mit sich brachte. Nachdem die Marine den Verlust einiger größerer Überwasserschiffe zu verzeichnen gehabt hatte, was Hitler der Seekriegsführung ihres Oberbefehlshabers, Großadmiral Raeder, anlastete, ernannte er im Januar 1943 Dönitz zu dessen Nachfolger, der sogleich zum Großadmiral ernannt wurde und damit den Dienstgrad des Generaladmirals übersprang. Die Stellung als BdU behielt er in Personalunion bei.

Am Abend des 30. April 1945 erreichte den Großadmiral in seinem Hauptquartier in Plön, das er gerade bezogen hatte, die telegrafische Nachricht aus Berlin, dass Hitler, der „im Kampf um die Reichshauptstadt gefallen“ sei, ihn zuvor testamentarisch zu seinem Nachfolger als Reichspräsident ernannt hatte. Am Tag darauf wandte sich Dönitz in einer Rundfunkansprache an das deutsche Volk. Am 2. Mai stellte er in Plön und Eutin eine „Geschäftsführende Regierung“ zusammen, als deren „Leitender Minister“ der bisherige Reichsfinanzminister Lutz Graf Schwerin von Krosigk fungierte, der angesichts der Umstände auf den Titel eines Reichskanzlers verzichtete und unter Beibehaltung des Finanzministeriums zugleich das Amt des Außenministers übernahm. Diese Regierung hielt ihre erste Sitzung am 3. Mai 1945 in Flensburg-Mürwik ab, das jetzt provisorische „Hauptstadt“ wurde.

Bei seiner Nachfolgeregelung hatte Hitler gehofft, Dönitz werde den Kampf unvermindert fortsetzen. Doch einmal „im Besitz politischer Verantwortung“, hielt es der Großadmiral für seine Pflicht, den längst verlorenen Krieg bald zu beenden. Später bekannte er dazu: „Mein Regierungsprogramm war einfach. Es galt, soviel Menschenleben zu retten wie möglich.“ Sein Bestreben bestand folglich darin, unter Einsatz aller verfügbaren Schiffe möglichst viele Flüchtlinge über die Ostsee nach Westen zu evakuieren, um sie so dem Zugriff durch die Sowjets zu entziehen. Diesem Ziel, dem sich die Marine schon verpflichtet sah, nachdem die Rote Armee Ende Januar 1945 Ostpreußen vom übrigen Reichsgebiet abgeschnitten hatte, räumte Dönitz in den letzten Kriegstagen absoluten Vorrang ein, und das dabei erzielte Erfolg, auf den er zeitlebens stolz war, sollte im Nachhinein seine Pläne rechtfertigen. So wurden zwischen dem 23. Januar und dem 8. Mai 1945 durch Seetransporte auf 281 Kriegs- und 509 Handelsschiffen insgesamt 2 022 602 Menschen in Sicherheit gebracht. Damit gilt diese als die größte Rettungsaktion der Geschichte.

Eine Teilkapitulation gegenüber den Westalliierten konnte Dönitz nicht erwirken. Deshalb fügte er sich schließlich in die bedingungslose Gesamtkapitulation aller deutschen Streitkräfte. Diese wurde am 7. Mai 1945 zunächst im Hauptquartier von General Dwight D. Eisenhower in Reims und in der Nacht vom 8. auf den 9. Mai auf Wunsch Josef Stalins noch einmal im sowjetischen Hauptquartier in Berlin-Karlshorst unterzeichnet. Die Geschäftsführende Reichsregierung blieb weiter im Amt, bis man sie am 23. Mai 1945 verhaftete. Aber das Kabinett wurde weder abgesetzt noch erklärten seine Mitglieder ihren Rücktritt, und der deutsche Staat bestand de jure fort. Daran änderte auch die Tatsache nichts, dass die Alliierten am 5. Juni 1945 offiziell die Übernahme der Regierungsgewalt in Deutschland proklamierten.

Nach seiner Verhaftung wurde Dönitz in das Kriegsgefangenenlager Bad Mondorf in Luxemburg verbracht und im Oktober 1945 an den Internationalen Militärgerichtshof in Nürnberg überstellt. Die Anklage wegen „Verschwörung zur Führung eines Angriffskrieges“ musste letztlich fallengelassen werden, da er zum Zeitpunkt der Planungen nicht in diese eingebunden war. Wegen der „Durchführung von Angriffskriegen“ wurde er am 1. Oktober 1946 allerdings zu zehn Jahren Gefängnis verurteilt.

Nach der Entlassung am 1. Oktober 1956 lebte der letzte deutsche Reichspräsident in Aumühle bei Hamburg. In den folgenden Jahren erschienen etliche Bücher und Schriften von ihm, auch gab er verschiedentlich Interviews, ansonsten aber hielt er sich weitgehend aus dem öffentlichen Leben heraus. Im Ausland genoss Dönitz bis zum Lebensende hohes Ansehen. Insbesondere die ehemaligen Kriegsgegner der Royal Navy attestierten ihm bei Gastbesuchen stets, ehrenhaft gekämpft zu haben, und betonten, er sei „de jure und de facto unschuldig“.

In Deutschland hingegen wurde Dönitz überwiegend kritisch gesehen, doch neben konservativen Marinekreisen waren es vor allem die Vertriebenen, die zu ihm standen, da er es vielen von ihnen ermöglicht hatte, aus den eingeschlossenen Ostprovinzen zu entkommen. Für sie blieb der Großadmiral deshalb auch ein Mann, „dem Ehrfurcht und Dank gebühren, weil er die eigene Person vorbehaltlos und schweigend dem Dienst an seinen Mitmenschen unterordnete“, wie es der damalige Sprecher der Landsmannschaft Ostpreußen, Joachim Freiherr von Braun, 1970 anlässlich des 25-jährigen Gedenkens an die in der Geschichte beispiellose Evakuierungsaktion formulierte. Fünf Jahre später verlieh ihm die Landsmannschaft dafür mit dem Preußenschild ihre höchste Auszeichnung.



Vor 125 Jahren in Grünau bei Berlin geboren: Großadmiral Karl Dönitz Bild: Reith

Am Heiligabend 1980 starb das letzte Staatsoberhaupt des Deutschen Reiches, und mit ihm wurde am 6. Januar 1981 zugleich der letzte Inhaber des einst höchsten deutschen militärischen Dienstgrades auf dem Waldfriedhof von Aumühle-Wohltorf beigesetzt. An der Trauerfeier in und außerhalb der Bismarck-Gedächtniskirche nahmen annähernd 6000 Menschen teil, darunter viele ehemalige Marineoffiziere aus Großbritannien, Frankreich und Italien. Aber auch von deutscher Seite sah man neben prominenten Politikern und Veteranen der Wehrmacht hochrangige Angehörige der Bundeswehr, die jedoch in Zivil erscheinen mussten, da das Bundesverteidigungsministerium aktiven Soldaten und auch Reservisten das Tragen der Uniform untersagt hatte.

Ebenso verwehrte die Bundesregierung dem Verstorbenen ein

Bismarck und Dönitz nahe beieinander

Staatsbegräbnis mit militärischen Ehren, das ihm aufgrund seines Dienstgrades sowie als Ritterkreuzträger zugestanden hätte. Es wirkte daher geradezu befremdlich, als Pfarrer Hans-Jochen Arp, der dem Großadmiral über viele Jahre verbunden war und ihn als gläubigen Christen und treues Gemeindemitglied bezeichnete, betonte, dass der Sarg auf ausdrücklichen Wunsch des Toten in die schwarz-rot-goldene Bundesflagge gehüllt sei, da sich Dönitz vorbehaltlos zur demokratischen Gesellschaftsordnung der Bundesrepublik Deutschland bekannt habe.

In den Ansprachen wurde der Verstorbene als „große soldatische Führungspersönlichkeit“ gewürdigt, und der stellvertretende Sprecher der Landsmannschaft Ostpreußen, Harry Poley, hob noch einmal das Verdienst bei der Evakuierung von über zwei Millionen Flüchtlingen aus den deutschen Ostgebieten als „große soldatisch-humanitäre Tat“ hervor. Dönitz habe, so Poley, „mit seinem Leben und Wirken Maßstäbe gesetzt. Sie behalten ihre Gültigkeit, auch wenn ein sogenannter Zeitgeist sie vorübergehend außer Kraft zu setzen versucht.“ Schließlich wurde der Sarg von sechs Ritterkreuzträgern zu Grabe getragen. *Wolfgang Reith*

Einigkeit oder Recht?

Bismarck stellte mit der Imdemnitätsvorlage die nationalliberale Bewegung vor die Gretchenfrage

Wilhelm I. hatte 1862 Otto von Bismarck zu seinem Regierungschef ernannt, weil dieser bereit war, notfalls auch gegen die Abgeordnetenhausmehrheit die von seinem König gewünschte Heeresreform durchzusetzen. Und in der Tat hatte Bismarck die Reform durchgesetzt, ohne dass die dafür nötigen Finanzmittel vom dafür zuständigen Parlament mit seiner liberalen Mehrheit genehmigt worden wären. Entsprechend unbeliebt war Bismarck bei seinen liberalen Landsleuten.

Die beiden ersten Einigungskriege führten jedoch zu einem Stimmungswandel. Das lag in diesem Falle nicht nur daran, dass Regierungen durch die Bank von gewonnenen Kriegen profitieren. Vielmehr stellten sich viele die Frage, ob die Siege auch ohne die Heeresreform möglich gewesen wären und ob durch sie Bismarcks Verfassungsbruch nicht nachträglich gerechtfertigt werde. Und viele sahen die Siege gegen Dänemark und Österreich als erste Schritte auf dem Weg zur deutschen Einheit. Die Vereinigung zumindest Norddeutschlands bis zum Main war Bismarck ja in der Tat mit den beiden ersten Einigungskriegen gelungen. Die Gründung des Norddeutschen Bundes zeichnete sich ab. Diese Entwicklung brachte insbesondere die nationalliberale Bewegung in die Bredouille. „Einigkeit und Recht und Freiheit“, waren ihr Ziel. Das Recht hatte Bismarck gebrochen, der zumindest kleindeutschen Einigung schien er Deutschland näher gebracht zu haben. Nun stellte Bismarck mit der sogenannten Indemnitätsvorlage die Gretchenfrage.

Mit diesem dem Parlament vorgelegten Entwurf für ein Indemnitätsgesetz räumte der Souverän einerseits ein, dass gemäß der Verfassung das Parlament über den Staatshaushalt zu beschließen hat und dass dies ab 1862 nicht mehr der Fall gewesen war, und schlug andererseits vor, der Staatsregierung für dieses nicht verfassungsgemäße Verhalten Indemnität zu erteilen, Straflosigkeit zu gewähren. Am 3. September 1866 nahm das Abgeordnetenhaus mit 230 zu 75 Stimmen bei vier Enthaltungen die Indemnitätsvorlage an. Das Herrenhaus bestätigte vier Tage später die Entscheidung einstimmig. Am 26. September 1866 wurde das Gesetz verkündet.

Über dieser Abstimmung zerbrach der Liberalismus in einen linken und einen rechten Flügel. Der linke Flügel, der nicht bereit war, einen Verfassungsbruch nachträglich zu billigen, verblieb in der Fortschrittspartei. Jene Liberale jedoch, die Bismarcks Erfolge überzeugt und die für die Indemnitätsvorlage gestimmt hatten, spalteten sich ab und bildeten die Nationalliberale Partei. Doch nicht nur den Liberalismus, sondern auch den Konservatismus spaltete Bismarcks Indemnitätsvorlage. Da waren zum einen die Altkonservativen, die Bismarck übelnahmen, dass er vermeintlich legitime Herrscher wie den hannoverschen König Georg V. vom Thron stieß. Diese sogenannten Altkonservativen stimmten gegen die Indemnitätsvorlage, denn in ihren Augen war es ein Zeichen von Schwäche, nach einem Verfassungsbruch ein Parlament nachträglich um Indemnität zu bitten. Die vergleichsweise linken Freikonservativen hingegen überzeugte Bismarcks Expansionspolitik, und sie stimmten für die Indemnitätsvorlage. Die rechtsliberalen Nationalliberalen und die linkskonservativen Freikonservativen bildeten für die nun folgenden Jahre Bismarcks parlamentarische Stütze. *Manuel Ruoff*

Wie Schwarz-Weiß-Rot entstand

Vor 150 Jahren schlug der Hamburger Adolf Soetbeer den Dreifarb für die Handelsflotte des Norddeutschen Bundes vor

Nachdem Preußens Ministerpräsident Otto von Bismarck mit seinem sogenannten Augustbündnis die Kandidaten für die Gründung des Norddeutschen Bundes zusammengesammelt hatte, schlug ein Hamburger Handelskammersekretär per Presse eine gemeinsame Handelsflagge vor, die es schließlich bis zur Reichsflagge brachte.

Nicht umsonst gelten die Japaner als die Preußen Asiens. Preußen war Japan lange Vorbild. Der am 24. Januar 1861 abgeschlossene bilaterale Freundschafts-, Handels- und Schifffahrtsvertrag bildet bis heute die Grundlage der deutsch-japanischen Freundschaft. Noch im selben Jahr wurde Louis Kniffler preußischer Vizekonsul von Nagasaki und damit der erste dauerhaft akkreditierte Konsularbeamte eines deutschen Staates in Japan. Hamburgs Beziehungen zum Land der aufgehenden Sonne waren weniger gut. So weigerte sich das Land in jenem Jahr 1861, die hamburgische Flagge in seinen Häfen zuzulassen. Insofern schien es aus Hamburger Sicht attraktiv, mit Preußen unter gemeinsamer Flagge zu fahren.

Eine Gelegenheit hierzu bildete ein halbes Jahrzehnt später die Gründung des Norddeutschen Bundes. Am 18. August 1866 schloss Preußen mit dem Gros seiner Bündnispartner im vorausgegangenen Deutschen Krieg, darunter auch Hamburg, das sogenannte Augustbündnis, das erklärtermaßen der Vorbereitung eines Norddeutschen Bundes dienen sollte. Angesichts der geschilderten Erfahrungen und Interessenlage ist es verständlich, dass der Sekretär der Hamburger Handelskammer Adolf Soetbeer am 22. September 1866, also gut einen Monat nach dem Abschluss des Augustbündnisses, im „Bremer Handelsblatt“ schrieb: „Dem Auslande gegenüber bedarf es einer gemeinsamen Flagge, und Schwarz-Weiß wird deshalb nicht für Preußen allein, sondern für den ganzen norddeutschen Bund zu gelten haben.“

Zu den preußischen Farben macht er dann jedoch einen originellen Alternativvorschlag: „Wir haben die Meinung äußern hören, ob nicht vielleicht die künftige gemeinsame deutsche Flagge in der Weise zu bilden sei, daß mit dem preußischen Schwarzweiß das alte Rothweiß zu einer Tricolore vereinigt werde, um allen Theilen gerecht zu werden – also Schwarz-roth-weiß oder Schwarz-weiß-roth. Die Neuheit einer solchen Flagge möchte an sich als ein wesentliches Hinderniß nicht zu erachten sein, denn sie würde gerade recht auffällig im nahen und fernen Auslande darthun, daß für die staatlichen und nationalen Zustände Deutschlands eine neue Epoche eingetreten ist, und wenn ein und dieselbe Flagge unter Beseitigung von neun oder mehr bisherigen Einzelflaggen auf mehr als 7000 Seeschiffen in allen Meeren weht, so wird sie bald überall genugsam bekannt sein. Eine combinirte neue Flagge dieser Art oder die gleichmäßige Annahme der schwarz-weißen Farben als künftige norddeutsche Flagge, zwischen diesen wird die Wahl zu treffen sein. Wie man auch hierin entscheiden möge, die Hauptsache ist die baldige Einführung einer gemeinschaftlichen Handelsflagge für ganz Norddeutschland von Emden bis Sylt und von Hadersleben bis Memel!“

Wenn es denn schon ein Dreifarb mit diesen Farben sein sollte, dann kam für einen halbwegs heraldisch Bewanderten aufgrund der ehernen Regel, dass Metall nie an Metall und Farbe nie an Farbe grenzen sollte, nur die schwarz-weiß-rote Variante in Frage. Beim preußischen Ministerpräsidenten findet sich diese Farbkombination erstmals in seinen sogenannten Grundzügen zu einer Verfassung des Norddeutschen Bundes. In diese nahm er am 9. Dezember 1866 des Passus auf: „Kauffahrteischiffe sämtlicher Bundesstaaten führen dieselbe Flagge: Schwarz-Weiß-Rot.“

Der Norddeutsche Bund sollte auch gemeinsame Seestreitkräfte erhalten. Um dem Ausland zu signalisieren, unter welchem Schutz die Handelsflotte des Bundes stand, und um das Verbundenheitsgefühl zwischen Kriegs- und Handelsflotte zu stärken, hieß es in der Verfassung des Bundes vom 22. Juni 1867: „Die Flagge der Kriegs- und Handelsmarine ist schwarz-weiß-rot.“ Das Deutsche Reich übernahm Schwarz-Weiß-Rot vom Norddeutschen Bund, machte es am 8. November 1892 sogar zur Reichsflagge.

Der Verdacht liegt nahe, dass Bismarck Soetbeers Vorschlag aufgegriffen hat, aber ein Beweis fehlt. Bismarck selber hat einen kausalen Zusammenhang bestritten. Am 9. Februar 1893 schrieb er Soetbeers Sohn: „... ich weiß nicht mehr, ob die Entscheidung über die Farben der Norddeutschen Flagge vor oder nach dem 22. September 1866 beim Könige erfolgt ist; wahrscheinlich geschah dies schon im August. Für mich ist ein Anlaß zu dem betreffenden Antrage beim Könige die Erinnerung an meine Heimatprovinz Brandenburg gewesen. Die brandenburgischen Farben sind Weiß-Rot und waren unsere amtlichen bis zur Annahme des Namens Preußen im Anfange des vorigen Jahrhunderts. Außerdem spielte die Tatsache mit, daß die seefahrenden Glieder Norddeutschlands, die Hansestädte und Holstein, auch viele deutsche Städte, die weißrote Flagge führten. Der Name Ihres Herrn Vaters hat bei mir in seiner hanseatischen Stellung jederzeit in hoher Achtung gestanden, und ich werde seine Befürwortung der neuen Farben seinerzeit gewiß dankbar empfunden haben. Die erste Anregung aber zu dieser Wahl lag in kurbrandenburgischen Erinnerungen.“

Auch gegenüber Wilhelm I. hat Bismarck das Rot in der Trikolore auf Brandenburg zurückgeführt. Wir wissen allerdings, dass Bismarck ein schlauer Fuchs war und Wilhelm ein stockkonservativer preußischer Lokalpatriot mit Aversionen gegen die neuen Symbole von Norddeutschem Bund und Kaiserreich. Insofern liegt der Verdacht nahe, dass Bismarck glaubte, Wilhelm für ein brandenburgisches Weiß-Rot eher gewinnen zu können als für ein holsteinisches oder hansestädtisches. Auch Wilhelm scheint diesen Verdacht gehabt zu haben, pflegte der humorvolle Monarch doch zu seinem Regierungschef beim Anblick schwarz-weiß-roter Fahnen zu sagen: „Da haben Sie Ihre brandenburgischen Farben.“

Manuel Ruoff



Trikolore auf dem Schild: Wappen der Konsuln des Norddeutschen Bundes Bild: CF

Wie es das Flaggenmotiv auf den Wappenschild brachte

Anders als im Deutschen Reich schaffte es der Dreifarb im Norddeutschen Bund sogar auf den Schild. Das lag daran, dass der Norddeutsche Bund eine eher provisorische Konstruktion war. Das Reich von 1871 war zwar nur eine kleindeutsche Lösung der deutschen Frage, aber doch groß genug, um glaubhaft an die Traditionen des mittelalterlichen Heiligen Römischen Reiches anknüpfen zu können. Es tat dies mit der Bezeichnung Reich, dem Titel Kaiser für den obersten Staatsrepräsentanten, einer der Reichskrone in der Wiener Schatzkammer nachempfundenen wenigstens heraldisch vorhandenen Plattenkrone sowie dem einköpfigen schwarzen Adler als Wappentier auf goldenem Grund. Der Norddeutsche Bund verzichtete auf alle diese Reminiszenzen an das Heilige Reich ebenso wie auf ein offizielles Wappen.

Allerdings wurde für die Konsuln des Bundes im Ausland ein Wappen benötigt. Hierfür wurde auf einen Schild mit den Farben und dem Muster der Handelsflagge zurückgegriffen. Wie später beim kaiserlichen Wappen, das den Reichsadler im Schilde führte, dienten als Schildträger die sogenannten Wilden Männer des Preußenwappens. In Ermangelung einer eigenen Krone wurde auf die preußische zurückgegriffen.

Obwohl eigentlich nur für die Konsulare gedacht, fand diese Konstruktion später auch noch für andere Zwecke des Norddeutschen Bundes Verwendung und kann so doch mit Abstrichen wenigstens als inoffizielles Wappen des Norddeutschen Bundes betrachtet werden *M.R.*

Für Katharina die Große erforschte er deren Reich

Vor 275 Jahren kam der Naturforscher, Geograf und Entdeckungsreisende Peter Simon Pallas in Berlin zur Welt

Der am 22. September 1741 in Berlin als Nachkomme von Ostpreußen geborene Peter Simon Pallas sollte eigentlich Arzt werden. Das hoffte wenigstens sein Vater Simon Pallas, der Mitte des 18. Jahrhunderts zum Professor für Chirurgie und ersten Wundarzt an der Charité avancierte. Und so studierte der hochbegabte Sprössling zunächst Medizin, besuchte daneben aber auch fleißig Vorlesungen in Botanik, Zoologie, Mathematik und Physik. Dem folgte mit nur 19 Jahren die Promotion in Leiden mit einer originellen Arbeit über Eingeweidewürmer, welche die außergewöhnliche wissenschaftliche Befähigung von Pallas unter Beweis stellte. Aufgrund dieser Dissertation wurde er 1764 trotz seiner Jugend zum Mitglied der britischen Royal Society sowie der Deutschen Akademie der Naturforscher Leopoldina gewählt. Studienaufenthalte in England und Holland erweiterten seinen Horizont. Ein Angebot, eine große Expedition durchzuführen, erhielt der Preuße allerdings nicht, und deshalb kehrte er 1767 enttäuscht nach Berlin zurück.

Peter Simon Pallas

Bild: CF

Um diese Zeit genehmigte die russische Zarin Katharina die Große einen ehrgeizigen Plan zur wissenschaftlichen Erforschung der bisher kaum untersuchten östlichen und südlichen Provinzen ihres Riesenreiches. In diesem Zusammenhang erging die Frage an den weitgereisten Leipziger Mediziner und Botaniker Christian Gottlieb Ludwig, ob er geeignete deutsche Experten für das Unternehmen empfehlen könne. Daraufhin nannte Ludwig unter anderem den Namen von Pallas – und tatsächlich wurde der mittlerweile 26-Jährige am 30. April 1768 von der Russisch-Kaiserlichen Akademie der Wissenschaften in St. Petersburg zum Leiter einer der fünf vorgesehenen Expeditionen berufen. Kurz darauf eilte Pallas in die Stadt an der Newa, wo er gleich noch die vakante Professur für Naturgeschichte erhielt. Dem folgte dann schon Ende Juni 1768 die Abfahrt in Richtung Simbirsk an der Wolga.

Die dort beginnende Forschungsreise, in deren Verlauf sich Pallas als Botaniker, Zoologe, Geologe und Geograf sowie auch als Völker- und Sprachkundler betätigte, dauerte bis 1774 und führte den Preußen quer durch den Ural, die Kaspische Senke und weite Teile Sibiriens bis zum Baikal-See und an den Oberlauf des Amur nahe der Grenze zu China. Sie gilt heute als eine der ergiebigsten wissenschaftlichen Unternehmungen des gesamten 18. Jahrhunderts. So entdeckte Pallas allein 220 neue Pflanzen sowie 78 Vogel- und 45 Säugetierarten – darunter die Pallas-Katze (Manul), das heutige Symboltier des Moskauer Zoos. Außerdem beschrieb er erstmals die Lebensgewohnheiten von Völkerschaften wie den Kalmücken, Mordwinen, Tschuwaschen, Nogaiern, Ewenken und Udmurten, was ihn zum Mitbegründer der modernen Ethnologie machte. Die Geologie wiederum bereicherte Pallas durch die Untersuchung des Meteoriten von Ubeisk bei Krasnojarsk, der aus einer seltenen Stein-Eisen-Mischung besteht, die heute „Pallasit“ genannt wird. Und der preußische Naturforscher entdeckte auch Reste von Wollnashörnern und Mammuts. Daraus schloss er, dass das Klima in Nordsibirien früher deutlich wärmer gewesen sein müsse, womit er die Basis für die spätere Entdeckung der Eiszeitalter lieferte.

All diese Dinge gelangen Pallas mit vergleichsweise geringen finanziellen Mitteln. Sie kosteten ihn aber einen Gutteil seiner Gesundheit. Der physisch wenig robuste Forscher litt permanent unter Fieber- und Ruhranfällen sowie Augenentzündungen und alterte vorzeitig.

Katharina die Große vergalt Pallas' Einsatz durch vielfältige Ehrungen wie die Ernennung zum Staatsrat und Ritter des Ordens des Heiligen Wladimir. Desgleichen verschaffte die Zarin dem Deutschen auch die Gelegenheit zur ausgiebigen Auswertung seiner Expedition. Pallas strebte nämlich nicht mehr und nicht weniger als die Erstellung eines Katalogs sämtlicher Tier- und Pflanzenarten des russischen Imperiums an. Diese Sisyphus-Arbeit zehrte neben den Reisen und Expeditionen zusätzlich an seiner von ihm selber als „baufällig“ bezeichneten Gesundheit. Dazu kam der wachsende Überdruss angesichts „des Getümmels und der übertriebenen Geselligkeit“ in St. Petersburg, wie er es nannte. Deshalb unternahm Pallas 1793/94 eine Erholungsreise durch Südrussland und die Krim, die trotz der Anwesenheit von Ehefrau und Tochter schnell wieder zur Forschungsexpedition mutierte.

Da Pallas sich auf der Krim ausgesprochen wohl und auch gesünder gefühlt hatte, schenkte ihm die Zarin 1795 die dortigen Dörfer Schülü und Aithodor nebst der dazugehörigen Obstgärten und Weinberge. Ebenso erhielt der Preuße noch ein Haus in Simferopol samt 10 000 Rubeln zur Einrichtung desselben. Dabei gehörte der Naturforscher keineswegs zu den Opportunisten bei Hofe, sondern machte eher durch unverblümte Kritik an den rüden russischen Herrschaftsmethoden in Sibirien und anderswo von sich reden.

Entdecker der Pallaskatze (Manul)

Auf der Krim lebte beziehungsweise arbeitete Pallas bis 1810 – und kam dabei zu Erkenntnissen „Über die Ausartungen der Thiere“, die ihn neben vielen anderen auch zum Vorläufer Charles Darwins machten. Dann erzwangen die Bedrohung durch einen der vielen russisch-osmanischen Konflikte sowie diverse Rechtsstreitigkeiten um Teile seiner Besitztümer die Rückkehr nach Deutschland. Dort wollte Pallas die beiden Monumentalwerke über die gesamte Flora und Fauna Russlands vollenden, was ihm jedoch nur zum Teil gelang. Er starb nämlich bereits am 8. September 1811 in Berlin – den Quellen zufolge an den Folgen eines „kalten Fiebers“. Zuvor hatte er seine Sammlungen an die anwesenden Freunde verschenkt und diesen das Versprechen abgenommen, alle noch nicht veröffentlichten Manuskripte zu ordnen und herauszugeben.

Pallas, der zeitlebens auffallend bescheiden geblieben war, erhielt wunschgemäß ein nur wenig prunkvolles Grabmal auf dem Friedhof I der Jerusalems- und Neuen Kirchgemeinde am Halleschen Tor in Berlin-Kreuzberg. Dieses existiert noch heute.

Wolfgang Kaufmann

Mode-Provokation

Zu: Ein exotischer Anblick ist nicht unsittlich (Nr. 35)

Niemand hat etwas gegen den Anblick exotischer Kleidung. Die islamischen Bekleidungen, insbesondere Burka, Niqab und Tschador, werden aber den meisten Frauen aus missionarischen Gründen von den fundamentalistischen Islam-Verbänden, Imamen, Moschee-Gemeinden und Familienangehörigen aufgezwungen, um die ethische Vorrangstellung der Muslime gegenüber allen Nichtmuslimen in der Öffentlichkeit zu manifestieren.

Da im Islam Religion und Politik nicht getrennt sind, ist demnach jegliche islamische Bekleidung ein politisches Signal. Der Koran fordert die Islamisierung aller „Ungläubigen“ bis hin zur Weltherrschaft (Suren 2/216, 2/191, 2/195). Dieses Ziel soll in Deutschland durch hohe Präsenz in der Öffentlichkeit (Bekleidungen, Moscheen mit Muezzinruf, Durchsetzung schariakonformer Privilegien) erreicht werden.

Unser Grundgesetz wurde deshalb schon vielfach zugunsten von Muslimen ausgehöhlt wie im Straf-, Arbeits-, Schul-, Pass- und Tierrecht, Duldung von Bigamie, Scharia-Urteilen an Gerichten, Hasspredigten in Moscheen und Koranschulen, sogenannten No-go-areas sowie Halal-Essen in öffentlichen Einrichtungen.

Umgekehrt muss es möglich sein, zum Beispiel Artikel 2 Absatz 1 GG so umzugestalten, dass die integrationshemmende Kleidung, die bewusst die Abschottung zu unserer freien demokratischen Gesellschaft verdeutlichen soll, aus dem öffentlichen Raum verbannt werden kann. Die in der Regel finsterfarbenen schwarzen, braunen und grauen Ganzkörperverhüllungen erzeugen ohnehin eine emotionale Abwehr-Haltung und konterkarieren das Bild von der beschworenen Buntheit – im wahrsten Sinne des Wortes.

Durch die weltweit im Namen des Islam zunehmenden Terroranschläge werden islamische Bekleidungen von den meisten Bürgern als Provokation wahrgenommen.

Gisela Recki, Troisdorf

Königsberg für Idealisten

Zu: Träume begraben, Ärmel hochkrempeln (Nr. 33)

Mit Interesse habe ich den hervorragenden Artikel über Königsberg gelesen. Meine Informationen gehen in die gleiche Richtung. Allerdings muss man betonen, niemand will Königsberg zurück. Wohin denn zurück? Wer das träumt, ist fehl am Platz. Entscheidend ist aber, dass die Bedingungen einer Ansiedlung nicht annehmbar sind. Wer so ein Projekt plant, ist immer auch Idealist.

Eine Ansiedlung unter heutigen Bedingungen bedeutet Abhängigkeit und Unterwerfung. Im Konfliktfall hat der Ansiedler keine Chance gegen die russischen Behörden. Deswegen mein Rat: Finger weg von solchen Experimenten, es gibt zahlreiche attraktive und sehr sichere Länder für Investitionen und Existenzaufbau. Die Russen wollen die Bedingungen, die notwendig wären, nicht schaffen, dies liegt nicht in ihrem Denken. Wenn man genau hinschaut, dann stellt man fest, dass in Russland praktisch nichts klappt, aber rein gar nichts, trotzdem sind sie zur echten Kooperation nicht bereit. So ist es, das muss man akzeptieren. Die Zeiten können sich auch ändern, ich sehe es absehbar aber nicht.

Norbert Schadel, Gerhardshofen

Pluralistische Ignoranz

Zu: Auffallend viele Tote säumen ihren weg (Nr. 35)

Eine interessante und treffende Analyse des Autors über Tote im Umfeld der Demokraten beim US-Wahlkampf. „Killary“ Clinton macht diesem Spitznamen alle traurige Ehre. Das Mordsystem, welches Washington betreibt, funktioniert aufgrund strikter Weisungen der Hochfinanz nach außen und nach innen. Nach außen werden weltweit US-Bomben und Drohnen eingesetzt, um „missliebigen“ Staaten Demokratie nach US-Lesart beizubringen, und nach innen „verunfallen“ immer offensichtlicher engagierte, mutige Menschen, die im Interesse der Wahrheit und des Friedens der schlafenden Menschheit beim Aufwachen helfen wollen.

Politisch legitimierte Morde gibt es nicht nur dort im Zentrum des Terror- und Chaosmanagements, denn auch Brüssel und Berlin bedienen sich seit Jahrzehnten dieser Methoden. Die Geheimdienste geben sich schon gar keine Mühe mehr bei der Verschleierung dieser Auftragsmorde. Die Menschheit nimmt es zur Kenntnis, man schaut sich an, schüttelt den Kopf und nichts passiert: eine pluralistische Ignoranz auf allen Stufen.

Roland Kühn, Memmingen

Ein Problemfall

Zu: Merkel muss zurücktreten (Nr. 34)

Deutschland hat ein Problem, und dieses Problem heißt Merkel. Außerdem sind die Altparteien überholt und haben die Bindung zum Volk verloren. Deshalb braucht Deutschland eine neue Parteienlandschaft mit Politikern, welche für und zu Deutschland stehen.

Bei einer mehrwöchigen Reise durch Deutschland konnte ich Folgendes erfahren: Von 94 Personen, welche ich angesprochen habe, waren zwei Deutsche dabei. Diese Situation haben wir dem „System Merkel“ zu verdanken. Die Kanzlerin hat es sich zum Ziel gemacht, die deutsche Nation auf ein Mindestmaß zu reduzieren. Wer einigermaßen politischen Verstand sein Eigen nennen kann, kommt hier zu der Erkenntnis, dass Merkel den Auftrag erhalten haben muss, in Deutschland einen Vielvölkerstaat zu etablieren. Die Auftraggeber für diese Maßnahme können vielschichtig sein. Journalisten mit Fachkenntnis erwähnen in diesem Zusammenhang die EU in Brüssel, die Bilderberger oder auch die Atlantik-Brücke.

Aus einem blühenden, sicheren und sauberen Deutschland hat Merkel ein kriminelles und teils islamisiertes Land gemacht. Es ist eine Tatsache, dass die Kanzlerin es in elf Jahren Regierungszeit fertiggebracht hat, Deutschland immer weiter in den Abgrund zu wirtschaften. Ihre politischen Fehlleistungen und Entscheidungen sind gravierend. Die sogenannte Energiewende ist ihre schwerste Fehlleistung. Aus einer Laune heraus und regelrecht über Nacht wurde nach der Atomkatastrophe in Fukushima ein ideologisches Machwerk zusammengeschustert. Dieser Blackout der Kanzlerin kostet den Steuerzahler unendliche Milliarden Euro.

Ein weiterer schwerwiegender Fehler ist die Asylpolitik der Kanzlerin. Der Deal mit Präsident Erdogan war ein Verzweiflungsakt. In der Asylpolitik hat sich Merkel dem türkischen Präsidenten total unterworfen. Sie ist Gefangene ihrer verfehlten Politik, und die Türkei bestimmt, wo es langgeht. Wir importieren islamischen Extremismus, arabischen Antisemitismus sowie nationale und ethnische Konflikte anderer Völker sowie ein total anderes Rechtsverständnis. In fünf bis sechs Jahren werden in Deutschland rund 20 Millionen Muslime leben. Es ist unvorstellbar, was hier auf die Deutschen zukommen wird. Die Liste der politischen Fehlleistungen könnte man beliebig fortsetzen. Wenn man dann noch die Kosten dieser irrationalen Politik hochrechnet, verschlägt es einem den Atem.

Für viele ist Merkel eine zwielichtige Gestalt, was ihre Vergangenheit betrifft. Bei YouTube kann man sehen, wie sie am 20. Juni 1987 ausgelassen mit Egon Krenz und anderen hohen Politikern der DDR-Führung mit Begeisterung bei einem FDJ-Treff feiert. Genau 18 Jahre später ist sie Bundeskanzlerin – sehr komisch und ideologisch nicht nachvollziehbar.

Jetzt gibt es nur noch eine Konsequenz: Merkel muss abgewählt werden!

Wolfgang Rohde, Sigmaringen



SPD vor AfD: Die Reihenfolge des Wahlausgangs von Mecklenburg-Vorpommern kann sich demnächst in Berlin wiederholen

Mecklenburg-Vorpommern hat einen Gruß nach Berlin gesandt

Zu: Flucht vor Merkel (Nr. 36)

Ausgerechnet Kanzlerin Angela Merkel, das Aushängeschild der bundesdeutschen CDU, hat mit ihrer umstrittenen Flüchtlingspolitik für Irritationen gesorgt. Eines ist am Wahlsonntag bei den Landtagswahlen in Mecklenburg-Vorpommern klar geworden: Die Wähler im schwach besiedelten Bundesland mit 1,3 Millionen Wahlberechtigten wollten für Deutschland ein Zeichen setzen.

Es fehlt hier nicht an Bereitschaft an solidarischer Hilfe für wirklich bedürftige Zuwanderer aus Kriegsgebieten. Allein für Wirtschaftsflüchtlinge hat das Land keine Perspektiven. Wenn es in der Mecklenburgischen Seenplatte vorkommt, wie in Tutow geschehen, dass sogenannte Flüchtlinge ihre frisch hergerichteten Wohnungen verweigern, weil Tapete und Fliesen nicht gefallen, ist das Maß voll.

So sah denn auch das Wahlergebnis im dörflichen Wahlbezirk bei Friedland aus: Klarer Gewinner wurde die Alternative für Deutschland, auf den zweiten Platz rettete sich die SPD mit Erwin Sellering. Die Merkel-CDU wurde abgestraft, und die über 70-jährigen Wähler gaben ihre Stimme der Partei Die Linke, weil doch im Realsozialismus nicht alles schlecht war.

Die Grünen hatten hier noch nie etwas zu bestellen. Nun sind sie aus dem Landtag in Schwerin befördert worden. Welcher gestandene Landwirt will sich von Großstadtideologen vorschreiben lassen, wie er sein Vieh pflegen und seine Felder bestellen soll?

Neu ist die Partei „Freier Horizont“. Viele haben genug von den Windrädern, welche Natur und Landschaft verschandeln. Mecklenburg hat nur einen Reichtum: Dieses ist die natürliche Landschaft und die Menschen, welche hier verblieben sind.

In den Dörfern am östlichen Rande Mecklenburgs leben nun viele Bürger jenseits der 60 Jahre. Die Jugend ist abgewandert, denn sie braucht eine Lebensperspektive jenseits der Möglichkeiten des Landes. Je weiter der Weg durch Vorpommern an die Oder führt, umso verlassener erscheinen die Dörfer. Die Politik hat sich schlicht und einfach nicht um die Menschen gekümmert, was auch die medizinische Versorgung in der Allgemeinmedizin betrifft.

So ist nun ein Wahlergebnis herausgekommen, welches eine Antwort der Bevölkerung auf die Landes- und Bundespolitik ist. Niemand wird in Mecklenburg das Ergebnis überbewerten und auch die Auswirkungen nicht. Es ist jedoch ein deutliches Bekenntnis für die Traditionen an die Heimat, und dieses wiegt schwer. So soll es auch ein Gruß an Berlin sein, wo die nächsten Landtagswahlen am 18. September stattfinden.

Hans-Joachim Nehring, Neubrandenburg

Entzauberte Eliten

Zu: Betretenes Schweigen (Nr. 34)

Das Schöne an dem Petra-Hinz-Eklat ist doch, dass 30 Jahre lang offensichtlich niemand von den selbsternannten Politik-Eliten das fehlende Fachwissen von Petra Hinz und die mangelnden Sachkenntnisse, um ein Land mit 80 Millionen Einwohnern mitzugestalten, auffiel. Es braucht nur eine Dreistigkeit für diesen Betrug – sonst nichts. Eigentlich entzaubert wird nur das Elitäre.

Ich schlage deshalb meinen anständigen Müllmann aus meiner Straße vor, der weiß, wie man mit Müll umzugehen hat. Und so könnte es reihum gehen, per Losverfahren für jeden Bürger, volljährig, im Besitz seiner bürgerlichen Ehrenrechte versteht sich, um einmal im Leben in den Genuss von 14 500 Euro monatliches Grundgehalt zu kommen, mit Rentenberechtigung und auf vier Jahre Legislatur beschränkt.

Eingespart wären: Parteizuschüsse, perfides Gerangel um Wahlkampfthemen, Gemetzel und Neidattacken um Partei-Neugründungen, Islamisierung in Politik und Parteispenden. Vetternwirtschaft oder Grundgehalt für jeden wären mit einem Mausklick abgeschafft. Wir bräuchten nicht mehr nach Amerika zu schauen. Natürlich müssten Kompanien von Beratern und die Massen von Gutachtern und Gutachten als Entscheidungshilfen für die Politiker bestehen bleiben.

Gudrun Piel, Witten

Gelähmtes Land

Zu: Merkel und der Blitzkrieg (Nr. 31)

Das ganze Land ist wie gelähmt. Insgesamt 630 Bundestagsabgeordnete schauen der nur Plattitüden von sich gebenden Kanzlerin tatenlos zu. Alle haben Angst, wegen sogenannter Hetze oder Fremdenfeindlichkeit angezeigt zu werden. Armseliger kann es nicht werden. Mit diesen Leuten ist wirklich kein Staat zu machen. Der Wunsch des früheren britischen Premierministers Winston Churchill geht endlich in Erfüllung: „Germany must perish“ (Deutschland muss untergehen).

Jetzt ist in der Bundesrepublik Deutschland der Alltag geprägt von Hoffnungslosigkeit und gepaart mit der Verwunderung über die Menschen. Die meisten Mitbürger gehen jedem politischen Gespräch aus dem Weg oder wissen sowieso nichts oder halten alles für unwahr.

Eva Schelling, Homburg

Willkommen in der DDR 2.0

Zu: Maas’ Freunde (Nr. 35)

Zurückhaltung ist von Bundesjustizminister Heiko Maas nur zu erwarten, wenn es um die Nennung und Sanktionierung linksextremer Straftaten geht. Unterstützung findet er bei seiner Kollegin Schwesig, die der Meinung ist, dass linksextreme Gewalt „aufgebauscht“ wird. Gerne werden auch unsere Steuergelder großzügig an Institutionen verteilt, die sich dem „Kampf gegen rechts“ widmen. In diesen Kreisen gilt es als schick, sich abfällig über Deutschland zu äußern und offene Grenzen mit „Weltoffenheit“ gleichzusetzen.

Das trifft ja auch leider auf einige Mitglieder der im Bundestag vertretenen Parteien zu. Wobei einige sogenannte Spitzenpolitiker sind. Doch eines haben alle gemeinsam, sie lassen sich gerne großzügig von uns, dem „dummen Volk“, alimentieren. Heiko Maas ist ein Spiegelbild dieser Bundesregierung und deren Kettenhund. Durch seinen Geltungsdrang lässt er oftmals die Maske der Wohlanständigkeit fallen. Der Bundestag beschließt die Gesetze, die unsere Demokratie aushöhlen, und die von uns gewählten „Volksvertreter“ nicken sie ab oder werden gleich übergangen.

Menschen, die mit der Politik dieser Bundesregierung nicht einverstanden sind, sollen mundtot gemacht und deren bürgerliche und berufliche Existenz zerstört werden. Willkommen in der DDR 2.0! Und solange es den politischen Gegner trifft, ist diesen Leuten und den etablierten Parteien doch alles recht. Ihr wahres Gesicht zeigen sie durch ihr Schweigen, Leugnen, Vertuschen und Freude, wenn die antideutsche Antifa mal wieder zugeschlagen hat. Wir Bürger können uns nur selber helfen, indem wir diese Pharisäer nächstes Jahr abwählen.

Barbara Kanwischer, Braunschweig

Kein Schiffbruch

Zu: Die nächste Welle rollt (Nr. 33)

Das Wort „Schiffbrüchige“ gibt, genauso wie der Begriff „Flüchtlinge“, erheblichen Anlass zum Nachdenken. So verstand man bisher Personen darunter, die unverschuldet in Seenot geraten waren. Wenn aber eine Bootsfahrt mit völlig unzureichenden oder überladenen Kähnen angetreten wird oder sogar mit Äxten Löcher in Boote gehackt und diese auf dem Meer zum Sinken gebracht werden, dann kann dies auf keinen Fall eine „Schiffbrüchigkeit“ begründen.

Man sollte dies als das ansehen, was es tatsächlich auch ist, nämlich eine Eigenheit der persönlichen Lebensführung, die von den „Schiffbrüchigen“ ohne jeden Zwang gewählt wurde, aber mit dem Zweck, illegal in eine zurzeit noch zivilisierte Weltgegend einzudringen.

Dr. Eckhard Kaufmann, Mühlberg

Leserbriefe an: PAZ-Leserforum, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, Fax (040) 41400850 oder per E-Mail an redaktion@preussische-allgemeine.de

Das Ostpreußenblatt

Nr. 37 – 16. September 2016

MELDUNGEN

Störungen des Verkehrs

Allenstein – Straße Nr. S7: Liebemühl [Miłomłyn], Baustelle. Straße Nr. 7: Elbing [Elbląg] – Jazowa, Baustelle; Liebemühl [Miłomłyn] – Osterode [Ostróda], Baustelle; Osterode [Ostróda] – Hohenstein [Olsztynek], Baustelle; Zalusken [Załuski] – Napierken [Napierki], Baustelle. Straße Nr. 7j: Zalusken [Załuski] – Neidenburg [Nidzica], Baustelle. Straße Nr. 15: Schmückwalde [Smykówko] – Rheinsgut [Rynskie], Baustelle; Rheinsgut [Rynskie] – Mörlen [Morliny], Baustelle. Straße Nr. 16: Osterode [Ostróda] – Alt Jablonken [Stare Jabłonki], Baustelle; Sorquitten [Sorkwity] – Mertinsdorf [Marcinkowo], Baustelle; Mathildenhof [Buniaki] – Lyck [Ełk], Baustelle. Straße Nr. 16c: Allenstein [Olsztyn] – Fittigsdorf [Wójtowo], Baustelle. Straße Nr. 22: Elbing [Elbląg] – Fichthorst [Jegłownik], Baustelle. Straße Nr. 51: Markeim [Markajmy] – Heilsberg [Lidzbark Warminski], Baustelle; Heilsberg [Lidzbark Warminski], Baustelle; Allenstein [Olsztyn] – Pagelshof [Ameryka], Baustelle. Straße Nr. 58: Hohenstein [Olsztynek], Baustelle; Bialla [Biała Piska], Baustelle. Straße Nr. 63: Arys [Orzysz] – Johannisburg [Pisz], Brückenbau. Straße Nr. 65: Goldap [Gołdap] – Treuburg [Olekko], Brückenbau; Johannisberg [Janisze] – Stradaunen [Straduny], Baustelle; Stradaunen [Starduny] – Oratzen [Oracze], Baustelle; Oratzen [Oracze] – Lyck [Elk], Baustelle. *PAZ*

Nordostpreußen vor der Wahl

Kampagnen laufen auf Hochtouren – Bevölkerung nimmt kaum Notiz von Politikern

Am 18. September finden Wahlen zur Duma, der Gebietsregierung, dem Stadtrat Königsberg und den Räten weiterer elf Gemeinden statt. Kurz vor der Wahl zeichnet sich ein Rückgang des Interesses bei der Bevölkerung ab.

Auf den Straßen hängen Plakate der Parteien „Einiges Russland“, „Gerechtes Russland“, der Liberaldemokraten und der „Patrioten Russlands“. Wahlkämpfer gehen mit Wahlzeitungen herum, und in lokalen Sendern läuft die Werbung der Kandidaten. Aber die Bürger erwarten die Abstimmung mit wenig Begeisterung, wie fast überall in Russland. Die Menschen sorgen sich mehr um Alltagsprobleme, wie sie ihr Kind in die Schule schicken, das Geld für die Zahlung von Mieten und Stromrechnungen beschaffen. Die Soziologin Ljudmila Tschernowa beklagt, dass die Menschen nicht die Unterschiede zwischen der Staatsduma, der Gebietsduma und dem Stadtrat kennen, sie verstünden die Unterschiede der Parteien und ihrer Programme nicht. Im Mai wussten 48 Prozent der Russen nicht einmal, dass im September Duma-Wahlen stattfinden. Die Leute müssten wachgerüttelt werden: „Die Bevölkerung ist kritisch, aber protestiert nicht“, meint Tschernowa, obwohl von der Königsberger Region vor einigen Jahren eine Protestwelle ausgegangen war.

Die Vorwahlen der „Partei „Einiges Russland“ waren skandalbehaftet. In Königsberg gibt es zwei Wahlkreise: die Bezirke 97 und 98. Bei den Vorwahlen im Bezirk 97 siegte Jewgenij Morosow, Besitzer der Baufirma „Metropolis“ und ehemaliger Vize-Premier unter Nikolaj Zukanow. Aber sein Sieg wurde wegen eines Korruptionsskandals annulliert. Stattdessen wurde der Abgeordnete und ehemalige Sprecher des Königsberger Stadtrats Alexander Pjatikop zum Kandidaten gekürt. Es heißt, er führe einen aktiven Wahlkampf und treffe sich mit Wählern.



Überdimensional, doch vielfach ignoriert: Plakat der Partei „Einiges Russland Bild: pa

Im Bezirk Süd-98 stellte sich Vize-Gouverneur Alexej Silanow, Jahrgang 1961, zur Wahl. Bei den Vorwahlen kandidierte er gegen den Abgeordneten der Gebietsduma Andrej Gorochow, Besitzer der pharmazeutischen Fabrik „Infamed K“. Der „Arzneikönig“ geriet in Konflikt mit dem Team Zukanows und der regionalen Führung von „Einiges Russland“. Im Endeffekt verlor er die Vorwahlen, seine Fabrik wurde durchsucht und im Juni stillgelegt.

Alexej Silanow nutzte seine Zuständigkeit für den sozialen Bereich zu Wahlkampfveranstaltungen in Schulen und Betrieben der Region. Am 29. August traf er sich mit den Mitarbeitern der Firma „Agribusiness“, dem größten Grundbesitzer in der Region.

Regierungspartei im Umfragetief

Außerdem schreckte er nicht vor Tricks zurück, reiste als Kandidat nach Transnistrien und ließ die Bewohner von Tiraspol mit russischen Pässen seinem Wahlkreis 98 zuschreiben.

Mit seiner Nähe zu Europa gilt das Königsberger Gebiet als eine der fortschrittlichsten Regionen der Russischen Föderation. Trotzdem ist die Opposition schwächer und zersplitterter als in Russland. Es gibt noch nicht einmal einen Regionalverband der „Parnass“, und die lokale Abteilung von „Jabloko“ ist durch interne Querelen so geschwächt, dass sie keinen Kandidaten nominierte.

Im Bezirk 97 hat die „Partei des Wachstums“ für die Duma den Unternehmer und Radiomoderator Dmitrij Potapenko ins Rennen geschickt, der durch Kritik auf dem Moskauer Wirtschaftsforum bekannt wurde. Er wird sich gegen den Stadtratsabgeordneten Alexander Pjatikop (Einiges Russland) und den Abgeordneten der kommunistischen Partei Igor Rewin positionieren. Solomon Ginsburg, Abgeordneter der Gebietsduma und der bekannteste Königsberger Liberale, kandidiert ebenfalls um einen Dumasitz für die „Partei des Wachstums“. Ein weiterer Geschäftsmann stellt sich zur Wahl: Igor Pleschkow, Chef der Firma „Thomas-Beton“ und einer der Organisatoren des oppositionellen „Forums Orwell und Kafka“, das im Königsberger Gebiet jedes Jahr stattfindet. Er war viele Jahre ein Gegner des ehemaligen Gouverneurs Zukanow. Im Februar 2012 hatten seine Betonfahrer am Autokorso „Für faire Wahlen“ teilgenommen. In letzter Zeit erhalten die Fahrzeuge seiner Firma regelmäßig Strafen – oft gelang es, diese vor Gericht anzufechten. Inzwischen kandidiert Pleschkow für die Kommunisten.

Im August hat ein Meinungsforschungsinstitut eine Umfrage über die Stimmung vor den Wahlen in der Region durchgeführt, Befragt wurden 1200 Einwohner, zu gleichen Teilen in der Stadt und in der Region. 28,7 Prozent wollen nicht wählen, von den Wahlwilligen werden nur 38,4 Prozent „Einiges Russland“ wählen, 15,3 die Kommunisten, 9,5 die Liberaldemokraten, 6,5 „Faires Russland“ und 3,5 „Patrioten Russlands“. Zwölf Prozent wissen nicht, wen Sie wählen sollen.

Auch landesweit verzeichneten Umfragen einen Rückgang von Wladimir Putins Partei „Einiges Russland“. *Hans-Joachim Hoppe*

Seltenes Siegel entdeckt

Fund wirft Streiflicht auf Geschichte zwischen Ost und West

Im Zuge einer Explorationsgrabung wurde im samländischen Dorf Gunthenen, seit 1939 ein Ortsteil von Korreynen [Priwolnoje], Landkreis Samland, ein russisches Siegel aus dem 12. Jahrhundert gefunden. Der Fund wurde anlässlich des „Tages des Archäologen“ als außergewöhnlich auf der Internetseite des Archäologischen Instituts der Russischen Akademie der Wissenschaften von den Leitern der Samländischen Archäologischen Expedition veröffentlicht.

Er besteht aus einer Bleilegierung und trägt den Namen des Großfürsten Wsewolod Mstislawitsch. Demnach dürfte er wahrscheinlich aus Neugarten stammen, heute eher bekannt als Nowgorod oder inzwischen wieder unter seinem Ehrennamen Groß-Nowgorod, wo der rurikidische Fürst mit bedeutenden nordischen und sächsischen Vorfahren zwischen 1117 und 1136 herrschte – möglicherweise aber auch aus Pleskau, der westlichsten Stadt des Alten Russlands, in der er nach seiner Verdrängung aus Neugarten in den beiden letzten Jahren seines Lebens, 1137 und 1138, ein selbstständiges Fürstentum begründete.

Siegel dieser Art dienten der Echtheitsbekundung von Dokumenten, wobei im Falle eines prußischen Empfängers, der außerhalb des russischen Herrschaftsbereichs lebte, am ehesten an ein Geleitschreiben zu denken sein dürfte – das Pergament hat sich bei diesem Bodenfund leider nicht erhalten.



Siegel in gutem Zustand Bild: IA/RAN-FN (TWW)

Bislang wurde nicht nur kein vergleichbares, sondern überhaupt kein Fundstück auf prußischem Boden entdeckt, das einen solch eindeutigen Bezug in eine Hauptstadt der Alten Rus herstellte. In Nowgorod existiert hingegen – nach einer namensmäßigen Unterbrechung zu kommunistischer Zeit – bis heute eine Prußische Straße (Prusskaja uliza), die zu den ältesten der Stadt zählt und deren Name auf eine Anwesenheit von Prußen in ihrem Gebiet hinweist. Ebenso findet sich hier eine Tschuden-Straße (Tschudinzewa uliza), wobei das Alte Russland die Vorfahren der Estenvölker als „Tschuden“ bezeichnete. In deren Territorium unternahm Wsewolod Anfang der 1130er Jahre mehrere Eroberungszüge. Ob es sich bei den in Neugarten ansässig gewordenen Vertretern dieser westlichen Völker zunächst um Kriegsgefangene oder um freie Händler gehandelt hat, ist historisch nicht belegt. Bei einer Reise zurück in ihre Heimat hätten beide in jedem Fall ein fürstliches Geleitschreiben gut gebrauchen können.

Das jetzt gefundene Siegel ist außergewöhnlich gut erhalten, was angesichts jüngster Angriffe auf die Einheit des russischen Staates seitens des Westens schnell zu Behauptungen geführt haben dürfte, dass es sich um eine Fälschung handele. Allerdings ist die Samländische Archäologische Expedition für ihre sachgerechte Arbeit bekannt und hat bisher die baltisch-germanische Verortung der Prußen nie in Zweifel gezogen.

Der herausragende Fund fügt sich stimmig ein in das Bild eines mittelalterlichen Europas, das von einem intensiven Austausch seiner Völker lebte und uns Heutigen in dieser Hinsicht nur zum Vorbild gereichen kann. *T. W. Wyrwoll*

Diözese gibt sich »grün«

Störende Bretterwand verschwand aus Königsbergs Zentrum

In Königsberg hat ein langerwartetes Ereignis stattgefunden: Nach vielen Jahren wurde im Zentrum der Stadt ein hoher Bauzaun mit Stacheldraht teilweise abgebaut, welcher die Baustelle der Königsberger Diözese der Russisch-Orthodoxen Kirche (ROK) umgeben hatte. Von der Seite des Wallrings [ul. prof. Baranowa] gegenüber dem Einkaufszentrum „Clover“ wurde der störende Bauzaun entfernt.

Die Diözese hatte 2005 ein 3,5 Hektar großes Grundstück im Zentrum der Stadt für die Bebauung erhalten. In dieser Zeit wurde die Christi-Erlöser-Kirche eingeweiht, die Kapelle Peter und Fewronia, zwei Gebäude des orthodoxen Gymnasiums sowie ein Ausstellungskomplex. Während dieser Zeit wurde der Zaun immer wieder entsprechend der im Kataster festgelegten Grenzen verschoben. 2012 erreichte der Zaun die Belle-Alliance-Straße (Garagen-Straße). Während der eineinhalb Jahre, die die Stadt benötigte, bis sie endlich Parkpoller und -zäune gegen parkende Autos aufstellte, waren die Fußgänger gezwungen, auf die Fahrbahn auszuweichen. Der Bauzaun auf der Belle-Alliance-Straße wird noch einige Zeit bleiben, weil der Bau eines weiteren orthodoxen Schulgebäudes geplant ist.



Gartenanlage statt Baustelle: Neues Gebäude der ROK Bild: J.T.

Die anhaltende Kritik an der Königsberger Diözese wegen des Bauzauns mitten im Herzen der Stadt, der seit vielen Jahren das Stadtbild verschandelt, wurde wiederholt zum Ausdruck gebracht und hat sogar zu zahlreichen öffentlichen Beschwerden bei der Stadtverwaltung geführt. Die Diözese erklärte, dass der geplante Bau des weiteren Gebäudes noch einige Jahre dauern würden. „Wir würden diesen Zaun am liebsten selbst entfernen, auch wir sind ihn leid, aber noch geht das nicht“, sagte der Leiter für Öffentlichkeitsarbeit der Diözese, Michail Selesnjow, im Jahr 2013.

Im Sommer 2014 erhielt die Kirche die Erlaubnis zum Bau eines weiteren Gebäudes am Wallring. Dort sollte ein Ausstellungs-Pavillon entstehen. 2016 hat die Stadtverwaltung Dokumente über die Inbetriebnahme des Messegeländes erhalten, in dem es einen Verkaufspavillon mit Kirchenutensilien und orthodoxer Literatur geben soll. Deshalb wurde vor Kurzem der Zaun entfernt. Anstelle des Bauzauns wurde ein Grünstreifen angelegt, der das Gebäude umgibt. Nun hat die Straße, die den Hansaplatz mit dem Zentralmarkt verbindet, wieder ein attraktives Aussehen. *Jurij Tschernyschew*



Lewe Landslied, liebe Familienfreunde,

zu welchen Irrtümern die große Namensänderung von ostpreußischen Ortsbezeichnungen führen konnte, habe ich in der letzten Folge anhand des Beispiels Hohensalzburg / Lengwethen aufgezeigt. Noch heute schlägt sich diese 1938 erfolgte größte Umbenennungsaktion in der Geschichte der Provinz Ostpreußen in vielen Leserfragen nieder, da die Urkunden und Dokumente, die für die Familienforschung wichtig sind, die alten Namen bringen, die von den Nachkommen nicht mehr zugeordnet werden können. Dass dieses Thema auch für Leser interessant ist, die keine familiäre Verbindung zu Ostpreußen haben, beweist ein Brief, den wir noch vor der Veröffentlichung des genannten Beispiels erhielten, er steht also in keinem Zusammenhang mit diesem Beitrag. Herr **Gerhard Hering** aus Detmold schreibt:

„Als Leser Ihrer Zeitung und auch der Rubrik Die Ostpreußische Familie habe ich an Sie eine Frage, die sich auf die Geschichte Ostpreußens bezieht. Obwohl alle meine Vorfahren nicht aus Ostpreußen stammen und ich niemand fragen kann, treibt mich die Frage um, was der Grund für die Umbenennung von Orten wie Plimballen, später Martinshagen, oder Groß Berschkurren, später Großpreußenwald, gewesen ist. Immer wieder las ich in der Vergangenheit in Ihrer Rubrik von Umbenennungen ostpreußischer Orte. Können Sie mir diese Frage beantworten?“

Die kann ich und ich will es gerne tun, denn ähnliche Fragen sind schon öfters an uns gerichtet worden, aber sie standen immer in Zusammenhang mit einem bestimmten Ort, der für die Familiengeschichte der Betreffenden wichtig war und deshalb auch individuell behandelt wurde. Die kurz und knapp gehaltene Anfrage von Herr Hering bezieht sich auf das Kernthema, und auf das will ich eingehen, weil es für viele Leserinnen und Leser, die sich – ähnlich wie Herr Hering – ebenfalls mit der unterschiedlichen Namensnennung nicht auskennen, interessant sein dürfte. Namenswechsel gab es in Altpreußen seit Beginn der Siedlungsgeschichte zur Ordenszeit, bedingt durch immer neue Kolonistenströme, die wie bei den litauischen „Läuflingen“ über Jahrhunderte in immer neuen Wellen erfolgte, vor allem nach den grausamen Tatareneinfällen und der Großen Pest, die ganze Regionen des schwach besiedelten Landes „öd“ werden ließen. Die ostpreußische Siedlungsgeschichte ließ sich an den Namen der Ortschaften bis in das 20. Jahrhundert ablesen, denn die neuen Bewohner gaben ihnen ihre Bezeichnungen oder veränderten manche ursprünglichen Ortsnamen prussischer Herkunft. Die Vielfalt der Idiome führte zu sehr prägnanten Bezeichnungen, die Nichtostpreußen schon manchmal Schwierigkeiten bereiten konnten. Und diese Ortsnamen hatten bis in unsere Zeit Bestand und wurden wegen ihrer Eigenart geliebt, denn sie waren „unverwechselbar ostpreußisch“.

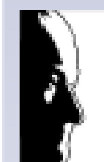
Um aber nun zu der eigentlichen Frage von Herrn Hering zu kommen, greife ich zu der Broschüre „Ortsnamen in Ostpreußen / Veränderungen 1935 bis 1939“, in der unser Landsmann **Günther Lotzkat** den Großteil der umgeänderten Ortsnamen zusammengefasst hat. Diese 1994 erfolgte Zusammenstellung war für den privaten Gebrauch bestimmt, und so erhielt ich auch ein als Manuskript gedrucktes Exemplar. Es war mir oft eine große Hilfe, wenn ich mit einem Ortsnamen trotz emsiger Recherchen nicht zu Recht kam, denn Herr Lotzkat hat die Namen übersichtlich gegliedert. Er erklärt auch kurz, wie es zu der Umbenennung kam. In der Zeit nach 1933 waren der damaligen Regierung diese im Laufe von Jahrhunderten gewachsenen Bezeichnungen ein Dorn im Auge, und es mussten etwa 2000 Namen prussischen, litauischen oder polnischen Ursprungs innerhalb kurzer Zeit durch deutsche ersetzt werden. Dabei sind zwei große Wellen zu erkennen. Bei der ersten fand 1936 in den Regierungsbezirken Königsberg und Gumbinnen eine „Feststellung der Schreibweise“ statt. Das war praktisch eine Vorstufe für die am 16. Juli 1938 erfolgte eigentliche Umbenennung. Ab diesem Zeitpunkt galten nur die „eingedeutschten“ Namen, was mitunter zu erheblichen Verwirrungen führte. Lag zum Beispiel das Wohnhaus der Dichterin **Johanna Ambrosius** bis dahin in Groß Wersmeningken, Kirchspiel Lasdehnen, Kreis Pillkallen, so befand es sich nach der Umbenennung in Langenfelde, Kirchspiel Haselberg, Kreis Schloßberg. Kein Wunder, dass damals die neue Namensgebung nicht immer auf Gegenliebe stieß, denn die Älteren beharrten oft auf den gewohnten alten Namen. Das führte und führt noch immer zu Irritationen, sogar noch verstärkt, wenn es um alte Dokumente oder Familienchroniken geht. Man könnte noch viele Beispiele bringen – und einige Leserinnen und Leser werden es vielleicht auch tun –, aber heute ging es ja um die Grundfrage, die aus dem Leserkreis gestellt wurde und die ich wohl hiermit beantwortet habe. Ich danke Herrn Hering in Detmold sehr für das Interesse an unserer Heimat und ihrer so wechselhaften Geschichte.



Spielende Trakehnerfohlen auf einer ostpreußischen Weide Bild: privat

Keine Schwierigkeiten dürfte Herr **Philipp Seidel** mit dem Namen des Heimatortes seiner Vorfahren haben, denn er wurde bei dieser Großaktion nicht umbenannt: Gutten blieb Gutten auch nach 1938, und das erleichtert doch schon sehr die Bearbeitung seiner Frage. Allerdings tauchten andere Schwierigkeiten auf, denn es gibt mehrere Orte dieses Namens in Ostpreußen. Auch hier Erleichterung. denn Herr Seidel kann den Kreis nennen, in dem sich sein Gutten befand: Es ist der Kreis Lötzen. Er ist ein Nachfahre des dort bis zur Flucht lebenden Landwirtes **August Kraschewski**, der sich mit der Zucht von Trakehnern befasste. Und um diese geht es Herrn Seidel bei seiner Anfrage an die Ostpreußische Familie, denn er möchte versuchen, den bisher unbekannten Verbleib dieser Herde zu klären. Was auf Schwierigkeiten stößt, denn es gibt keine Zeitzeugen mehr, die sich an das Fluchtgeschehen erinnern, jedenfalls nicht in der Verwandtschaft. Er kann sich nur noch auf die Worte seiner inzwischen verstorbenen Großmutter verlassen, die ihm in einem Telefongespräch ihre Vermutungen äußerte. Demnach ist es möglich, dass ein Nachbar aus Gutten die Trakehner – oder jedenfalls einige von ihnen – auf den Fluchtweg mitgenommen hat und mit diesen bis nach Schleswig-Holstein gekommen ist. Die Großmutter nannte auch dessen Namen, aber leider sprach die alte Dame am Telefon etwas undeutlich, sodass Herr Seidel nur vermuten kann, dass dieser Nachbar „Trinker“ oder so ähnlich hieß. Er dürfte nicht mehr leben, aber vielleicht jemand aus seiner Familie, der über das Fluchtgeschehen Auskunft geben könnte, vor allem über den Verbleib der Trakehner. „Das wäre so ziemlich meine letzte Hoffnung auf Nachkommen unserer alten Herde zu stoßen, da sie nicht namentlich unter den Treckpferden des Trakehnerverbandes auftauchen und höchstens noch unter den unbekannten Trakehnern sein könnten“, schreibt Herr Seidel, und er fügt hinzu, „... oder getötet von den Angehörigen der Roten Armee.“ Für unsere Suchhilfe wären er und seine Familie sehr dankbar, denn es ist ihnen viel daran gelegen, dieses lebendige Stück Heimat wieder zu finden und gegebenenfalls ihre Zucht neu zu beleben.

Soweit also der hoffnungsvolle Wunsch von Philipp Seiler, den wir weitergeben wollen, obgleich es schwer sein wird, hier nach über 70 Jahren eine Spur zu finden. Das ist nur möglich, wenn es uns gelingt, ehemalige Bewohner des acht Kilometer von Lötzen entfernten, am Westufer des Mauersees gelegenen Dorfes Gutten zu finden, die sich an die Familie Kraschewski erinnern. Dieser Kreis könnte erweitert werden durch andere ehemalige Trakehnerzüchter, die mit August Kraschewski in Verbindung standen. Unter den Nachbarn muss es eine Familie gegeben haben, deren Namen „**Trinker**“ oder so ähnlich lautet. Wahrscheinlich ist diese Familie auf der Flucht in Schleswig-Holstein gelandet, aber ob sie die Pferde ihres Nachbarn mitgeführt und diese den langen Fluchtweg überlebt haben, ist mehr als fraglich, obgleich gerade unsere Trakehner auf der Flucht im bitterkalten Winter Unglaubliches geleistet haben. Diese Information beruht ja allein auf den schwer verständlichen Aussagen von Herr Seidels Großmutter, ist aber der einzige Ansatzpunkt für eine gezielte Nachforschung. Herr Seidel ist über die Mailadresse philipp.seidel@tu-clausthal.de und die Telefonnummer 0151/10795483 zu erreichen.



Die ostpreußische Familie

Wer weiß etwas? Wer kennt diesen lieben Menschen? Wer kann weiter helfen?

Das schwere Schicksal der Vertriebenen hat bei den Betroffenen und ihren Nachkommen unendlich viele Fragen aufgeworfen. Ruth Geede sucht in ihrer Rubrik „Die ostpreußische Familie“ nach den Antworten. Die Schriftstellerin und Journalistin wurde 1916 in Königsberg geboren. Seit 1979 ist sie die „Mutter“ der Ostpreußischen Familie. Ihre Kenntnis und ihre Lebenserfahrung halfen bereits vielen hundert Suchenden und Wissbegierigen weiter. Es geht um das Auffinden verschollener Familienmitglieder und Freunde, um Ahnenforschung oder wichtige Fragen zur ostpreußischen Heimat.

Anfragen an: Redaktion *Preußische Allgemeine Zeitung*, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, redaktion@preussische-allgemeine.de



Bild: Pawlik

Aus Chemnitz meldet sich unsere in der Kulturarbeit für Ostpreußen so unermüdlich tätige **Ingrid Labuhn** und legt uns eine betreffende Bitte vor, die wohl nur durch unsere Familie erfüllt werden kann. Es war in den ersten Jahren nach der „Wende“, als Ingrid in der Veröffentlichung einer Kreisgemeinschaft von einem „Seelenvogel“ las, der dort auch abgebildet war. Das Thema interessierte Frau Labuhn sehr, und sie nahm es in ihre Kulturplanung mit auf. Nun, da sie es aufgreifen wollte, stellte sie fest, dass sie keine Unterlagen mehr über die Kreisgemeinschaft besaß, die damals diesen Beitrag veröffentlichte. Ihrer Meinung nach müsste es eine im südlichen Ostpreußen gelegene Kreisgemeinschaft gewesen sein, vielleicht stammt dieser „Seelenvogel“ aus einer masurischen Sage, wie man vermuten könnte. Frau Labuhn hat schon überall herumgefragt, nun sind wir also dran: Wer kann sich an diese Veröffentlichung erinnern, besitzt vielleicht noch das Original – wahrscheinlich ein Heimatbrief oder Kreisbuch – oder weiß Näheres über den „Seelenvogel“? (Ingrid Labuhn, Landsmannschaft Ost- und Westpreußen, Louis-Schreiter-Straße 8 in 09117 Chemnitz, Telefon 0371/8203 365.)

Eure

Ruth Geede

Ruth Geede

Alle in der »Ostpreußischen Familie« abgedruckten Namen und Daten werden auch ins Internet gestellt. Eine Zusendung entspricht somit auch einer Einverständniserklärung!

ÖSTLICH VON ODER UND NEISSE

Eine Bitte an das Staatsoberhaupt auf der Westerplatte

Danzigs Stadtpräsident schlägt vor, die Feier zum Kriegsende 2016 mit der Eröffnung des »Museum des Zweiten Weltkrieges« zu koppeln

Am 1. September heulten um 4.45 Uhr auf der Danziger Westerplatte die Sirenen, während das Kriegsmarineorchester die polnische Hymne spielte. Präsident Andrzej Duda, Premierministerin Beata Szydlo und Verteidigungsminister Antoni Macia-rewicz legten dort, wo die ersten Schüsse des Krieges fielen, Kränze nieder.

Andrzej Duda sprach über Danzig als Symbol der Freiheitsberaubung von 1939 und die Freiheitsgewinnung durch die Solidarnosc-Bewegung vier Jahrzehnte später. Der Präsident erinnerte zudem an die Worte seines 2010 bei der „Smolenkser Katastrophe“ ums Leben gekommenen Vorgängers Lech Kaczynski, der ein Jahr vor seinem Tod in Danzig sagte, die Polen hätten aufgrund des Krieges weder Anlass zu Minderwertigkeitskomplexen noch müssten sie irgendetwas in Sachen Demut nachholen. Schließlich, so Kaczynski, sei der Fall der Berliner Mauer den Polen zu verdanken, die Freiheit verlangt und diese anderen gebracht hätten.

Der Danzinger Stadtpräsident Paweł Adamowicz nutzte beim diesjährigen Festakt die Gunst der Stunde und wandte sich an das polnische Staatsoberhaupt mit einer Bitte. Adamowicz würde die Feier zum Kriegsende im kommenden Jahr gerne mit der Eröffnung des „Museum des Zweiten Weltkrieges“ koppeln: „Unser große Chance ist es, Europa und der Welt die polnische Sicht auf den Zweiten Weltkrieg zu präsentieren“, zitiert die überregionale polnische Tageszeitung „Gazeta Wyborcza“ auf ihrer Internetseite Wyborcza.pl den Danziger Stadtpräsidenten.

Die ständige Ausstellung für das „Museum des Zweiten Weltkrieges“ ist fertig. Im Dezember 2015 wurde das Ausstellungskonzept dem Minister für Kultur und Nationales Erbe Piotr Glinski vorgelegt. Dieser holte sich Experten, die für ihn die Arbeit begutachten sollten. Dazu gehört der ehemalige Mitarbeiter des Institutes für Nationales Gedenken, Historiker und Wilna-Experte Piotr Niwinski, der Historiker und ehemalige Senator Jan Zaryn sowie der Autor der überregionalen polnischen Tageszeitung „Rzeczpospolita“ Piotr Semka. Für letzteren stellt es einen Skandal dar, dass die Ausstellung den Themenkomplex der ethnischen Auseinandersetzungen in dem von Polen nach dem Polnisch-Sowjetischen Krieg annektierten Teil Wolhyniens nicht hervorgehoben berücksichtige. Dem wäre nicht so, kontert Museumsdirektor Paweł Machcewicz in der „Rzeczpospolita“. Neben Wolhynien zeige die Ausstellung in einer gesonderten Abteilung die Morde kroatischer Ustascha-Milizen an Serben, Juden und Roma, so Machcewicz, der hier Gemeinsamkeiten sieht. Beides seien ethnische Säuberungen gewesen, die nicht von Deutschen verübt wurden. „Wir zeigen den Zweiten Weltkrieg auf der Perspektive des ungeheuren Leidens der Zivilbevölkerung. Im Zentrum unseres Fokus stehen Millionen Verfolgte und Ermordete“, zitiert die „Rzeczpospolita“ den Museumsdirektor. Den Experten missfällt, dass die Ausstellung das polnische Martyrium in den Vordergrund stelle, ohne die andere Seite des Krieges zu zeigen – zum Beispiel „die Härtung des Charakters“. Im Grunde genommen sei die Ausstellung eine schändliche, antipolnische Tat. Semka, der in Kattowitz bereits das ursprünglich offene Konzept des neuen Schlesischen Museums erfolgreich torpediert hatte, geht noch weiter. Er spricht dem Danziger Museumsdirektor das Recht ab, diese Ausstellung in Polen zu präsentieren, und wünscht die Ausstellungsmacher mit ihrer kosmopolitischen Sicht ins geächtete Brüssel. „Früher hat man angeblich Kosmopoliten noch nach Israel geschickt“, kontert Machcewicz.



Danzigs Stadtpräsident: Paweł Adamowicz Bild: Brosen

Vor einigen Jahren noch hätte man annehmen können, dass man sich in Berlin Anregungen holt. Denn die Idee für ein Museum des Zweiten Weltkrieges war zunächst nur eine Antwort auf die Aktivitäten um ein Zentrum gegen Vertreibungen in Deutschland. Es kommt anders. In Warschau machen die neuen Machthaber mit ihrem Geschichtsbild so wie auch beim Film „Smolensk“ Nägel mit Köpfen. *Chris W. Wagner*

Wir gratulieren ...

ZUM 106. GEBURTSTAG

Domnick, Gertrud, geb. **Arndt**, aus Bladiau, Kreis Heiligenbeil, am 17. September

ZUM 103. GEBURTSTAG

Druba, Gerda, geb. **Kawald**, aus Rosenheide, Kreis Lyck, am 20. September

ZUM 101. GEBURTSTAG

Leiskau, Ingeborg, geb. **Kempas**, aus Ebenrode, am 19. September

ZUM 100. GEBURTSTAG

Merkert, Frieda, geb. **Haase**, aus Bilderweiten, Kreis Ebenrode, am 21. September

Müller, Otto, aus Schellendorf, Kreis Ebenrode, am 19. September

ZUM 99. GEBURTSTAG

Prawdzik, Karl, aus Zielhausen, Kreis Lyck, am 18. September

Reitmeyer, Hildegard, geb. **Manzau vom Gut Birkenwalde**, Kreis Tilsit-Ragnit, am 20. September

ZUM 98. GEBURTSTAG

Harran, Gertrud, geb. **Follmann**, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 22. September

Kowalewski, Emilie, geb. **Jankowski**, aus Lyck, Bismarckstraße 56, am 19. September

Schubert, Elisabeth, geb. **Kloß**, aus Weißensee, Kreis Wehlau, am 17. September

ZUM 97. GEBURTSTAG

Flachsberger, Heinz, aus Grünlinde, Kreis Wehlau, am 18. September

Hohnsbein, Frieda, geb. **Weylo**, aus Klein Lasken, Kreis Lyck, am 18. September

Rhinow, Meta, geb. **Alzuhn**, aus Rehwalde, Kreis Elchniederung, am 18. September

Sandrock, Martha, geb. **Metzdorf**, aus Moschnen, Kreis Treuburg, am 17. September

Stegat, Max, aus Klein Friedrichsgraben, Kreis Elchniederung, am 17. September

Topeit, Erich, aus Alt Seckenburg, Kreis Elchniederung, am 16. September

ZUM 96. GEBURTSTAG

Günther, Horst, aus Wildwiese, Kreis Elchniederung, am 17. September

Habermann, Kurt, aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, am 21. September

ZUM 95. GEBURTSTAG

Ermann, Elisabeth, aus Lötzen, am 18. September

Holaschke, Hildegard, geb. **Michalzik**, aus Lyck, Morgenstraße 4, am 18. September

Marzinzig, Hildegard, geb. **Effenberger**, aus Lyck, Kaiser-Wilhelm-Straße 139/140, am 22. September

Meller, Erika, geb. **Michaelis**, aus Pobethen, Kreis Samland, am 22. September

ZUM 94. GEBURTSTAG

Carle, Helene, geb. **Czylwik**, aus Hansbruch, Kreis Lyck, am 19. September

Frischkorn, Botho, aus Neukuhren, Kreis Samland, am 19. September

Matzeit, Erich, aus Heinrichswalde, Kreis Elchniederung, am 18. September

Quaschnowitz, Helga, geb. **Reimer**, aus Neusorge/Heinrichswalde, Kreis Elchniederung, am 20. September

Radtke, Paul, aus Klein Steegen, Kreis Preußisch Eylau, am 16. September

Szipl, Margarete, geb. **Saloga**, aus Goldensee, Kreis Lötzen, am 19. September

ZUM 93. GEBURTSTAG

Banaski, Walter, aus Martinshagen, Kreis Lötzen, am 21. September

Bromisch, Ruth, aus Petersgrund, Kreis Lyck, am 17. September

Eisenhuth, Renate, geb. **Friedrich**, aus Lyck, Morgenstraße 15, am 16. September

Gundlach, Ruth, aus Lyck, am 19. September

Heller, Gertrud, aus Krattlau, Kreis Samland, am 22. September

Krüger, Bernhard, geb. **Kackschies**, aus Groß Friedrichsdorf, Kreis Elchniederung, am 16. September

Kruska, Emma, geb. **Aleoschat**, aus Grünau, Kreis Tilsit-Ragnit, am 22. September

Rohde, Ingeborg, geb. **Teschendorf**, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 18. September

ZUM 92. GEBURTSTAG

Czichy, Ulrich, aus Lyck, am 21. September

Falinski, Otto, aus Magdalenz, Kreis Neidenburg, am 20. September

Friedrich, Margrete, geb. **Gamser**, aus Treuburg, am 16. September

Haake, Gerda, geb. **Kledtke**, aus Gilgetal, Kreis Elchniederung, am 19. September

Heerde, Traute, geb. **Bergatt**, aus Rauschen, Kreis Samland, am 21. September

Herwig, Anneliese, geb. **Moyseszyk**, aus Treuburg, am 20. September

Kampmann, Brigitte, geb. **Neumann**, aus Fließdorf, Kreis Lyck, am 18. September

Moskwa, Paul, aus Thalheim, Kreis Neidenburg, am 16. September

Nagler, Edith, geb. **Szogs**, aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, am 22. September

Ollech, Emma, geb. **Beber**, aus Scheufeldorf, Kreis Ortelsburg, am 19. September

Philipp, Reinhold, aus Wehlau, am 21. September

Pichon, Waldemar, aus Altkirchen, Kreis Ortelsburg, am 20. September

Pommereit, Ernst, aus Eibenau, Kreis Treuburg, am 18. September

Quednau, Dr. Hans-Otto, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 16. September

Romani, Gertrud, geb. **Browarzik**, aus Wallenrode, Kreis Treuburg, am 17. September

Schendel, Rudi, aus Groß Birkenfelde, Kreis Wehlau, am 20. September

Seidel, Edith, geb. **Wassel**, aus Groß Trakehnen, Kreis Ebenrode, am 20. September

Spitz, Kurt, aus Neukuhren, Kreis Samland, am 21. September

Thurau, Lydia, geb. **Niedzwetzki**, aus Neuendorf, Kreis Lyck, am 21. September

Wüsthoff, Gerda, geb. **Hetz**, aus Raging, Kreis Elchniederung, am 21. September

ZUM 91. GEBURTSTAG

Baering, Karl-Heinz, aus Stahnken, Kreis Lyck, am 17. September

Böhm, Eleonore, geb. **Opitz**, aus Ortelsburg, am 17. September

Brosziewski, Siegfried, aus Lübeckfelde, Kreis Lyck, am 20. September

Chilinski, Otto, aus Struben, Freidorf, Kreis Neidenburg, am 16. September

Eigenfeldt, Ursula, geb. **Faak**, aus Wildwiese, Kreis Elchniederung, am 17. September

Gräf, Lydia, geb. **Holzlehner**, aus Talken, Kreis Lyck, am 22. September

Gräfin von Sparr-Harenberg, Ellen-Edith, geb. **Schneider**, aus Lyck, am 17. September

Harder, Christa, aus Pillau, Kreis Samland, am 21. September

Krüger, Walter, aus Reimannswalde, Kreis Treuburg, am 21. September

Kunz, Dora, aus Kobbelbude, Kreis Samland, am 22. September

Leitis, Hertha, geb. **Passarge**, aus Wildenhoff, Kreis Preußisch Eylau, am 19. September

Niklaus, Lieselotte, geb. **Paschkowski**, aus Ortelsburg, am 19. September

ZUM 90. GEBURTSTAG

Blumhagen, Waltraut, geb. **Paukstat**, aus Gutsfelde, Kreis Elchniederung, am 17. September

Domnick, Walter, aus Rummau-Ost, Kreis Ortelsburg, am 17. September

Fandrich, Hans, aus Partheinen/Mükühnen, Kreis Heiligenbeil, am 18. September

Hartel, Hildegard, geb. **Kurzich**, aus Langenwalde, Kreis Ortelsburg, am 16. September

Hohenstein, Friedrich, aus Gilgenburg, Kreis Osterode, am 18. September

Kirsch, Johanna, geb. **Sanio**, aus Eichensee, Kreis Lyck, am 21. September

Kopatz, Paul, aus Wilhelmshof, Kreis Ortelsburg, am 19. September

Lehmann, Paul, aus Wildwiese, Kreis Elchniederung, am 20. September

Malingriaux, Ingeborg, geb. **Ebner**, aus Tawellenbruch, Kreis Elchniederung, am 16. September

Meyer, Hildegard, geb. **Pyko**, aus Eichhorn, Kreis Treuburg, am 22. September

Müller, Ruth, geb. **Golembek**, aus Widminnen, Kreis Lötzen, am 16. September

Nitschke, Ruth, geb. **Bogumil**, aus Ortelsburg, am 22. September

Perlick, Herta, geb. **Lasarzewski**, aus Lenzendorf, Kreis Lyck, am 21. September

Pieper, Ruth, aus Lyck, am 16. September

Sack, Rudolf, aus Schneiderende, Kreis Elchniederung, am 20. September

Schotte, Irmgard, geb. **Loyal**, aus Langsee, Kreis Lyck, am 21. September

Schweighöfer, Manfred, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 21. September

Tischmann, Artur, aus Gauleden, Kreis Wehlau, am 20. September

Zehrt, Hans, aus Herdenau, Kreis Elchniederung, am 21. September

ZUM 85. GEBURTSTAG

Bolik, Edith Martha, geb. **Lewandrowski**, aus Moddelkau, Kreis Neidenburg, am 21. September

Brodowski, Frieda, aus Stradaunen, Kreis Lyck, am 21. September

Gebhardt, Hildegard, geb. **Quednau**, aus Windberge, Kreis Ebenrode, am 19. September

Grigull, Johannes, aus Frischenau, Kreis Wehlau, am 21. September

Groh, Helga, geb. **Josupeit**, aus Rautenburg, Kreis Elchniederung, am 22. September

Joswig, Herbert, aus Lyck, am 17. September

Kaiser, Ursula, geb. **Plink**, aus Taplacken, Kreis Samland, am 18. September

Kapteina, Günter, aus Lyck, Lycker Garten 31, am 17. September

Kock, Edeltraut, geb. **Gerull**, aus Groß Friedrichsdorf, Kreis Elchniederung, am 18. September

Kraschewski, Heinz, aus Sensburg, am 17. September

Lemke, Werner, aus Wilkendorf, Kreis Wehlau, am 20. September

Paap, Karl, aus Sprosserweide, Kreis Elchniederung, am 21. September

Pruss, Emma, geb. **Trzaska**, aus Lehmanen, Kreis Ortelsburg, am 16. September

Pustan, Gerd, aus Palmnicken, Kreis Samland, am 18. September

Raupach, Irmgard, geb. **Potraffke**, aus Moptau, Kreis Wehlau, am 20. September

Schacht, Walter, aus Friedrichshof, Kreis Ortelsburg, am 17. September

Scheffler, Rudolf, aus Groß Saalau, Kreis Bartenstein, am 11. September

Seetzen, Hiltrud, geb. **Borchert**, aus Ebenrode, am 19. September

Skrotzki, Kurt, aus Alt Kriewen, Kreis Lyck, am 20. September

Thielmann, Gerda, geb. **Schattauer**, aus Willdorf, Kreis Ebenrode, am 20. September

Wagner, Hedwig, aus Petersgrund, Kreis Lyck, am 19. September

Wojciak, Käthe, geb. **Jegodowski**, aus Ortelsburg, am 17. September

ZUM 80. GEBURTSTAG

Aselmann, Dr. Peter, aus Eichen, Kreis Wehlau, am 22. September

Barsuhn, Manfred, aus Alt Seckenburg, Kreis Elchniederung, am 18. September

Bastek, Siegfried, aus Altkirchen, Kreis Ortelsburg, am 21. September

Fischer, Ruth Wilhelmine, geb. **Krokowski**, aus Schönwiese, Kreis Neidenburg, am 20. September

General, Inge, geb. **Göhlert**, aus Holländerei, Kreis Wehlau, am 19. September

Gerlach, Paul, aus Jagsten, Kreis Elchniederung, am 18. September

Grenz, Willi, aus Quilitten, Kreis Heiligenbeil, am 21. September

Hallik, Renate, geb. **Drescher**, aus Eydtkau, Kreis Ebenrode, am 16. September

Jablonowski, Gertrud, geb. **Zittrich**, aus Rotbach, Kreis Lyck, am 19. September

Konegen, Helga, geb. **Omilian**, aus Reiffenrode, Kreis Lyck, am 20. September

Kristl, Edelgard, geb. **Allenbacher**, aus Kobilinnen, Kreis Lyck, am 17. September

Malinski, Irmgard, geb. **Girnus**, aus Finkenhof, Kreis Elchniederung, am 20. September

Mosbach, Hermann, aus Großudertal, Kreis Wehlau, am 16. September

Ossenberg, Ingeborg, geb. **Bunsas**, aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, am 18. September

Pesch, Anneliese, geb. **Kropf**, aus Leißienen, Kreis Wehlau, am 16. September

Richter, Christa, geb. **Goerke**, aus Neuendorf, Kreis Treuburg, am 17. September

Rohra, Christel, geb. **Karlisch**, aus Treuburg, am 18. September

Samulowitz, Edeltraut, geb. **Kutz**, aus Alt Kriewen, Kreis Lyck, am 21. September

Scherr, Günter, aus Auerbach, Kreis Wehlau, am 19. September

Schienbein, Edith, geb. **Wallendszus**, aus Ansorge, Kreis Elchniederung, am 18. September

Schulze, Erna, geb. **Töpfer**, aus Wickenfeld, Kreis Ebenrode, am 18. September

Schwieger, Angela, aus Braunsberg, am 22. September

Symanek, Waltraud, geb. **Jerosch**, aus Seenwalde, Kreis Ortelsburg, am 21. September

Wasserberg, Erwin, aus Rauschen, Kreis Samland, am 19. September

Weber-Guhl, Annemarie, geb. **Weber**, aus Lyck, am 19. September

ZUM 75. GEBURTSTAG

Angerer, Uta, geb. **Dehlinger**, aus Herzogshöhe, Kreis Treuburg, am 17. September

Ellmer, Karla, aus Bladiau, Kreis Heiligenbeil, am 18. September

Kalisch, Peter, aus Neuendorf, Kreis Rastenburg, am 22. September

Krüger, Edeltraut, geb. **Barz**, aus Königsberg, Kreis Samland, am 18. September

Krüger, Elke, aus Tölteninken, Kreis Wehlau, am 18. September

Manka, Ursula, geb. **Rosinski**, aus Billsee, Kreis Lötzen, am 21. September

Marthiens, Heidrun, geb. **Schönwald**, aus Seckenburg, Kreis Elchniederung, am 18. September

Opitz, Dora, geb. **Werner**, aus Reichenthal und Klein Simnau, Kreis Mohrungen, am 17. September

Payk, Erna, geb. **Burdinsk**, aus Mingfen, Kreis Ortelsburg, am 18. September

Schröder, Marianne, geb. **Jerwin**, aus Gedwangen, Kreis Neidenburg, am 22. September

Schüler, Lutz Claudius, aus Neidenburg, am 16. September

Schweitzer, Lothar, aus Skottau, Kreis Neidenburg, am 22. September

TERMINE DER LO

2016

8. Oktober: Landestreffen Mecklenburg-Vorpommern

10. bis 16. Oktober: Werkwoche in Helmstedt

21. bis 23. Oktober: 8. Deutsch-Russisches Forum „Zukunft braucht Vergangenheit" in Berlin (geschlossener Teilnehmerkreis)

4. November: Arbeitstagung der Landesgruppenvorsitzenden in Wuppertal

5. bis 6. November: OLV in Wuppertal (geschlossener Teilnehmerkreis)

11. bis 14. November: Kulturhistorisches Seminar für Frauen in Helmstedt

2017

1. bis 2. April: Arbeitstagung der Kreisvertreter in Helmstedt

Auskünfte erhalten Sie bei der Bundesgeschäftsstelle der Landsmannschaft Ostpreußen, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, Telefon (040) 41400826, E-Mail: info@ostpreussen.de, Internet: www.ostpreussen.de

HÖRFUNK & FERNSEHEN

Sonnabend, 17. September, 9.05 Uhr, Deutschlandfunk: Kalenderblatt: Vor 50 Jahren: Der Tenor Fritz Wunderlich gestorben.

Sonntag, 18. September, 14.15 Uhr, ZDFneo: Die Deutschen (6): Preußens Friedrich und die Kaiserin.

Sonnabend, 17. September, 23.05 Uhr, Deutschlandfunk: Und es blitzen die Sterne – Die lange Nacht über Fritz Wunderlich.

Dienstag, 20. September, 19.05 Uhr, N-TV: Rechtsfreie Räume – Die überforderte Republik.

Dienstag, 20. September, 20.15 Uhr, ZDF: Deutschlands große Clans (2/4): Die C&A-Story.

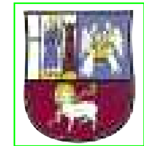
Mittwoch, 21. September, 22.10 Uhr, WDR: Schaltzentrale der Macht – Aufsichtsräte im Härtetest.

Freitag, 23. September, 20.15 Uhr, 3sat: Milliarden für Millionäre – Wie der Staat unser Geld an Reiche verschenkt. Dokumentation, D 2016.

Freitag, 23. September, 21 Uhr, ARD-alpha: Die gläserne Fakkel (1/6): Die Stiftung. TV-Drama über Carl Zeiss, DDR 1989.

AUS DEN HEIMATKREISEN

Die Kartei des Heimatkreises braucht Ihre Anschrift.
Melden Sie deshalb jeden Wohnungswechsel.
Bei allen Schreiben bitte stets den letzten Heimatort angeben



ALLENSTEIN LAND

Kreisvertreter: Hans-Peter Blasche, Lankerstraße 40, 40545 Düsseldorf, Telefon (0211) 17181290; (02131) 902700 (dienstl.), Telefax (02131) 902430 (dienstl.) Geschäftsstelle: Gemeindeverwaltung Hagen, Postfach 1209, 49170 Hagen, Telefon (05401) 9770. www.allenstein-landkreis.de

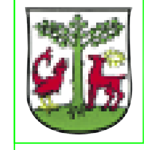


Reiseeindrücke der Braunsberger in der Heimatstadt: Die Basilika St. Katharina (oben) und der Passarge-Fluss (rechts) Bild: privat

Jomendorf-Treff

Sonnabend, 15. Oktober, 11 Uhr, Stadthalle Meinerzhagen, An der Stadthalle 1, 58540 Meinerzhagen: Kirchspieltreffen Groß Bertung. Das Programm:
11 Uhr: Gottesdienst
13 Uhr: Mittagessen
15 Uhr: Kaffeetrinken
17 Uhr: Eröffnung des Tanzabends

Weitere Informationen bei: Ewa Schmidt-Bünger, Telefon (02372) 2786 oder 015785758666, Internet: www.kirchspiel-bertung.de



BRAUNSBERG

Kreisvertreterin: Manuela Begett, Virchowstraße 46, 44536 Lünen, Tel.: (02306) 21236, E-Mail: manuela.begett@t-online.de. Stellvertretender Kreisvertreter: Ferdinand Schrade. Geschäftsstelle: Stadtverwaltung Münster, Patenstelle Braunsberg, Frau Jostenmeier, 48127 Münster, Tel.: (0251) 4926051.

Reise in die Heimat

Vom 22. Juni bis 1. Juli machte sich die Kreisgemeinschaft Braunsberg mit 25 Reisenden auf den Weg in die Heimat. Die Anreise erfolgte über Gnesen, Thorn und Allenstein, nicht ohne ausführliche Stadtführungen mit einem versierten Reiseleiter, um die geschichtlichen und kulturellen Sehenswürdigkeiten aufzusuchen. In Braunsberg und Frauenburg nahm die Gruppe für vier Tage Quartier, da die meisten Mitreisenden aus dem Kreis Braunsberg stammen und während dieser Reise ausreichend Gelegenheit haben sollten, ihre Heimatorte aufzusuchen. Einer der Höhepunkte der Reise war der Empfang in unserer Heimatstadt Braunsberg durch die Bürgermeisterin, Mitglieder des Stadtrates und des Referats Stadtmarketing. Mit spielerischen und sportlichen Einlagen in Anlehnung an die Fußball-Europameisterschaft wurde unsere Gruppe auf dem Platz der Katharinenkirche mit Sekt und einem Imbiss empfangen. Als Symbol der Verbundenheit zwischen dem heutigen Braunsberg und der Kreisgemeinschaft wurde im Pflaumengrund eine Linde gepflanzt.

Auch Mitreisende der zweiten Generation waren begeistert von der schönen und weiten Landschaft Ostpreußens. Beeindruckend war auch der Besuch im Frauenburger Dom mit seinen zahlreichen klassisch-gotischen Elementen und einem Orgelkonzert. Von dort ging es zum Gedenkstein am Haffufer, der an die unzähligen Flüchtlinge und Vertriebenen erinnert, die im Haff und auf der frische Nehrung den Tod fanden. Während der Überfahrt nach Kahlberg hat Domherr Andre Schmeier mit allen Mitreisenden in einer kleinen Andacht besonders dieser Verstorbenen gedacht. Die letzten Tage dieser schönen Reise führten die Gruppe nach Danzig und Stettin.



EBENRODE (STALLUPÖNEN)

Kreisvertreter: Dr. Gerhard Kuebart, Schiefe Breite 12a, 632657 Lemgo, Telefon (05261) 8 81 39, E-Mail: gerhard.kuebart@googlemail.com.

Bibelfliesen zu Flucht und Vertreibung

Unser Mitglied, Pfarrer im Ruhestand, Kurt Perrey teilt mit: Der Evangelisch-lutherische Kirchenkreis Norden – bekannt durch die deutschlandweit bedeutsame Veröffentlichung der „Fliesenbibel“ – gibt seit Jahren in der Reihe Bibelfliesen-Bilder Bildbetrachtungshefte im Risius-Verlag Weener heraus. Nun ist es gelungen, zu einem besonders aktuellen Thema Band 18 zu erarbeiten: „Flucht und Vertreibung“ (ISBN 978-3-88761-128-6, 36 Seiten, 2,50 Euro). In bewährter Weise werden 16 biblische Fliesenbilder mit einer kurzen Meditation kommentiert und auf Fluchterfahrungen des 20. Jahrhunderts und der Gegenwart hin transparent gemacht. Der Landessuperintendent des Sprengels Ostfriesland-Ems, Detlef Klahr (Emden), hat dazu das Vorwort verfasst. Die Texte stammen sämtlich von Superintendent Helmut Kirschstein (Norden), das Lektorat übernahm Christiane Kollmeyer, Mitglied des Norder Bibelfliesenteams.

Mitherausgeber ist unter anderem der Verein Dokumentationsstätte Gnadenkirche Tidofeld-Norden zur Integration der Flüchtlinge und Vertriebenen in Niedersachsen und Nordwestdeutschland.

Hier noch ein Hinweis auf Infos zur ehrenamtlichen Arbeit der bundesweit tätigen Projektgruppe Kulturgut Bibelfliesen (Norder Bibelfliesenteam in Ostfriesland und Arbeitskreis Bibelfliesen im Münsterland): www.fliesenbibel.de. „Flucht und Vertreibung“ kann dort unter „publiziert“ und „Downloads Bibelfliesen-Hefte Bd. 18“ eingesehen werden.

Infos: Kurt Perrey, Pfr. i. R., Projektleiter Kulturgut Bibelfliesen (Norder Bibelfliesenteam, Ostfriesland, und AK Bibelfliesen im Münsterland, NRW), Am Biederlackturm 5, 48282 Emsdetten, Telefon (02572) 9599580, perrey.kue@gmx.net, Infos: www.fliesenbibel.de



FISCHHAUSEN

Kreisvertreter: Klaus A. Lunau, Bahnhofstraße 14, 30853 Langenhagen. Geschäftsstelle: Fahltskamp 30, 25421 Pinneberg, täglich erreichbar unter Telefon (04101) 22037, Postfach 17 32, 25407 Pinneberg, E-Mail: Geschaeftsstelle@kreis-fischhausen.de. Besichtigung nach Wunsch.

Kreistreffen im September

Liebe Samländer und Freunde des Samlandes, wie bereits seit über 65 Jahren findet auch unser diesjähriges Kreistreffen wieder am dritten Wochenende im September, vom 16. bis 18., statt. Hierzu möchten wir Sie mit Ihren Familien und Freunden herzlich einladen und freuen uns, wenn wir Sie im Hotel Cap Polonio, Fahltskamp 48 und in unserem Samlandmuseum begrüßen können. Der Programmablauf:

Freitag, 16. September

18.30 Uhr: Kranzniederlegung am Gedenkstein im Drosteipark, Gerhard Weiter sorgt mit einem Trompetensolo für den würdigen Rahmen.

20 Uhr: Gemütlicher Abend mit Repräsentanten des Kreises und der Stadt Pinneberg im Samlandmuseum. Bereits anwesende Ortsvertreter sind herzlich willkommen.

Sonnabend, 17. September

9.30 Uhr: Öffnung der Veranstaltungsräume im Cap Polonio.

10 Uhr: Im Museum am Fahltskamp 30 erwartet Sie Kaffee, Kuchen, Pillkaller und andere Leckereien.

11 Uhr: Ortsvertretersitzung im Cap Polonio mit Vorstandswahl.

14 Uhr: Feierliche Eröffnung des Kreistreffens.

16 Uhr: Der „Leierkastenmann“ aus Tornesch, Erwin Krüger, unterhält mit seiner Drehorgel.

16.30 Uhr: Treffen der Familienforscher unter Leitung von Heidrun Meller.

18.30 Uhr: Gemütlicher Ostpreußenabend mit gemeinsamem Essen im Hotel Cap Polonio zum Preis von zwölf Euro. Es stehen drei verschiedene Gerichte zur Auswahl. Wir bitten um rechtzeitige verbindliche Anmeldung.

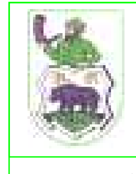
Sonntag, 18. September

9.30 Uhr: Öffnung der Veranstaltungsräume im Hotel Cap Polonio.

10 Uhr: Öffnung der Samland-Ausstellung am Fahltskamp 30.

11 Uhr: „Die zeitgemäße Aufarbeitung des Fischhausener Ausgrabungsarchivs für das Samland“ – Vortrag des Prähistorikers Jörg Nowotny vom Landesmuseen Schloss Gottorf.

Anschließend Fortsetzung des Kreistreffens im Cap Polonio und in den Räumen des Samland-Museums am Fahltskamp 30.



INSTERBURG – STADT UND LAND

Vorsitzender Stadt & Land: Reiner Buslaps, Am Berg 4, 35510 Butzbach-Kirch-Göns, Tel.: (06033) 66228, Fax (03222) 3721953, E-Mail: R.Buslaps@t-online.de. Kreisgemeinschaft Insterburg Stadt & Land e. V., Geschäftsstelle, Am Marktplatz 10, 47829 Krefeld, Postfach 111 208, 47813 Krefeld, Tel.: (02151) 48991, Fax (02151) 491141, E-Mail: info@insterburger.de, Internet: www.insterburger.de, Bürozeiten: Montag – Freitag von 8 bis 12 Uhr.

Treffen der Heimatgruppen

Heimatgruppe Kiel – Treffen in jedem Monat am zweiten Donnerstag im Café Rebecca in der Matthias-Claudius-Kirche in Kiel-Suchsdorf. Informationen: Hellmut Jucknat, Telefon (0431) 311972.

Heimatgruppe Darmstadt – Sonnabend, 10. September, 11.30 Uhr, Taverna Hellas, Griechisches Grillrestaurant, Bahnhofstraße 17, 62491 Darmstadt-Wixhausen.

Heimatgruppe Köln – Mittwoch, 28. September, Restaurant Em Kappeseng, Aachener Straße 1332, Köln-Weiden: Informationen: Carola Maschke, Telefon (0221) 796942, E-Mail: C.Maschke@netcologne.de.

Heimatgruppe Sachsen – Donnerstag, 6. Oktober, DRK-Begegnungsstätte, Eschenweg 60, 08060 Zwickau-Marienthal. Herbstfest mit Thüringer Röster. Weitere Informationen: Kurt Klaus, Telefon (037296) 17661.

Heimatgruppe Thüringen – Sonntag, 9. Oktober, Café Büchner, Ebertstraße 12, 99817 Eisenach: Mitgliedertreffen und Beitrag über Frieda Jung sowie Kaffeetrinken und gemütliches Beisammensein.



LÖTZEN

Kreisvertreter: Dieter Eichler, Bilenbarg 69, 22397 Hamburg. Geschäftsstelle: Ute Eichler, Bilenbarg 69, 22397 Hamburg, Telefon (040) 6083003, Fax: (040) 60890478, E-Mail: KGL.Archiv@gmx.de

Kein Fest, aber ...

Kein großes Fest, aber doch ein Jubiläum: Am 8. August beging der Deutsche sozial-kulturelle Verein in Lötzen (Gizycko) den Jahrestag seines 25-jährigen Bestehens. Man traf sich an genau dem Montag am Sitz des Vereins in der Danziger Straße und feierte in bescheidenem Rahmen. 32 Mitglieder waren gekommen, für die Bewirtung wurde selbst gesorgt. Die langjährige Vorsitzende des Vereins, Barbara Ruzewicz, von Anfang an dabei, kennt die Höhen und Tiefen dieses Vierteljahrhunderts Vereinsarbeit genau, weiß mit Erfolgen und mit Schwierigkeiten umzugehen. Wie aber das beginnende nächste Vierteljahrhundert zu gestalten ist – und vor allem: Durch wen? Mit wem? Für wen? – da stehen viele Fragezeichen im Raum. – Der 1. Vorsitzende der Kreisgemeinschaft Lötzen, Dieter Eichler, hatte zum Jubiläum einen Gratulationsbrief geschickt; die Kreisgemeinschaft wird den Verein in Lötzen anläßlich dieses Jubiläums mit einem größeren Geldbetrag unterstützen.

Geschichten vom Wasser

Sonnabend, 17. September, Lötzener Heimatmuseum, Sudetenlandstr. 18 H, Neumünster (Böcklersiedlung): Ab 10 Uhr Gelegenheit zum Besuch der Sonderausstellung „Burgen des Deutschen Ordens – Gemälde von Reinhard Bergmann“. Um 15.30 Uhr beginnt die Märchenerzählerin Angelika Rischer, Hamburg, mit ihrem Programm „Das Märchen von den deutschen Flüssen (nach Paul Keller) und andere Geschichten vom Wasser“. Eintritt – wie immer – frei.

Alle Seiten »Heimatarbeit« auch im Internet

Heimatkreisgemeinschaften Fortsetzung auf Seite 17

Heimatkreisgemeinschaften
Fortsetzung von Seite 16



LYCK

Kreisvertreterin: Bärbel Wiesensee, Diesberg 6a, 41372 Niederkrüchten, Telefon (02163) 898313. Stellvertr. Kreisvertreter: Dieter Czudnochowski, Lärchenweg 23, 37079 Göttingen, Telefon (0551) 61665. Karteiwart: Siegmar Czerwinski, Telefon (02225) 5180, Quittenstraße 2, 53340 Meckenheim.

Rückblick auf das Hauptkreistreffen

Unser 62. Hauptkreistreffen fand in diesem Jahr bei sehr warmen, schweißtreibenden Hochsommerwetter am 27. und 28. August in unserer Patenstadt Hagen statt. Wie in jedem Jahr nutzte der Vorstand diesen Termin, um seine Kreisausschuss-Sitzung abzuhalten. Am Freitag, den 26. August trafen sich alle Mitglieder im Archiv, um die weitere Aufgabenerledigung für die Kreisgemeinschaft abzustimmen und zu gewährleisten. Über Themen wie Ehrungen, Satzungsanpassung, Erstellung des Hagen-Lycker-Briefes 2017, Bruderhilfe, Friedhofspflege, Veranstaltungen, Nachlese des Seminars 2016 in Göttingen, Haushaltsfragen, Vorbereitung der Kreistags-Sitzung, sowie die Vorbereitung zum Treffen 2017 wurde lebhaft diskutiert, um dann die nötigen Beschlüsse zu fassen.

Am Sonnabend, den 27. August fand die zeitlich vorverlegte öffentliche Kreistags-Sitzung um 13 Uhr in einem Sitzungsraum des Rathauses der Stadt Hagen statt. Insgesamt 50 Teilnehmer folgten der von der Kreisvertreterin Bärbel Wiesensee geleiteten Veranstaltung. Nach der Begrüßung und der Feststellung der Beschlussfähigkeit wurde der verstorbenen Landsleute mit einfühlsamen Worten gedacht. Vier Ortsvertreter(innen) wurden in Abwesenheit für ihre 20-jährige OV-Tätigkeit mit dem Verdienstabzeichen geehrt. Es sind Elli Ziegler, Petzkau, Traute Böhm, Kreuzfeld, Ulrich Palluck, Sieden und Günter Michalski, Zappeln.

Die einzelnen Arbeitsberichte des Kreisausschusses erhielten die KT-Mitglieder schon informativ mit ihrer Einladung. So kam es nur zu einer kurzen Aussprache. Dem Kassenbericht 2015, dem Kassenprüfbericht 2015 und dem vorgelegten Haushaltsplan 2016 stimmte der Kreistag mehrheitlich zu. Der Kreistag schloss sich, nach einer offenen Diskussion über die Änderung einzelner Positionen, mehrheitlich einer Erstellung der Neufassung der Satzung an. Bei der nächsten Kreistags-Sitzung wird sie zur Abstimmung gebracht. Das nächste Hauptkreistreffen wurde auf den 26. und 27. August 2017 terminiert.

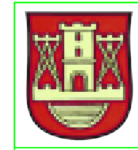
Am Nachmittag folgte eine kleine Gruppe der Aufforderung zur Kranzniederlegung am Gedenksteinen im Stadtgarten. Mit einer kurzen Ansprache vom Bürgermeister der Stadt Hagen, Hans-Dieter Fischer, und von Pater Eduard Prawdzik gedachte die Delegation der verstorbenen Landsleute. Dieser beeindruckende Augenblick des Innehaltens wurde von einem Trompetensolisten musikalisch umrahmt. Das Archiv ist auch wieder von einigen Gästen, die sich auf den Spuren ihrer Ahnen befanden, aufgesucht worden. Am Abend traf man sich in lockerer, vertrauter Runde zum Heimatabend mit musikalischer Untermalung im Sinfonium der Stadthalle.

Das Programm am Sonntag begann um 11 Uhr mit einer gemeinsamen Feierstunde im Saal des Sinfoniums. Die bei allen Gästen sehr gut ankommende Moderation lag wieder in den Händen von Peter Mook, der aus dem Fachbereich des OB in Hagen stammt. Bedingt durch den allgemeinen Teilnehmerrückgang, sowie der warmen Witterung, füllte sich der Saal sehr zögerlich. Zirka 150 Personen lauschten dem würdigen Ablauf der Veranstaltung, beginnend mit dem gemeinsamen Gesang des Ostpreußenliedes. Die Kreisvertreterin begrüßte alle Anwesenden und hob in ihrer Rede den Inhalt des in der Art etwas anderen Festvortrages hervor. Das Grußwort folgte vom Oberbürgermeister der Stadt Hagen, Erik O. Schulz, der in seinem Beitrag unter anderem von seiner kürzlich erlebten Lyck-Reise lebhaft berichtete. Das Thema des Festvortrages lautete: „Lyck heute – Veränderung einer Stadt“. Dazu wurde Dr. Rafal Zytyniec, Wissenschaftlicher Mitarbeiter vom Historischen Museum in Lyck eingeladen. Er stellte in einem in deutscher Sprache gehaltenen Lichtbildvortrag die Stadt in beeindruckender Weise vor. Anschließend stand er den zahlreichen Fragen aus dem Publikum Rede und Antwort. Der Ostdeutsche Heimatchor Hagen, geleitet von Ingrid Struck, sorgte für die begleitende musikalische Umrahmung der Feierstunde. Mit der gemeinsam gesungenen dritten Strophe des Deutschlandliedes klang die diesjährige Festveranstaltung aus. Die folgenden Stunden dienten allen Besuchern zu heimatlichen Gesprächen, dem regen Gedankenaustausch, dem Wiedertreffen in vertrauter Runde, vielleicht auch dem Schmieden eines Reiseplanes nach Ostpreußen. Die Stände mit den Büchern, der Heimatkreiskartei und der Familienforschung waren zeitweise sehr umlagert.

Allen, die in irgendeiner Weise an dieser Veranstaltung mitgewirkt haben, gilt unser aufrichtiger Dank. Das Treffen klang mit dem Aufruf aus, im nächsten Jahr wieder zahlreicher zu erscheinen, denn dann heißt das Motto: „70 Jahre Kreisgemeinschaft Lyck“.



Hauptkreistreffen von Lyck: Referent Rafal Zytyniec (oben). Unten: Die Kreisvertreterin Bärbel Wiesensee mit den Ehrengästen in Hagen Bild: privat



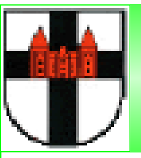
MEMEL-STADT und -LAND

Kreisvertreter: Uwe Jurgsties, Kirschblütenstraße 13, 68542 Heddesheim, Telefon (06203) 43229, Fax (06203) 43200, E-Mail: uwe.jurgsties@gmx.de, Internet: www.memelland-adm.de

Wichtige Termine

Am Sonnabend, 1. Oktober um 14 Uhr, feiern wir bei einem Tag der offenen Tür das 20-jährige Bestehen des Simon-Dach-Hauses in der Juros g. 7 in Memel.

Am Sonntag, den 2. Oktober um 17:30 Uhr, findet im Hermann-Sudermann-Gymnasium in der Gedminu g. 1 in Memel die Feier zum Tag der Deutschen Einheit in Anwesenheit des litauischen Fernsehsenders TV3 statt. Anschließend gemütliches Beisammensein.



NEIDENBURG

Kreisvertreter: Jürgen Szepanek, Nachtigallenweg 43, 46459 Rees-Haldern, Tel. / Fax (02850) 1017.

Goldenes Ehrenzeichen für Jürgen Szepanek

Nach dem silbernen Ehrenzeichen im Jahre 2000 erhielt Kreisvertreter Jürgen Szepanek nun das Goldene. Hier ist die Laudation auf den Ausgezeichneten.

Jürgen Szepanek wurde am 17. Mai 1939 in Kleineppingen im Kreis Neidenburg geboren. Der elterliche Bauernhof befand sich seit etlichen Generationen in Familienbesitz. Die Kindheit Jürgen Szepaneks endete jäh, in der Nacht vom 18. auf den 19. Januar 1945 mit der Flucht aus der ostpreußischen Heimat. Die Familie fand sich Anfang 1946 in Uslar im Solling (Südniedersachsen) wieder zusammen. Zunächst auf einem kleinen Bauernhof untergekommen, konnte der Vater 1950 auf einem größeren Hof die Stelle eines Verwalters übernehmen.

Bei der örtlichen Viehverwertungsgenossenschaft absolvierte Jürgen Szepanek eine Lehre zum Großhandelskaufmann. Im Anschluss daran wechselte er zur genossenschaftlichen „Viehzentrale“. Es kam zu vielfältigen Einsätzen in Hildesheim, Göttingen, Kassel, Düsseldorf und zuletzt am neuen Versandschlachthof in Kalkar am Niederrhein. Der berufliche Werdegang in der Vieh- und Fleischbranche endete nach über vier Jahrzehnten mit der Tätigkeit als Geschäftsführer dieses Betriebes sowie einer anschließenden Beratungszeit für einen Großkunden. Im Mai 2016 konnte Jürgen Szepanek mit seiner Ehefrau Renate, ebenfalls eine waschechte Ostpreußin, das Fest der Goldenen Hochzeit feiern. Aus der Ehe gingen ein Sohn und eine Tochter sowie ein Enkelsohn hervor.

Seit 1961 hat Jürgen Szepanek an allen Heimattreffen der Neidenburger in Bochum und anderen Orten teilgenommen. Bereits in jungen Jahren wurde er in den Kreistag der Kreisgemeinschaft Neidenburg gewählt und begann damit seine aktive Arbeitszeit für die Heimat Ostpreußen. Szepenek übernahm die Arbeit als Bezirksvertrauensmann für seinen Amtsbezirk Muschaken. Über die Ämter des Zweiten Stellvertretenden und des Ersten Stellvertretenden Kreisvertreters wurde er im Jahre 2006 zum Kreisvertreter für seinen Heimatkreis Neidenburg gewählt.

Aufgrund der Initiative von Jürgen Szepanek finden die Neidenburger Heimattreffen nicht durchgehend in der Patenstadt Bochum, sondern an wechselnden Orten mit Bezug zu Ostpreußen statt: 2008 und 2014 in Lüneburg, 2010 in Friedland und 2012 in Ellingen. Ein weiterer Höhepunkt ist im Jahre 2016 das Treffen in Berenbostel, einem Ortsteil von Garbsen bei Hannover. Dort hängt in einem separaten Glockenturm der Evangelisch-lutherischen Silvanusgemeinde die ehemalige Glokke aus der evangelischen Kirche in Neidenburg, die über den sogenannten Glockenfriedhof in Hamburg im Jahre 1968 nach Berenbostel gekommen war. Mit den genannten Heimattreffen der Jahre 2008 bis 2016 hat Jürgen Szepanek einen Beitrag dazu geleistet, das Wissen um Ostpreußen in die Öffentlichkeit zu tragen.

Zum 60-jährigen Jubiläum der Patenschaft Bochum-Neidenburg wurde federführend von Jürgen Szepanek eine kleine Broschüre herausgegeben. Hierin sind ab der Patenschaftsübernahme 1953 alle Bochumer Oberbürgermeister und Oberstadtdirektoren sowie Neidenburgs Kreisälteste, Kreisvertreter und andere Funktionsträger aufgeführt. Es ist ein Nachschlageheft, das nicht nur gegenwärtigen, sondern auch späteren Amtsinhabern hilfreich sein wird.

2008 holte Jürgen Szepanek die Ausstellung „Ostpreußens

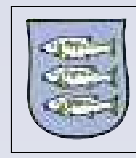
Heimatkreisgemeinschaften
Fortsetzung auf Seite 18

Burgen vom Orangemaler





Nach einer Einführung von Manuel Ruoff in die Zeit des Deutschordensstaates (oben) stellte Reinhard Bergmann (rechts) sich, seinen Malstil und seine Gemälde vor Bilder (2): Eichler



Rund 30 Gemälde umfasst die Ausstellung „Burgen des Deutschen Ordens“, die bis einschließlich 19. November im Ausstellungsraum des Heimatmuseums der Kreisgemeinschaft Lötzen zu sehen ist. Rund 30 Personen waren es auch, die der Einladung zur Ausstellungseröffnung am 20. August gefolgt waren.

Nach einigen einleitenden launigen Begrüßungsworten des Ehepaares Eichler, die für die Kreisgemeinschaft und das Heimatmuseum die Gastgeberrolle übernahmen, führte der *PAZ*-Redakteur und Historiker Dr. Manuel Ruoff in die Zeit ein, in der die dargestellten Burgen entstanden. Er bot einen Überblick über die Geschichte des Deutschen Ordens von den Anfängen bis zum Ende des Deutschordensstaates und des Mittelalters. Thematische Schwerpunkte bildeten dabei Ursachen für Aufstieg und Niedergang des Deutschordensstaates sowie Parallelen zwischen dem Ordensstaat und Preußen.

Im Anschluss an diese Einführung erhielt die Hauptperson dieses Nachmittags das Wort, der Künstler, der all die ausgestellten Bilder erschaffen hat. Sympathisch, bescheiden und alles andere als überkandidelt stellte Reinhard Bergmann sich und seinen Stil vor. Seine Biografie erklärt manches von seinem Malstil. So hat der 1950 in Warnemünde geborene Mitteldeutsche Bauwesen studiert. Das macht verständlich, dass die Objekte sehr idealtypisch dargestellt sind. Die Gemälde wirken stellenweise wie kolorierte Bauzeichnungen, erinnern manchen an Prospekte, in denen projektierte Bauvorhaben für Bauherren, Kunden oder die Öffentlichkeit plastisch visualisiert werden. Bei solchen Darstellungen sind Menschen Staffage und auch in den Burgenbildern von Bergmann spielen Lebewesen kaum eine Rolle.

Eine Ausnahme stellt ein schwarzer Hund dar, der auf dem einen oder anderen Bild zu sehen ist Bergmann lieferte in seinem kleinen Vortrag die Erklärung. Er malt grundsätzlich nur Burgen, die er selber in Augenschein genommen hat, und wenn sein schwarzer Schäferhund bei dem Burgenbesuch dabei war, dann ist er auch auf dem entsprechenden Bild zu sehen.

Auskunft gab Bergmann in seinen Worten auch darüber, wie er zum „Orangemaler“ wurde. Noch zu DDR-Zeiten hatte es den Norddeutschen in ein Weinanbaugebiet im Süden des Staates verschlagen. Dabei verspürte er einen Gegensatz zwischen kalten Blautönen an der Ostseeküste und warmen Orangetönen an seinem neuen Wohn- und Wirkungsort. Diese warmen Orangetöne prägen inzwischen das Malwerk des Künstlers. Und so wie das Land, wo die Zitronen blüh'n, seit Generationen das Volk der Dichter und Denker anzieht, wirken auch die Bilder des „Orangemalers“ anziehend auf so manchen fröstelnden Norddeutschen.

Den Höhepunkt der Veranstaltung stellte zweifellos die den Worten des Künstlers folgende Enthüllung dar. Schon die ganze Zeit über hatte im Raum ein verhülltes Bild auf einer Staffelei gestanden. Nun war es nach vorne gebracht worden, und nachdem der Künstler sein Einverständnis erklärt hatte, wurde es von Ute Eichler vor den Augen des Publikums enthüllt. Zum Vorschein kam eine Darstellung des Lötzener Schlosses. Für die Lötzener hatte Reinhard Bergmann eine Ausnahme gemacht und eine Motiv gemalt, das er noch nicht in natura gesehen hatte. Eine historischen Ansichtskarte aus der Zeit zwischen der Jahrhundertwende und dem Ersten Weltkrieg musste diesmal aushelfen. So ergab sich gleich das Thema, welchen Zeitpunkt der Entwicklung des Schlosses das Gemälde denn darstellt und was sich seitdem bis zum heutigen Tage geändert hat. Anschließend standen Bergmann wie auch Ruoff im zwanglosen Gespräch für weitere Auskünfte zur Verfügung. *PAZ*

Heimatkreisgemeinschaften
Fortsetzung von Seite 17

Landwirtschaft“ nach deren Präsentation in Berlin in einen historischen Turm an seinem jetzigen Wohnort. Wenn bei anderen Präsentationen in diesem Gebäude 30 bis 40 Personen erschienen, so waren es hier rund 100 Besucher. Ebenso wurde diese Ausstellung beim Heimattreffen 2009 in Bochum gezeigt.

2014 hielt der Kreisvertreter ebenfalls an seinem Wohnort einen Vortrag „Von Ostpreußen an den Niederrhein“. In dem mit 80 Personen vollbesetzten Gemeinderaum begleitend Vor- und Nachkriegsfotos gezeigt und zu zehn Punkten von der Flucht bis zum durch berufliche Versetzung nun aktuellen Wohnort Stellung genommen. Des Weiteren wurden die Aktivitäten der Patenschaften zwischen den ehemaligen ostdeutschen Kreisen und Städten mit ihren Patenschaftsträgern dargelegt. Der Vortrag fand viele anerkennende Worte. Anlässlich der Flucht und der Vertreibung vor 70 Jahren erschien im März 2015 ein größerer, bebilderter Artikel in der „Rheinischen Post“. Grundlage hierfür war der ein Jahr zuvor gehaltene Vortrag des Kreisvertreters.

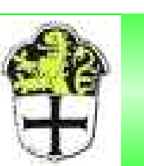
Viel Wert legt Jürgen Szepanek auf den Besuch von zahlreichen deutschstämmigen Personen beziehungsweise Familien an ihren heutigen Wohnorten im Kreisgebiet Neidenburg. Diese Kontakte zu pflegen, die Bruderhilfemittel auszuzahlen und sich mit den Angehörigen der Deutschen Minderheit über Sorgen und Nöte auszutauschen, ist dem Neidenburger Kreisvertreter eine Herzensangelegenheit.

Für seine Verdienste wurde Jürgen Szepanek bereits im Jahre 2000 mit dem Silbernen Ehrenzeichen der Landsmannschaft Ostpreußen ausgezeichnet. 2009 erhielt er während der Feierlichkeiten zum 15. Jahrestag der Gründung des Deutschen Vereins in Neidenburg vom polnischen Landrat eine Medaille, die anlässlich des zehnjährigen Bestehens des neuen Kreisgebietes herausgegeben und nur in einer sehr kleinen Auflage geprägt wurde.

In Würdigung seiner außergewöhnlichen Leistungen und seines vielfältigen Einsatzes für Ostpreußen verleiht die Landsmannschaft Ostpreußen Herrn Jürgen Szepanek das Goldene Ehrenzeichen. *Ulrich Pokraka*



Neidenburg: Ulrich Pokraka überreicht die Ehrenurkunde an Jürgen Szepanek Bild: Günther Ernst



PREUSSISCH EYLAU

Kreisvertreterin: Evelyn v. Borries, Tucherweg 80, 40724 Hilden, Telefon (02103) 64759, Fax: (02103) 23068, E-Mail: evborries@gmx.net. Kartei, Buchversand und Preußisch Eylauer-Heimatmuseum im Kreishaus Verden/Aller Lindhooper Straße 67, 27283 Verden/Aller, E-Mail: preussisch-eylau@landkreis-verden.de, Internet: www.preussisch-eylau.de. Unser Büro in Verden ist nur noch unregelmäßig besetzt. Bitte wenden Sie sich direkt an die Kreisvertreterin Evelyn v. Borries, Telefon: (02103) 64759 oder Fax: (02103) 23068, E-Mail: evborries@gmx.net

Liebe Kreis-Preußisch-Eylauer ...

... nur noch wenige Tage trennen uns von unserem Kreistreffen in Verden am 17. und 18. September. Allein der Vortrag über die Glanzlichter der Natur Ostpreußens lohnt das Kommen. Dr. Hinkelmann vom Ostpreußischen Landesmuseum Lüneburg wird uns dazu in Wort und Bild am Sonnabend, um 17 Uhr, im Niedersachsenhof berichten. Ostpreußen weist eine Vielfalt an Landschaften auf, die seit jeher auch stark vom Menschen genutzt wurden. Als Überschussgebiet versorgte es dichter besiedelte Gebiete mit Fleisch, Getreide, Fisch und – „Tilsiter“. Die Landwirtschaft stand in Organisation, Technik und Ertrag an der Spitze Deutschlands. Glanzlichter der Naturkunde, deren Ergebnisse bis heute nachwirken, sind auch die Pferdezucht und die Vogelzugforschung. Der Welt größtes Bernsteinvorkommen lag – und liegt – in Ostpreußen.

Übrigens war das Zehlaubruch im Kreis Preußisch Eylau – das einzige noch lebende und weiterwachsende Seeklima-Hochmoor in Deutschland – schon im Jahr 1910 zum Naturschutzgebiet erklärt worden.

Verabreden Sie sich mit Ihren Freunden und Verwandten schon am Sonnabendvormittag zur Besichtigung des Preußisch-Eylau-Museums im Verdener Kreishaus und am Nachmittag zum gemütlichen Kaffee-Treff im benachbarten Hotel Niedersachsenhof sowie bei Interesse dort anschließend zum Referat von Irmi Gegner-Sünkler über Wege und Möglichkeiten der Familienforschung. Sie hat sich in den letzten 17 Jahren ein umfassendes Wissen über die zum Teil nur noch rudimentär vorhandenen Unterlagen und die einschlägigen Archive verschafft, gerade auch, was den Kreis Preußisch Eylau betrifft.

Das Kreistreffen bietet also jedem etwas.



Rößel: Auch im Lichtbildvortrag zu sehen ist dieses Bld von Ilse, der Tochter der Kinopioniere Bild: Privat

RÖSSEL

Kreisvertreter (komm.): Paul Thiel, Haydnstraße 23, 66333 Völklingen, Telefon (06898) 25327. Redaktion Rößeler Heimatbote: Gisela Heese-Greve, 23562 Lübeck, Tel. (0451) 58249090.

Herzliche ...

... Einladung zum 33. Hauptkreistreffen am 17. und 18. September. Es findet statt im Berufsbildungszentrum in 41460 Neuss, Hammfelddamm 2. Beginn ist am Sonnabend um 11.30 Uhr mit der Ordentlichen Kreisratssitzung Die Sitzung ist öffentlich, Gäste herzlich willkommen! Das weitere Programm:

14.30 Uhr: „Das Paradies und der Krieg“ – Multimedia-Lesung mit Bildern, Filmausschnitten und Musik aus der biografischen Trilogie Kinokinder (1909–1945) von Gisela Heese, Redakteurin des Rößeler Heimatboten. Sie erzählt von den Bischofsburger Kino-Pionieren Emil und Frieda Laurenz, von einer Liebe im Krieg und der Flucht der ältesten Tochter Ilse.

Ab 17.30 Uhr bunter Heimatabend mit Tanz, Tombola und einem Überraschungsgast.

Sonntag, 18. September

10.30 Uhr: Ermländische Heilige Messe, zelebriert von Domherr André Schmeier in der Kirche der Augustinerinnen, Augustinusstraße 46 (Fünf Gehminuten entfernt).

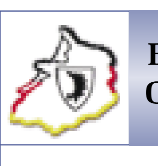
12 Uhr: Festakt im Berufsbildungszentrum (siehe oben) mit dem Festvortrag „Bischof Andreas Thiel und sein Gedenkstein in Balden“ von Domherr André Schmeier, Seelsorger der Deutschen Minderheit im Kreis Rößel; mit vielen Ehrengästen. Umrahmt wird die Feierstunde durch das Männerquartett Düsseldorf von 1896 unter der Leitung von Wolfgang Thiel.

Am Nachmittag ist Zeit für Begegnungen, Treffen, Gespräche „Schabbern und Plachandern“. Ende des Treffens gegen 17 Uhr.

Mit heimatlichen Grüßen

Paul Thiel, Kreisvertreter, und Egbert Neubauer, stellvertretender Kreisvertreter, 41462 Neuss, Nordparkweg 29, Telefon (02131) 569408.

LANDSMANNSCHAFTLICHE ARBEIT LANDESGRUPPEN



BUND JUNGES OSTPREUSSEN

Vorsitzender: Marius Jungk, Gst.: Buchtstr. 4, 22087 Hamburg, Tel.: (040) 4140080, E-Post: kontakt@junge-ostpreussen.de, www.junge-ostpreussen.de.

Freitag, 30. September, bis Montag, 3. Oktober, Bad Honnef: BJO-Herbstseminar und BJO-Bundestreffen. Thema des Seminars: „150 Jahre Deutscher Krieg – Preußen und Österreich in Geschichte und Gegenwart“. Weitere Informationen: www.facebook.com/events/032910313418878/2



BADEN-WÜRTTEMBERG

Vors.: Uta Lüttich, Feuerbacher Weg 108, 70192 Stuttgart, Telefon und Fax (0711) 854093, Geschäftsstelle: Haus der Heimat, Schloßstraße 92, 70176 Stuttgart, Tel. und Fax (0711) 6336980.

Landesgruppe – Sonnabend, 17. September, 10 Uhr, Hotel Wartburg, Langestraße 49, Stuttgart: Landesdelegiertentagung mit Berichten aus der Arbeit des Landesvorstands, Kassenbericht, Entlastung und Wahl des Vorstands. Damit die Delegiertentagung mit Wahl ordnungsgemäß durchgeführt werden kann, werden die Gruppenvorsitzenden um vollzähliges Erscheinen, beziehungsweise um Entsenden eines Delegierten aus ihren Gruppen gebeten. Die Tagung endet um zirka 13 Uhr mit dem gemeinsamen Mittagessen.

– Landeskulturtagung –

Sonnabend, 17. und Sonntag, 18. September, Hotel Wartburg: Landeskulturtagung. Am Sonnabend beginnt die Veranstaltung um 14 Uhr mit einem Vortrag von Dr. Christiane Mais, Leitende Ministerialrätin im Innenministerium von Baden-Württemberg. Das Thema wird die „Kulturförderung des Landes“ sein. Dazu Uta Lüttich, Vorsitzende der Landsmannschaft Ostpreußen in Baden-Württemberg: „71 Jahre nach Kriegsende ist es für uns von existenzieller Bedeutung, wie wir unseren kulturellen Auftrag auch in Zukunft wahrnehmen können, nachdem die Kulturmittel nach Paragraf 96 BVFG immer wieder gekürzt werden.“

Im Anschluss an den Vortrag von Christiane Mais ist Gelegenheit für eine Diskussion. Danach wird Ulla Gehm, Landeskulturreferentin der LO, einen bebilderten Vortrag über Dom und Schloss von Königsberg halten. Der kulturelle Heimatabend beginnt um 19 Uhr mit Sketchen und Vertellchen der Teilnehmer. Am Klavier: Ralph Demski.

Am Tag darauf wird die Kulturtagung mit einem „Wort zum Sonntag“ von Irma Barraud, Vorsitzende LOW-Lahr, fortgesetzt. Anschließend berichtet die zweite Landesvorsitzende Rosemarie S. Winkler, LOW Buchen, über ihre letzten Reisen in die Heimat.

Um 10.36 Uhr Abfahrt U2 Berliner Platz/Liederhalle zur Gedenkfeier am Vertriebenendenkmal im Kurpark Bad Cannstatt. Beginn ist um 11 Uhr. Die Ansprache hält Hans-Werner Schwalke, LM Westpreußen. Danach um 11.50 Uhr Rückfahrt und Mittagessen im Hotel Wartburg. Die Kulturtagung endet gegen 13.30 Uhr.

– Tag der Heimat –

Sonntag, 18. September, 14 Uhr, Liederhalle: Tag der Heimat. Festredner ist Innenminister Thomas Strobl. Bitte bringen Sie Ihr Ost- oder Westpreußenkleid beziehungsweise Ihre Weste mit, damit wir als Ost-/Westpreußengruppe in Tracht beim Einmarsch der Trachtenträger teilnehmen können. Anmeldungen bei Uta Lüttich, Feuerbacher Weg 108, 70192 Stuttgart.

Buchen – Vom 19. bis 23. September organisiert die Kreisgruppe einen Ferienaufenthalt für Mitglieder und Gäste in Pfronten im Allgäu. Übernachtet wird in einem Haus mit mehreren Appartements. Zum Programm gehören Erkundungsfahrten in die alpenländische Umgebung, theaterbesuche und Liederabende. Weitere Informationen: R.S. Winkler, Telefon (06281) 8137.

Heidelberg – Sonntag, 25. September, 15 Uhr, Marriott-Hotel, Vangerowstraße 16: Der BdV und die Landsmannschaften treffen sich zum Tag der Heimat.

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung auf Seite 19

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung von Seite 18

Ludwigsburg – Montag, 19. September, 15 Uhr, Kronenstuben, Kronenstraße 2: Stammtisch.



BAYERN

Vorsitzender: Friedrich-Wilhelm Böld, Telefon (0821) 517826, Fax (0821) 3451425, Heilig-Grab-Gasse 3, 86150 Augsburg, E-Mail: info@low-bayern.de, Internet: www.low-bayern.de.

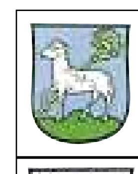
Altmühlfranken – Freitag, 30. September, 19 Uhr, Saal, Gasthof „Krone“, Gunzenhausen: Heimatliches Essen mit Pommerscher Kartoffelsupp, anschließend Vortrag von Edith Richter über „bedeutende Pommern“.

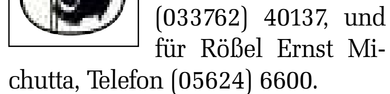
Nürnberg – Dienstag, 27. September, 15 Uhr, Haus der Heimat, Imbuschstraße 1 (gegenüber der Endstation der U1), Nürnberg-Langwasser: Gemeinsames Treffen zum Thema „Johann Gottfried Herder, ein großer Ostpreuße aus Mohrungen“.



BERLIN

Vorsitzender: Rüdiger Jakesch, Geschäftsstelle: Forckenbeckstraße 1, 14199, Berlin, Telefon (030) 2547345, E-Mail: info@bdv-bln.de, Internet: www.ostpreussen-berlin.de. Geschäftszeit: Donnerstag von 14 Uhr bis 16 Uhr Außerhalb der Geschäftszeit: Marianne Becker, Telefon (030) 7712354.





Heilsberg, Rößel – 24. September, 15 Uhr, Seniorenfreizeitstätte Maria-Rimkus-Haus, Gallwitzallee 53: Erntedankfeier. Anfragen: Erika Hakbarth, Telefon (033762) 40137, und für Rößel Ernst Michutta, Telefon (05624) 6600.



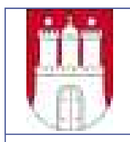
BREMEN

Vorsitzender: Helmut Gutzeit, Telefon (0421) 25 09 29, Fax (0421) 25 01 88, Hodenberger Straße 39 b, 28355 Bremen. Stellvertrende Vorsitzende: Marita Jachens-Paul, Ratiborer Straße 48, 27578 Bremerhaven, Telefon (0471) 86176. Landesgeschäftsführer: Jörg Schulz, Am Anjes Moor 4, 27628 Uthlede, Telefon (04296) 74 77 01.

Bremerhaven – Freitag, 23. September, 14.30 Uhr, Ernst- Barlach-Haus: Kulturnachmittag zum Thema „Erntedank“.

– Zum Vormerken –

Das 90. Stiftungsfest am 13. Oktober, ab 13 Uhr, ebenfalls im Ernst-Barlach-Haus findet diesmal ausnahmsweise auf einen Donnerstag statt. Wegen der Vorbereitungen ist eine Anmeldung unbedingt erforderlich!



HAMBURG

Erster Vorsitzender: Hartmut Klingbeutel, Haus der Heimat, Teilfeld 8, 20459 Hamburg, Tel.: (040) 444993, Mobiltelefon (0170) 3102815. 2. Vorsitzender: Manfred Samel, Friedrich-Ebert-Straße 69 b, 22459 Hamburg, Telefon/Fax (040) 587585, E-Mail: manfred-samel@hamburg.de.

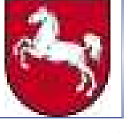
KREISGRUPPEN

Insterburg, Sensburg – Die Heimatkreisgruppe trifft sich jeden ersten Mittwoch im Monat zum Singen und einem kulturellen Programm um 12 Uhr, Hotel Zum Zeppelin, Frohmestraße 123–125. Kontakt: Manfred Samel, Friedrich-Ebert-Straße 69b, 22459 Hamburg. Telefon/Fax (040) 587585, E-Mail: manfred-samel@hamburg.de.

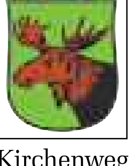


Heiligenbeil – Sonnabend, 24. September, 14 Uhr, AWO-Seniorentreff, 1. Etage, Stadtteilhaus Horner Freiheit, Am Gojenboom 46: Herbstfest. Die Mitglieder der Gruppe wollen mit ihren Freunden und Gästen bei Kaffee und Kuchen in geselliger Runde einige fröhliche und besinnliche Stunden miteinander verbringen. Sie erreichen den Seniorentreff mit der U2 Richtung Mümmelmannsberg, oder U4 Richtung Billstedt, beides bis Horner Rennbahn, hier den Ausgang Am Gojenboom benutzen, direkt daneben ist das Stadtteilhaus. Für Rollatoren und Rollstuhlfahrer gibt es einen Fahrstuhl, der zum Einkaufszentrum hinauf führt, hier sind es dann einige Minuten Fußweg bis zum Ziel. Anmeldung bis zum 23. September bei Landsmann Konrad Wien, Telefon (040) 32049041, Kostenbeitrag für Kuchen und Kaffee fünf Euro.

Achtung!
Neuer Ort, neuer Termin



Elchniederung – Dienstag, 27. September, 14 Uhr, Berenberg-Gossler-Haus, Niendorfer Kirchenweg 17, 22459 Hamburg: Die Gruppe trifft sich zur herbstlichen Kaffeetafel mit anschließenden Erinnerungen an den heimatlichen Altweibersommer und das Ende der Erntezeit. Da das Haus Lackemann geschlossen hat, findet das Treffen an einem neuen Ort statt. Er ist gut zu erreichen über die U-Bahn-Linie U2 und über mehrere Buslinien bis zur Haltestelle Niendorf. Rückfragen bei Helga Bergner, Telefon (040) 5226122.



Alle auf den Seiten »Glückwünsche« und »Heimatarbeit« abgedruckten Berichte und Terminankündigungen werden auch ins Internet gestellt. Eine Zusendung entspricht somit auch einer Einverständniserklärung!



HESSEN

Vorsitzender: Ulrich Bonk, Stellvertretender Vorsitzender: Gerhard Schröder, Engelmühlenweg 3, 64367 Mühltal, Telefon (06151) 148788

Darmstadt/Dieburg – Sonnabend, 17. September, 15 Uhr, Luise-Büchner-Haus/Bürgerhaus am See, Grundstraße 10, Kranichstein: „Das Glück hat Flügel“ – Bildvortrag von Karla Weyland über Kraniche. Auch Nichtmitglieder und Gäste sind immer gerne gesehen.

Wiesbaden – Sonnabend, 1. Oktober, 15 Uhr, Haus der Heimat, Großer Saal, Friedrichstraße 35: heimatlich-besinnliche Erntedankfeier mit Kaffeetafel und Verlosung der Erntegaben. Wer durch Sach- oder Geldspenden mithelfen möchte, den Erntetisch zu bereichern, teile dies bitte den Vorstandsmitgliedern Helga Kukwa, Telefon (0611) 373521 oder Irmgard Steffen, Telefon (0611) 844938 mit.

NIEDERSACHSEN

Vorsitzende: Dr. Barbara Loeffke, Alter Hessenweg 13, 21335 Lüneburg, Telefon (04131) 42684. Schriftführer und Schatzmeister: Gerhard Schulz, Bahnhofstraße 30b, 31275 Lehrte, Telefon (05132) 4920. Bezirksgruppe Lüneburg: Manfred Kirrinnis, Wittinger Straße 122, 29223 Celle, Telefon (05141) 931770. Bezirksgruppe Braunschweig: Fritz Folger, Sommerlust 26, 38118 Braunschweig, Telefon (0531) 2 509377. Bezirksgruppe Weser-Ems: Otto v. Below, Neuen Kamp 22, 49584 Fürstenau, Telefon (05901) 2968.

Osnabrück – Dienstag, 20. September, 16.30 Uhr, Hotel Ibis, Blumenhaller Weg 152: Kegeln. – Donnerstag, 29. September, 15 Uhr, Gaststätte Bürgerbräu, Blumenhaller Weg 43: Literaturkreis. Sonntag, 2. Oktober, 15 Uhr, Parkhotel Osnabrück: Erntedanknachmittag. Anmeldungen bis zum 23. September bei Else Tober, Telefon 1393614 oder Barbara Kleine, Telefon 74282.



NORDRHEIN-WESTFALEN

Vorsitzender: Jürgen Zauner, Geschäftsstelle: Buchenring 21, 59929 Brilon, Tel. (02964) 1037, Fax (02964) 945459, E-Mail: Geschaeft@Ostpreussen-NRW.de, Internet: www.Ostpreussen-NRW.de

Bonn – Sonnabend, 17. September, 16 Uhr, St. Remigiuskirche, Brüdergasse: Ökumenischer Gottesdienst. – Sonntag, 18. September, 11 Uhr, Münsterplatz: Ostdeutscher Markttag zum Tag der Heimat. – Dienstag, 27. September, 14 Uhr, Nachbarschaftszentrum Brüser Berg, Fahrenheitstraße 49: Treffen des Frauenkreises

Dortmund – Montag, 21. September, 14.30 Uhr, Heimatstube, Landgrafenschule (Eingang Märkische Straße): Gemeinsames Treffen.

Köln – Dienstag, 20. September, 14.30 Uhr, Bürgerzentrum Köln-Deutz, Tempelstraße 41-43: Versammlung der Ostpreußenrunde.

Neuss – Sonntag, 2. Oktober, 15 Uhr (Einlass ab 14 Uhr), Marienhaus, Kapitelstraße 36: „Erntedankfest“ der Ostpreußen mit Gedichten, Liedern und Tanz unter der Erntekrone.

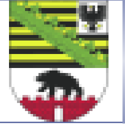
Remscheid – Sonnabend, 24. September, 15 Uhr, „mk“-Hotel, Bismarckstraße 39 (gegenüber Hauptbahnhof): Die Kreisgruppe feiert ihr 65-jähriges Bestehen. Herzlich eingeladen sind die Landsleute und Freunde, insbesondere diejenigen aus der Umgebung von Remscheid, Solingen und Wuppertal. Die Feierstunde wird durch die Mitwirkung einer Pianistin, einer Harfenistin sowie des Ostpreußenchores bestimmt zu einem bleibenden schönen Erlebnis. Dr. E. Mathiak wurde gebeten, die Festansprache zu halten. Anmeldungen bei Frau I. Beeck. Telefon (021291) 51103.

Siegen – Sonntag, 18. September, 14.30 Uhr, Bismarckhalle, Weidenau: 67. Tag der Heimat des BdV-Kreisverbandes Siegen. Bereits am Freitag, 16. September, um 17.30 Uhr findet die Kranzniederlegung am Ostdeutschen Mahnmal im Garten des Oberen Schlosses in Siegen statt.

RHEINLAND-PFALZ

Vors.: Dr. Wolfgang Thüne, Wormser Straße 22, 55276 Oppenheim.

Mainz/Stadt – Sonnabend, 1. Oktober, 15 Uhr, Mundus Residenz, Große Bleiche 44, 55116 Mainz: Erntedankfest. Gaben für den Erntetisch werden gern entgegengenommen.



SACHSEN-ANHALT

Vors.: Michael Gründling, Große Bauhausstraße 1, 06108 Halle, Telefon privat (0345) 2080680.

Magdeburg – Dienstag, 20. September, 13 Uhr, Immermannstraße: Treffen der Stickerchen. – Freitag, 23. September, 16 Uhr, TuS Zielitzer Straße: Singekreis

Gardelegen – Freitag, 30. September, 14 Uhr: Glaswerkbesichtigung oder Buchlesung aus „Das geheime Leben der Bäume“.



SCHLESWIG-HOLSTEIN

Vors.: Edmund Ferner, Julius-Wichmann-Weg 19, 23769 Burg auf Fehmarn, Telefon (04371) 8888939, E-Mail: birgit@kreil.info

Flensburg – Sonntag 2. Oktober, 10 Uhr Kirche St. Michael: Erntedankfest mit Pastor Sander. Anmeldungen bis eine Woche zuvor an Telefon (0461) 74816.

Malente – Freitag, 16. September, 15 Uhr, Malenter „Gerüchteküche“, Bahnhofstraße 13A: Vortrag von Edmund Ferner.

Kreuzworträtsel:

gebündelter Energiestrom; Töpfermaterial; falsche Auffassung; lieber, wahrscheinlicher; mildern, erleichtern; Fluss zur Rhone; eine Naturwissenschaft; ein Lebewesen; student. Organisation (Abk.); Laubbaum; gepflegt, sauber; hübsch; landwirtschaftlicher Betrieb; Tagesabschnitt; Rand eines Gewässers; Rahm; fetthaltiger Teil der Milch; schuldbeladen; widerwillig; Nadelbaum, Taxus; besitzanzeigendes Fürwort; Fuge, längliche Vertiefung; Gefährdung; Abendkleid; hinunter, abwärts; Zuckerrohrbranntwein; bayerisch, österreichisch: Alm; pflichtgemäß überreichen; Klaue, Tatze; Gebäudeteil, Zimmer; südamerikanischer Strauch; nordische Sprache; Überstürzung, Eile; Bratensaft, Tunke; Gebirge zwischen Europa u. Asien; Ansteckungskrankheit; ebenfalls; Abenteurer des Meeres; Entwurf; wissenschaftl. Arbeit; römische Göttin der Morgenröte; ungehobelte männliche Person; Selbstsucht; Luftverdichter im Motor (Kzw.); Verpackungsgewicht; Schutzherr; Schutzheiliger; griechischer Buchstabe; bedrohlich brummen (Hund); Ort auf Föhr; Staat in Nahost; Fußspur; Geliebte des Leander; Stirnschmuck des Hirsches; süddeutsch: Lohn, Gehalt; abwertend: Feigling; großartig, hervorragend; dänische Stadt auf Fünen; Technik: Verbindungsstück; Handmähgerät; Honigbienen züchten; Übervorteilung im Preis; Hauptschlagader; dt. TV-Moderator (Alfred); darauf, danach; Fahrzeug; amerik.-engl. Dichter (T. S.); Steigen und Fallen des Wassers; gerade dort, genau dort; schwierige Lage (ugs.); Beifall; Umgebung, Milieu; Natur; persönl. Geheimnummer (Abk.); vermuten; irgendjemand; eindrucksvoll; Zahlstelle; Nervenzentrum; Norm, Richtschnur; zart, sanft; Bruder Jakobs im A. T.; Stuhlteil; altägyptischer Königstitel; Schluss; Würde, Ansehen; Sitzbereich im Theater; Vorname Eulenspiegels; Drüsenabsonderung; Fremdwortteil: unter; Unterhaltsbeiträge; Zeichen für Kilogramm; franz. weiblicher Artikel; bibl. Stammvater (Arche); Gewürz-, Heilpflanze; radioaktives Schwermetall; chem. Zeichen für Lutetium; glänzend, glitzernd; Handwerker (Fenster); Dotter

PAZ16_37

So ist's richtig:



Diagonalrätsel: 1. Benimm, 2. Portal, 3. Livree, 4. Eroica, 5. Anlass, 6. Eremit – Bovist, Marone

Kreiskette: 1. Nation, 2. Abitur, 3. Sparta, 4. Lassie, 5. Klient – Naturtalent

Sudoku:

Sudoku

			2	1		9	7	
9		6		8				
4			5				2	
						2		8
2	4						9	5
6		1						
	6				4			2
				7		5		9
	7	4		2	1			

Lösen Sie das japanische Zahlenrätsel: Füllen Sie die Felder so aus, dass jede waagerechte Zeile, jede senkrechte Spalte und jedes Quadrat aus 3 mal 3 Kästchen die Zahlen 1 bis 9 nur je einmal enthält. Es gibt nur eine richtige Lösung!

Diagonalrätsel

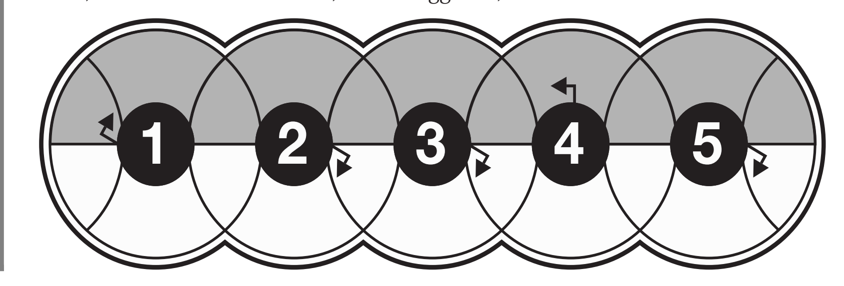
Wenn Sie die Wörter nachstehender Bedeutungen waagerecht in das Diagramm eingetragen haben, ergeben die beiden Diagonalen einen Pilz und eine Edelkastanie.

1 Betragen, Verhalten (ugs.)
2 Prachteingang
3 uniformartige Dienstkleidung
4 Sinfonie Beethovens
5 Grund, Ursache
6 Einsiedler, Klausner

Kreiskette

Die Wörter beginnen im Pfeilfeld und laufen in Pfeilrichtung um das Zahlenfeld herum. Wenn Sie alles richtig gemacht haben, nennen die elf Felder in der oberen Figurenhälfte ein Wort für eine außergewöhnliche Begabung.

1 Volk, politische Gemeinschaft, 2 höherer Schulabschluss, 3 altgriechische Stadt, 4 berühmter Filmhund, 5 Auftraggeber, Mandant



»So ein magischer Moment«

Auch Michael Pauls neuer Roman wird in Ostpreußen spielen – Davor stand eine spannende Spurensuche in Königsberg

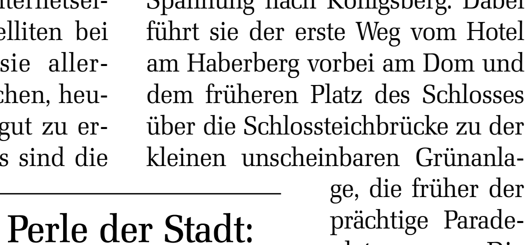
Eine Reise nach Königsberg ist für viele eine Reise in die Heimat, die eigene Jugend, die Vergangenheit der Eltern oder Großeltern und zu den Wurzeln der Familie. Ganz andere, außergewöhnliche Motive hatte der Schriftsteller Michael Paul („Wimmerholz“) aus dem baden-württembergischen Lahr.

Mit Königsberg direkt verbindet mich nur, dass mein Großvater dort Soldat war und beim Fall Königsbergs in russische Gefangenschaft geriet“, verrät er im Gespräch. „Als großem Musiker hat ihm die Musik damals das Leben gerettet und so wurde dies auch ein zentrales Motiv meines ersten Romans Wimmerholz, der zum Teil in Königsberg spielt. Bei der intensiven Recherche über die Stadt und den vielen Gesprächen mit Zeitzeugen habe ich mich regelrecht in das alte Königsberg verliebt“, sagt er. So war dem Autor schnell klar, dass auch sein zweiter Roman in dieser Stadt spielen musste. Rund um das Thema Bücherverbrennung 1933 fand er die perfekte Kulisse, das „Haus der Bücher“ von Gräfe und Unzer am damaligen Paradeplatz. Die seinerzeit größte Buchhandlung Europas war eine Perle der Stadt und hat den Autor bald schon in seinen Träumen verfolgt. „Ich bin nächtelang durch die herrlichen Räume der Buchhandlung geschlendert, habe mit den Buchhändlern gesprochen und andere verrückte Dinge getan.“

Unterstützung bekam er beim Verlag Gräfe und Unzer, heute Deutschlands führender Ratgeberverlag, neu gestartet nach dem Krieg mit Sitz in München. Jan Wiesemann, Vertriebsleiter des Verlages, zeichnet dort für die Firmenhistorie des immerhin schon 1722 gegründeten Unternehmens verantwortlich. Er war schnell begeistert von dem Vorhaben Pauls, einen Roman in dem alten Stammhaus des Verlages anzusiedeln. Bei gemeinsamen Recherchen im Firmenarchiv stießen sie auf zwei erstaunliche Hinweise.

Zunächst war in der Festschrift zum 200-jährigen Jubiläum von 1922 die Rede von einem Haus in Rauschen, das der Verleger gestiftet hatte, damit seine Mitarbeiter dort mit ihren Familien Urlaubstage verbringen konnten. Für die damalige Zeit sicher sehr ungewöhnlich und sozial. Außer einem einzigen Satz gab es nichts, keine weiteren Hinweise, Dokumente oder gar Fotos. Der zweite Hinweis regte die Fantasie des Autors an, der seine Geschichte ohnehin 1933 spielen lassen wollte, dem Jahr der Machtergreifung, aber auch der Bücherverbrennung. Er fand den Hinweis, dass der damalige Verleger und Mitarbeiter trotz Verbot der Nazis auch weiterhin Bücher der „schwarzen Liste“ unter dem Ladentisch an Stammkunden verkauft hat und so Bücher zum Beispiel von Thomas Mann vor dem Feuer gerettet hat. Ein passendes Motiv für den neuen Roman war damit gefunden.

Doch der Gedanke an das geheimnisvolle Haus in Rauschen ließ die beiden Männer nicht mehr los und so beschlossen sie, nach diesem Haus zu suchen. Gemeinsam begannen sie mit Recherchen, sammelten Dokumente, Karten, Hinweise und studierten unzählige Bücher und Internetseiten. Der Blick vom Satelliten bei Google-Earth brachte sie allerdings nicht weiter. Rauschen, heute Svetlogorsk, ist zwar gut zu erkennen, aber wie damals sind die alten Häuser weit verstreut zwischen starkem, altem Baumbestand. Unter dem grünen Blätterdach lässt sich wenig erkennen.


Perle der Stadt: Das Haus der Bücher

Der Kontakte zu alten Ostpreußen helfen weiter. Der Autor erzählt: „Vier Tage vor unserm Flug erhielten wir über die Kreisgemeinschaft Fischhausen einen wertvollen Hinweis.“ Das war tatsächlich die gesuchte heiße Spur.

Ende August fliegen Paul und Wiesemann schließlich voller Spannung nach Königsberg. Dabei führt sie der erste Weg vom Hotel am Haberberg vorbei am Dom und dem früheren Platz des Schlosses über die Schlossteichbrücke zu der kleinen unscheinbaren Grünanlage, die früher der prächtige Paradeplatz war. Die akribische Analyse von Luftaufnahmen, Karten und Fotos hatte zuvor schon gezeigt, dass der Platz heute deutlich kleiner ist als früher und von hässlichen, heruntergekommen Plattenbauten umgeben. „Da hatte ich schon ein sehr mulmiges Gefühl im Bauch, da zu stehen, wo früher unser wunderschönes Stammhaus des Verlages stand“, beschreibt Wiesemann seine Empfindungen. „Das war so ein magischer Moment, bei dem man das Gefühl hat, zur falschen Zeit am richtigen Ort zu sein“, ergänzt Paul.



Oben: Autor Michael Paul Links: Gräfe und Unzer in Königsberg am Paradeplatz. Damals die größte Buchhandlung Europas Bilder: privat

21 Kilometer sind die beiden an dem Tag durch die Stadt gelaufen, zum Nordbahnhof, am Oberteich entlang und bis nach Maraunenhof, wo Paul eine große verlassene Villa findet, die auch Originalkulisse in seinem Roman sein wird. „Unglaublich war das! In meinem Konzept hatte ich zuvor genau so eine Villa nur wenige Hausnummern daneben angesiedelt, sogar auch in gelb. Ich habe Fotos ohne Ende gemacht“, berichtet der Autor begeistert. „Später habe ich über Kontakte in Facebook sogar viel über die Geschichte und die damaligen Eigentümer des Hauses erfahren. Zeitweise betrieben die Gutsbesitzer auch ein Tabakgeschäft am Paradeplatz, nur wenige Häuser neben der Buchhandlung.“

Doch das größte Geheimnis gilt es noch zu lüften. Und so geht es zwei Tage später auf nach Rauschen. Paul hatte herausgefunden, dass das Haus später scheinbar noch von den Baptisten genutzt worden war. „Das war aufregend wie eine Schatzsuche“, beschreibt er seine Gefühle, als sie vom Bahnhof „Rauschen-Ort“ ausgehend in die Gegend oberhalb des Mühlteichs kommen, wo das Haus stand. Der erste Eindruck ist allerdings ernüchternd. Paul: „Wir sahen nur Wald, Wiesen und einen Bauzaun aus rostigem Wellblech.“

Ihnen wird klar, dass sie zu weit südlich sind und die Häuser entlang der früheren Herrmannstraße wohl nicht mehr stehen. Der Wald hatte sich das Gelände zurückerobert. Fündig werden sie dennoch: Zwischen Büschen und Bäumen lässt sich das Fundament des früheren Ferienheims erkennen. Kellerwände und mit Badfließen beklebte Wandreste sind zu sehen.

„Wir waren schon enttäuscht, aber immerhin hatten wir es gefunden“, sagt Paul. Für den Schriftsteller ist es in diesem Augenblick eine doppelte Enttäuschung: „Anders als bei der Villa in Maraunenhof fehlte mir so auch eine wichtige Kulisse für den Roman.“

Das Örtchen Rauschen bleibt ihm allerdings nichts schuldig: Im Lerchenpark entdecken die Zeitreisenden eine andere wunderschöne kleine Villa im historischen Stil mit einem romantischen Türmchen und herrlichen Erkern. Bis vor ein paar Jahren beherbergte es wohl eine Bibliothek. „Wie passend, oder?“, lacht Paul. Genauso stellt er sich das ursprüngliche Haus vor. Es wird im seinem Roman eine wichtige Rolle spielen.

Damit endete die aufregende Suche nach dem geheimnisvollen Ferienheim, sozusagen dem „kleinen Haus der Bücher“ an diesem Abend nach drei Monaten intensiver Arbeit für die beiden Schatzsucher an der Strandpromenade mit einem kühlen Bierchen der Marke „Ostmark“ und der Erkenntnis, dass man die Zeit, auch wenn man es sich wünscht, nicht immer zurückdrehen kann.

Zwei Tage später trafen sie Arno Surminski in der Bernsteinstadt Palmnicken und besuchten gemeinsam das Massaker-Denkmal am Strand. „Es war aufregend, an diesem emotionalen Ort direkt von den Erfahrungen eines so bekannten und erfolgreichen Schriftstellers profitieren zu können. Mit etwas Glück wird mein nächster Roman ein Vorwort von ihm bekommen. Das war ein unvergesslicher Nachmittag“, berichtet Paul. Erst kürzlich wurde Arno Surminski für sein Schaffen mit dem Bundesverdienstkreuz ausgezeichnet. Voller neuer Erkenntnisse und Eindrücke flog der Autor nach acht Tagen wieder zurück in den Schwarzwald, wo er mit seiner Familie lebt.

Mittlerweile ist das Rohmanuskript des Romans fertig, im Korrektorat und Lektorat wird gearbeitet und eine Literaturagentin spricht mit interessierten Verlagen. „Die Verlagswelt ist nicht die Schnellste“, flachst der Autor. Anfang 2017 soll das Buch herauskommen und Spannendes erzählen vom „Haus der Bücher“. Wer bis dahin etwas von Michael Paul lesen möchte, findet seinen Debütroman „Wimmerholz“, erschienen bei tredition, bei allen Buchhandlungen und Online-Shops. Unseren Lesern macht der Autor ein besonderes Angebot: Wer das Hardcover direkt über seine Internetseite bestellt, bekommt eine Ausgabe mit persönlicher Widmung: www.michael-paul.eu

Franziska Schehrmann



Die gelbe Villa in Marauenenhof: Steingewordene Autorenphantasie und als Romankulisse bestens geeignet



Der Paradeplatz heute: Im Hintergrund die Universität

Lachen und wundern

Dittchenbühne: Premiere für »Der Fluch des Bernsteinzimmers«

Ein Symbol, ein Mythos wie der Heilige Gral sei das Bernsteinzimmer, findet Maria von Bismarck. Eine Krimikommödie, in der es um genau jenen sagenumwobenen Raum geht, hat die 57-jährige Schauspielerin („Ein Fall für Zwei“) und Regisseurin jetzt für die Elmshorner Dittchenbühne inszeniert. Anfang September hatte sie Premiere. Noch bis Ende des Jahres steht es auf dem Bühnenplan.

Das Stück zeige letztlich die Gier der Menschen nach Schätzen und ihre Bereitschaft, dafür auch über Leichen zu gehen, erläutert die Regisseurin. Es gehe darum, wie sich Menschen in Extremsituationen verhalten. Dabei bietet die mordlüsterne Schatzsuche den Zuschauer ziemlich vergügliche Theaterunterhaltung. Maria von Bismarck über das Stück von Dittchenbühnen-Chef Raimar Neufeldt: „Erstens macht es Spaß, es sich anzuschauen. Zweitens gibt es einen Aktualitätsbezug, über den man sich wundern wird. Drittens handelt es sich um einen Krimi, der bis zur letzten Szene voller Spannung steckt. Und viertens ist dieser Krimi extrem komödiantisch.“

Weitere Informationen: Forum Baltikum – Dittchenbühne, Hermann-Sudermann-Allee 50, 25335 Elmshorn, Telefon (04121) 89710, Internet www.dittchenbuehne.de



Theaterregisseurin Maria von Bismarck Bild: Forum Baltikum

Lesen und staunen

Neue Broschüre zur Wehrarchitektur in Preußens Ostprovinzen

Wenn Reisende die Weichsel ostwärts überqueren, sind sie meist fasziniert von den staunenswerten Bauten der Vergangenheit wie Burgen, Schlössern und Kirchen. Bei genauem Hinsehen finden sich außerdem zahlreiche Befestigungsanlagen vom 18. Jahrhundert bis in die Mitte des 20. Jahrhunderts. Diese Hinterlassenschaften aus Stein und auch Beton sind bedeutende Zeugnisse einer bewegten Geschichte.

Mehr darüber ist jetzt in einer 64-seitigen, mehrfarbigen Broschüre zu erfahren. Detailliert beschreibt sie die Wehrarchitektur Preußens. Erschienen im Eigenverlag des Kulturzentrums Ostpreußen in Ellingen ist sie das Begleitheft zur Ausstellung „Geschichte aus Stein und Beton, Befestigungen zwischen Weichsel und Memel 1700 – 1945“. Es enthält einen Überblick über die geschichtliche Entwicklung der Festungen in den preußischen Ostprovinzen. Aber auch die Brükkenköpfe in Dirschau, Münsterwalde, Kulm und Fordon sowie die Weichselbatterien, die Frisching-Deime-Stellung, die Heilsberger und die Drewenz-Stellung, die Lötzener Feldstellung und die Ortelsburger Waldstellung finden umfangreiche Erwähnung.

Die historische Ausarbeitung zeigt, dass sich die Festungen in den Napoleonischen Kriegen bewährt haben und teilweise im Ersten Weltkrieg große militärische Bedeutung hatten. Der Roten Armee im Jahre 1945 waren sie dann allerdings nicht mehr gewachsen.

Das Heft „Geschichte aus Stein und Beton, Befestigungen zwischen Weichsel und Memel 1700 – 1945“ erschien mit Unterstützung des Förderkreises „Ostpreußisches Jagdmuseum – Hans-Ludwig-Loeffke Gedächtnisvereinigung“. Es kann zum Preis von acht Euro zuzüglich Porto und Verpackung bezogen werden bei: Kulturzentrum Ostpreußen, Schloßstraße 9, 91792 Ellingen, Telefon (09141) 86440 oder info@kulturzentrum-ostpreussen.de.

M. Fritsche

Eine Stadt ist voll im Bilde

Wenn in Köln die weltgrößte Fotomesse »photokina« stattfindet, lächelt die ganze Domstadt mit Ausstellungen in die Kameras

Alle zwei Jahre wird Köln zum Foto-Mekka. Neben der weltgrößten Fotomesse „photokina“, die diesmal vom 20. bis 25. September läuft, zeigen viele Kölner Museen Bilder bedeutender Fotografen. Daneben stellen Nachwuchskünstler ihre Werke an über 100 Orten in der Stadt aus.

Unter dem Motto „Die grenzenlose Welt des Imaging“ präsentieren auf der „photokina“ mehr als 1000 Aussteller aus über 40 Ländern ihre Produkte, Werke und Dienstleistungen rund ums Thema Foto und Video. Erwartet werden rund 180000 gewerbliche und private Messebesucher. Die meisten wollen die neuesten Produkte der Fotoindustrie sehen, ausprobieren und bestellen.

Schon früh, seit den Anfängen der „photokina“, entstand die Idee, die kommerzielle Messe mit den vielen Foto-Interessierten für ein nichtkommerzielles Rahmenprogramm zu nutzen.

So initiierte bereits 1950 – damals fand die erste „photokina“ statt – der Kölner Fotograf Leo Fritz Gruber die „Bilderschauen“ als künstlerisches Begleitprogramm zur Messe. Die bis 1980 von ihm organisierten Schauen sind zur Legende geworden. Weltbekannte Fotokünstler wie Man Ray, August Sander und Erich Salomon fanden hier eine Plattform, um ihre Werke einem größeren Publikum zu zeigen.

Die „photokina“ zeigt über das ganze Messegelände verteilt auch zahlreiche Bilderausstellungen. Das Themenspektrum reicht von beeindruckenden Natur- und Tierfotografien von Jim Brandenburg, einem Fotografen der Zeitschrift „National Geographic“, über Bilder eines Braut-Foto-Wettbewerbs bis hin zu bewegenden Fotos, die von der UN-Kinderhilfsorganisation Unicef ausgewählt wurden.

Auch die besten Bilder von Europas größtem Amateur-Fotowettbewerb „Blende“, sind dabei. Jährlich gehen über 80000 Bildeinsendungen ein. Die eingereichten Aufnahmen der „Blende“-Fotografen sind Zeitzeugnisse von großem dokumentarischen Wert. Der Wettbewerb soll Menschen motivieren, selbst zur Kamera zu greifen und Augenblicke oder Situationen ihres Lebens festzuhalten, bevor sie vergangen sind. Klar, der Wettbewerb wird von der Fotoindustrie ideell und finanziell unterstützt – sorgt er doch für stetige Kundschaft und Käufer für deren Angebote an Kameras, Zubehör und Fotolabor-Arbeiten.

Um die an der Fotografie interessierten Messebesucher bemühen sich dann auch viele große Kölner Museen. Foto(grafen)ausstellungen häufen sich auffallend im September dieses Jahres. So zeigt das Museum Ludwig, das in diesem Jahr 40 Jahre alt wird (siehe *PAZ* vom 2. September), mit „Master of Beauty“ die mondänen Bildwelten des Fotografen Karl Schenker, der Frauen aus der Oberschicht um 1910 bis 1930 abbildete („Master of Beauty. Karl Schenkers mondäne Bildwelten“ läuft bis zum 8. Januar 2017).



Bild: Kölnmesse

Einen Augenblick des Lebens auf der „photokina“ festgehalten: „Selfies“ sind nicht nur mit Smartphones möglich

Im Käthe-Kollwitz-Museum am Neumarkt sind Fotos der Dortmunder Fotografin Anneliese Kretschmer zu sehen: „Entdekkungen, Photographien 1922–1975“. Kretschmer fotografierte Künstler, Industrielle, Arbeiter und Bauern. Und immer wieder Kinder. Ein Teil der Bilder ist eine Leihgabe des Essener Folkwang-Museums. Die meisten Fotos wurden noch nie öffentlich gezeigt (16. September bis 27. November).

Zwar gab es zur Römerzeit noch keine Foto- oder Videogeräte, doch widmet sich auch das Römisch-Germanische Museum, direkt neben dem Dom und dem Museum Ludwig gelegen, im September der Fotokunst. „Via Appia – Fotografien von Martin Claßen“ heißt die Ausstellung, die vom 24. September bis 11. Dezember zu sehen ist. Die Via Appia führte von Rom zum Mittelmeerhafen Brindisi. Gebaut wurde die 540 Kilometer lange Fernstraße ab dem Jahr 312 v. Chr. Der Kölner Fotograf Martin Claßen hat die Via Appia Antica mit seiner analogen Kamera bereist und Stationen der Straße in beeindruckenden Schwarz-Weiß- und Farb-Fotografien festgehalten.

Bunt und vielfältig präsentiert sich auch die internationale Fotografenszene mit dem „Photoszene-Festival Köln“. Anders als bei den großen Museen gibt es nicht nur eine Adresse für die Fotoausstellungen, sondern mehr als 100 Orte, verteilt über die ganze Stadt, an denen über 400 Fotokünstler und Fotografen ihre Werke zeigen.

Zum Beispiel im „Petersburger Raum für Kunst“ in der nördlichen Altstadt. Hier greift eine Fotografengruppe das Thema „Grenzwertig“ auf. Der Name „Petersburger Raum“ hängt mit der Präsentation der Bilder zusammen: Wie in der berühmten Eremitage in St. Petersburg werden die Fotos über- und nebeneinander aufgehängt und beeindrucken den Betrachter zuallererst durch die vollgefüllten Wände, die zum Verweilen herausfordern.

Zum Beispiel auf einigen „Kunstsäulen“, die im Stadtgebiet aufgestellt sind. Dort zeigt der Berliner Künstler Simon Menner witzige Aufnahmen von Stasi-Mitarbeitern in Verkleidung aus der Serie „From a Disguise Seminar“ (Von einem Verkleidungs-Seminar). Die Agenten wurden damals mit Sonnenbrille, Perücke und so weiter ausstaffiert, um möglichst unauffällig Überwachungen durchzuführen.

Zum Beispiel in den „Kunsträumen der Michael Horbach Stiftung“ in der südlichen Altstadt. Hier zeigt die ehemalige RAF-Aktivistin Astrid Proll aus ihrem Buch „Hans und Grete“ private Aufnahmen von Andreas Baader, Gudrun Ensslin und Ulrike Meinhof aus den 1960er und 1970er Jahren. Sie sollen als „Gegenbild“ zu den damals veröffentlichten Presse- und Fahndungsfotos der Polizei verstanden werden.

Übrigens: Der Name der Fotomesse „photokina“ ist ein Kunstwort, das aus den Begriffen „Photo“ und „Kino“ zusammengestellt wurde. Das Kino war in den Nachkriegsjahren, also auch im Gründungsjahr 1950, wie das Foto ein bedeutendes Massenmedium, das mit Bildern arbeitete. Fernsehen und Video waren damals noch nicht verbreitet.

Und ob von „Fotografie“ oder „Photographie“ die Rede ist, ist Geschmackssache. Der bekannte Regisseur und Fotograf Wim Wenders jedenfalls erstellte „Photographien“ – mit ph. Das war ihm wichtig. *Siegfried Schmidtke*

Pücklers Wassermusik

Im Park von Schloss Babelsberg laufen die Wasserspiele wieder

Bei prächtigem Kaiserwetter im Schlosspark Babelsberg freute sich Kulturstaatsministerin Monika Grütters: „Jetzt kann man Pücklers Wassermusik wieder lauschen.“ Nach Dach- und Hüllensanierung der einstigen Sommerresidenz Wilhelms I. und seiner Gemahlin Augusta im vergangenen Jahr sind nun ebenfalls die das Schloss umgebenden Terrassen und die Wasserspiele detailgetreu restauriert.

Auf der Porzellanterrasse des Schlosses sprudelt kraftvoll der Städtebrunnen, so als sei dieses Brünnlein in den letzten 100 Jahren nie versiegt. Der um 1863 in Gestalt einer gotischen Fiale errichtete Brunnen war ein Geschenk der Dombauhütte Köln als Dank für die Bemühungen Friedrich Wilhelms IV. und Wilhelms I. um die Vollendung des Kölner Doms. Exotisch bepflanzte Blumenbeete, teilweise goldgefasst, lenken die Blicke zu prachtvollen Blumenrabatten im Park.

Ein Königsreiher aus Bronze im Goldenen Rosengarten verschafft sich Abkühlung durch eine Wasserfontäne aus seinem Schnabel. Ganz nah die Gotische Fontäne aus schwarzem Kunststein, die nebelnasse Wassergarben in die Sommerhitze sprüht. Fünf Brunnen und drei Wasserfälle sind wieder in Betrieb. Hinzu kommt das bis dato trockengelegte sogenannte Schwarze Meer, das einige 100 Meter vom Schloss entfernt im Park liegt. Es ist ein 2500 Quadratmeter großer künstlicher See mit vier Inseln.

„Zum ersten Mal seit Kriegs- und Mauerzeit erlebt man wieder die Pracht dieses Schlosses, das wie kein anderes für Preußen, Deutschland als Nationalstaat, das Deutsche Reich nach 1870/71 steht und auch für Krieg und Teilung“, betonte der Generaldirektor der Stiftung Preußische Schlösser und Gärten (SPSG), Hartmut Dorgerloh, bei der Einweihung.

Wer heute in diesem seit 1990 zum Weltkulturerbe gehörenden Schlosspark lustwandelt, ahnt kaum, welcher Ödnis man hier nach der „Wende“ gegenüberstand. Die innerdeutsche Grenze ließ es die DDR-Machthaber nötig erscheinen, den von den beiden Gartenkünstlern Peter Joseph Lenné und Hermann Fürst Pückler-Muskau angelegten Landschaftspark vollends zu vernichten. Berghänge wurden planiert, Bäume gerodet und Pflanzengifte eingesetzt, damit es freie Schusslinien gegen „Republikflüchtlinge“ gab. Die deutsch-deutsche Grenze trennte genau hier die beiden deutschen Staaten.

Hat wieder fließendes Wasser im Park: Schloss Babelsberg Bild: Friedrich

Nur am Verstummen der Wassermusik Pücklers hatte das DDR-Regime keinen Anteil. Die zahlreichen Wasserspiele wurden schon am Ende der Monarchie 1918 stillgelegt. Somit hat kein heute lebender Besucher sich bisher an diesem Gartenkunstwerk erfreuen können. Aus dem 155 Millionen betragenden Sonderinvestitionsprogramm des Bundes und der Länder Berlin und Brandenburg zur Rettung bedeutender Denkmäler der Schlösserlandschaft hat die Schlösserstiftung rund sechs Millionen Euro ausgegeben. Weitere vier Millionen Euro sind nötig, um auch den Rest des Bewässerungssystems zu erneuern. *Silvia Friedrich*

Gott erhalt’s

Prosit Reinheitsgebot – Bayern und sein Bier

Bier und Bayern – das passt zusammen wie der Stau zur Ferienzeit. Anlässlich des Jahrestags des Reinheitsgebots, das vor genau 500 Jahren eingeführt wurde, wird vor allem in Ostbayern der großen Brau- und Biertradition gebührend Tribut gezollt. Aktuell geschieht das unter anderem mit der großen Landesausstellung „Bier in Bayern“ in Aldersbach im Passauer Land. In einer der ältesten Kulturlandschaften Bayerns gelegen, vereinen sich auch Bayerns schönste Seiten: Bier und Barock. Von Biermonopolen, Bierkrawallen und Bierpionieren bis zu Kleinodien der Brauereizünfte reicht die ganze Fülle dieser Ausstellung.

Ostbayern präsentiert seine Biertradition

Ausstellungsort ist das ehemalige Kloster Aldersbach. 1400 Quadratmeter Präsentationsfläche widmen sich bis 30. Oktober der Kulturgeschichte des bayerischen Bieres. Es ist Mythos und Markenzeichen und prägt das Bild Bayerns in der Welt. Themen der Ausstellung sind Wirtshauskultur, Klosterbrauereien und staatliche Brauhäuser. Moderne Medieninstallationen und Projektionen erzählen in der Darre, an der Braupfanne und anderen authentischen historischen Braueinrichtungen den Arbeitsalltag vergangener Zeiten. Natürlich gehört ein Festzelt in bayerischer Manier mit Brotzeiten und Bierausschank, zum Programm. Aber auch Konzerte, klassisch oder im modernen Heimatsound, Kabarett-Abende und Verkostungen von Bieren aus ganz Bayern umrahmen die Ausstellung (www.bierweltregion.de).

Noch bis zum 25. September läuft im Künzinger Museum Quintana die Ausstellung „7000 Jahre Bier und Wein“. Die Präsentation des im niederbayerischen Kreis Deggendorf gelegenen archäologischen Museums führt in sieben Themenbereichen durch die Entwicklung der Herstellung und die Kultur des Konsums von Bier und Wein und wird durch zahlreiche hochkarätige Ausstellungsobjekte bereichert (www.museum-quintana.de).

„Wer das Bier nicht kennt, weiß nicht, was gut ist!“, heißt es in einem Keilschrifttext des 3. Jahrtausends vor Christus aus Mesopotamien. Das Zitat beschreibt lebensnah, dass Bier in dieser Region schon in der Bronzezeit als alkoholisches Getränk hoch geschätzt wurde. Dort wie auch im alten Ägypten gehörten mehrere Krüge Bier zur regelhaften Entlohnung von Arbeitern. In unseren Breiten war Bier bei Kelten und Bajuwaren ein gern konsumiertes Getränk. Auch für die nördlichen Provinzen des Römischen Reiches sind die Produktion und der Konsum von Bier vielfältig belegt. *H. Tews*

Weitere Infos im Internet unter www.landesausstellung-bier.de

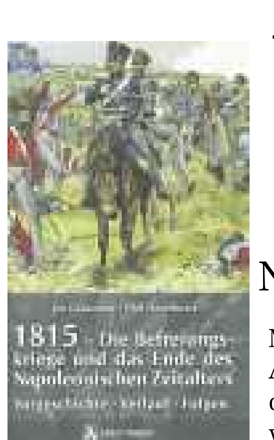
Ball und »Faust« in Buchwald

Das Deutsche Kulturforum östliches Europa lädt zum dritten Mal zu einem deutsch-polnischen Wochenende mit Parkführungen, Musik, Film, Vorträgen, Literatur und Ausstellungen nach Buchwald [Bukowiec] im niederschlesischen Hirschberger Tal ein. Buchwald ist besonders für seinen Landschaftspark bekannt, den Graf Friedrich Wilhelm von Reden nach englischen Vorbildern im 18. Jahrhundert anlegen ließ. Seine Frau Friederike, die ihn um fast 40 Jahre überlebte, setzte sein Werk fort. Der Park und seine künstlichen Ruinen und Bauwerke werden heute durch die polnische Stiftung Tal der Schlösser und Gärten erhalten, restauriert und mit Leben gefüllt.

Im Rahmen der diesjährigen Landpartie zur Gräfin von Reden am 17. und 18. September wird neben einem Kulturprogramm mit Vorträgen auf Deutsch und Polnisch sowie Filmvorführungen auch die Ausstellung „Meisterhaft wie selten einer …“ präsentiert. Aus Anlass des 150. Todestages des preußischen Landschaftsarchitekten Peter Joseph Lenné werden dessen Gärten von Schlesien bis Pommern, sein Leben und Wirken gewürdigt. Der Eintritt ist zu allen Veranstaltungen frei, darunter ein Konzert mit Arien aus Antoni Radziwills Oper „Faust“. Einzig für den Ball bei Gräfin von Reden müssen Karten für 80 Zloty (19 Euro) pro Person unter Telefon (0048) 757428501 oder (0048) 6036191-39 reserviert werden. Programm unter Telefon (0331) 200980 oder im Internet unter: www.kulturforum.info *tws*

Unbekanntes über 1815

Napoleons Fall neu beleuchtet



Mit dem Abschluss der Konvention von Tauroggen zwischen dem preußischen Generalleutnant von Yorck und seinem russischen Gegenpart von Diebitsch sowie dem nachfolgenden preußisch-russischen Vertrag von Kalisch vom Februar 1813 begannen die Befreiungskriege gegen Napoleon. Selbige dauerten bis zur finalen Niederlage des Kaisers in der Schlacht von Belle-Alliance (Waterloo) am 18. Juni 1815. Die Geschehnisse während dieser Zeit wie auch die Vorgeschichte ab dem Ausbruch der französischen Revolution von 1789 schildert das materialreiche Werk „1815 – Die Befreiungskriege und das Ende des Napoleonischen Zeitalters" von Olaf Haselhorst und Jan Ganschow.

Dabei betreiben die beiden Autoren eine recht sinnvolle Arbeitsteilung, indem der Historiker Haselhorst die mittlerweile freilich doch schon recht oft beschriebenen politisch-militärischen Ereignisse sowie die damalige Taktik und Waffentechnik behandelt, während der Jurist Ganschow die rechtlichen Aspekte der Befreiungskriege beleuchtet. Und das ist deutlich interessanter, weil dies noch nicht allzu viele vor ihm taten. So wird geschildert, welche Vorschriften für die Kriegführung es seinerzeit gab und welche ungeschriebenen Bräuche darüber hinaus galten, zum Beispiel hinsichtlich des Umgangs mit Gefangenen und der Zivilbevölkerung. Das Fazit der Ausführungen ist, dass nur wenige verbindliche Regeln existierten, was zu zahlreichen Gräueltaten führte. Beispielsweise wurden während der Befreiungskriege oft Verwundete und Gefangene niedergemacht.

Ein weiteres Kapitel widmet Ganschow dem Kunstraub durch Napoleon. Während über vergleichbare Aktionen der Nationalsozialisten im Zweiten Weltkrieg schon unendlich viel geschrieben wurde, hat bisher kaum jemand dargelegt, wie gründlich die Handlanger des korsischen Eroberers bei der Ausplünderung Europas vorgingen. So verschleppte alleine der frühere Diplomat Dominique-Vivant Denon 1020 Gemälde aus Norditalien, Spanien und Deutschland nach Frankreich. Dazu kamen Bücher und Statuen sowie alte Münzen und Schmuckstücke. Und selbst als Napoleon dann endlich gestürzt war, weigerte sich der neue französische König Ludwig XVIII., die „Kriegsbeute" wieder herauszugeben, weshalb schließlich preußische Soldaten in den Louvre einrückten und die geraubten Kunstwerke beschlagnahmten.

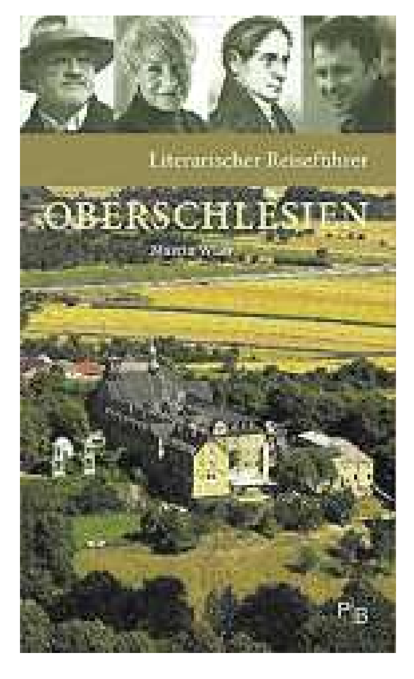
Authentizität durch umfangreiche Zitate

Das Buch bietet viele solcher Schilderungen vergleichsweise wenig oder gar nicht bekannter Ereignisse und ist alleine schon deshalb zu empfehlen. Sein Wert resultiert aber auch aus dem Umstand, dass es viele längere Zitate aus zeitgenössischen Quellen enthält, die ein sehr authentisches Bild von den damaligen Ereignissen zeichnen. Deshalb gibt es letztendlich nur einen nennenswerten Kritikpunkt, und das sind die ziemlich lieblose Bebilderung in Schwarz-Weiß sowie das fast völlige Fehlen von Kartenmaterial. Hier hätte der Verlag mehr aufbieten können, um ein stimmiges Gesamtpaket zu schnüren. *Wolfgang Kaufmann*

***Olaf Haselhorst/Jan Ganschow: „1815 – Die Befreiungskriege und das Ende des Napoleonischen Zeitalters. Vorgeschichte – Verlauf – Folgen"**, Ares Verlag, Graz 2015, gebunden, 488 Seiten, 29,90 Euro*

Ein anderer Reiseführer

Marcin Wiatr betrachtet Kunst und Kultur Oberschlesiens



Obwohl das kulturelle Erbe Oberschlesiens einschließlich vieler Denkmäler der Industriekultur nach und nach in neuem Glanz erstrahlt, nimmt das offizielle Polen noch immer nicht Abstand von der aus ideologischen Gründen verfälschten Darstellung der Geschichte der preußischen Provinz Oberschlesien bis 1945. Nach wie vor ist daher in Polen die Vorstellung weit verbreitet, dass in Oberschlesien eine polnische Bevölkerung ungeachtet der jahrhundertelangen Trennung vom Vaterland und trotz der Einwanderung der „fremden" Deutschen ihr Polentum durch Sprache und Sitten bewahrt habe.

Tatsächlich aber bekannte sich bei den letzten Volkszählungen des Landes nur eine Minderheit der Einwohner Schlesiens als Schlesier beziehungsweise Oberschlesier. Die Angehörigen der Deutschen Minderheit in Oberschlesien werden nach wie vor als „Autochtone" bezeichnet, aber nicht mehr diskriminiert. Die Literatur wirft Schlaglichter auf die Region und die regionale Identität: Einheimische und Fremde haben in den vergangenen Jahrhunderten ihre Eindrücke und Erinnerungen aus Oberschlesien schriftlich festgehalten. Deutsche und polnische Literatur über Oberschlesien, seine Menschen, Baudenkmäler und ökonomischen Zustände stehen im Mittelpunkt von Marcin Wiatrs ausgezeichnetem Werk „Literarischer Reiseführer Oberschlesien". Das ist eine attraktive und sinnvolle Verknüpfung, entstanden doch Kunst und Literatur aus dem wirtschaftlichen Erfolg der Region, welcher auf der Montan- und Schwerindustrie beruhte. „Fünf Touren durch das barocke, (post)industrielle, grüne, mystische Grenzland" kündigt der Untertitel an. Sämtliche Literaturzitate sind in deutscher Übersetzung wiedergegeben. Ungewöhnlich für einen polnischen Autor ist die durchgängige Nennung der deutschen Ortsnamen vor den heutigen polnischen, die in Klammern stehen.

Wiatr wurde 1975 in Gleiwitz geboren und ist ein hervorragender Kenner seiner oberschlesischen Heimat. Als Mitarbeiter des Braunschweiger Leibniz-Instituts für Schulbuchforschung forscht er über Bildungspolitik und Minderheitenfragen in ostmitteleuropäischen Grenzregionen.

Autor benutzt deutsche Ortsnamen

Neben bekannten Autoren und Persönlichkeiten wie Josef von Eichendorff, Gerhart Hauptmann, Isaak Eduard Schnitzer (später Emin Pascha), Arnold Zweig, Gottfried Bermann Fischer (Verlagsgründer) und Horst Eckert (Künstlername Janosch) begegnen dem Leser weniger bekannte und hierzulande gänzlich unbekannte Namen, was bei den meisten polnischen Autoren der Fall sein dürfte. Bis auf die Exkursion „Das grüne Oberschlesien" konzentrieren sich die Touren auf die großen Städte: Neiße und Oppeln, Gleiwitz, Zabrze/Hindenburg, Nickischschacht bei Kattowitz, Myslowitz, Kattowitz und Teschen.

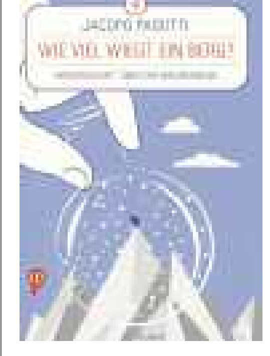
In seinen historischen Ausführungen berührt der Autor wiederholt die Nationalitäten-Problematik sowie die Sonderrolle, die Oberschlesien in sprachlicher und konfessioneller Hinsicht innerhalb der preußischen Monarchie einnahm. Herausstechend sind die zahlreich zitierten Berichte über die Zerrissenheit der Gesellschaft durch extremste soziale Gegensätze. Die 1770 einsetzende Industrialisierung brachte diese Gegensätze immer stärker hervor. „Zerfallene Hütten, von elenden, kranken Menschen bewohnt, neben prächtigen Schlössern und Industriepalästen, in denen Grundbesitzer und Millionäre lebten", notierte der Arzt und Schriftsteller Max Ring aus Zauditz [Sudice] in seinen Erinnerungen. Der in Gleiwitz geborene Gottfried Bermann Fischer erinnerte sich in: „Bedroht, bewahrt": „Das Geschäft der Destillateure blühte. Sonst kümmerte sich niemand um diese Arbeiter, die in den Industriewerken und Kohlegruben schufteten. Sie sprachen kaum Deutsch, untereinander ein mit deutschen Brocken durchsetztes Wasserpolnisch. In unerreichbaren Höhen lebten die Vertreter des Hochadels, die Henckel-Donnersmarck, Strachwitz, Radziwill und andere, die auf ihren unermesslich großen Gütern saßen. Sie waren die eigentlichen Herren des Landes."

Kurzbiografien der Autoren, Literaturverzeichnis und ein ausführliches Register sind als Anhang beigegeben. Eine Zeitleiste gibt einen Überblick über die Epochen und Ereignisse der Geschichte Oberschlesiens. *Dagmar Jestrzemski*

***Marcin Wiatr: „Reiseführer Oberschlesien. Fünf Touren durch das barocke, (post)industrielle, grüne, mystische Grenzland"**, Deutsches Kulturforum östliches Europa e.V., Potsdam 2016, broschiert, 424 Seiten, 19,80 Euro*

Gewichtiges über Berge

Der Wissenschaftsjournalist Jacopo Pasotti erklärt die Geologie der Erde



Selten sagt ein Titel so wenig über das Werk aus, wie „Wie viel wiegt ein Berg?" von Jacopo Pasotti. Eine einzige Frage wird hier gestellt. Dass diese Publikation zum Bersten angefüllt ist mit Informationen über die gesamte Geologie unseres Planeten, lässt die magere Frage nicht vermuten. Sehr ehrlich beginnt der Autor und Fotograf Pasotti, der für „National Geographic" und „Die Zeit" an Exkursionen nach Nepal sowie in die Arktis und Antarktis teilgenommen hat, mit einem Geständnis. Er habe sich als junger Student nur deshalb für Geologie eingetragen, weil er so immer draußen in den Bergen habe sein dürfen. Dachte er zumindest. Denn das, was ihm das Studium später offenbarte, hat ihn so sehr begeistert, dass er freiwillig über Büchern hockte und nächtelang in den Laboren den Geheimnissen unserer Erde auf der Spur blieb. Dieses Wissen versucht der Journalist, der 2011 mit dem Piazzano-Preis für Wissenschaftsjournalismus ausgezeichnet wurde, den Lesern auf leichte Art zu vermitteln. Mit dem Autoren nähert man sich den Gebirgsmassiven: Wie ist das eigentlich mit der Plattentektonik? Warum entstehen Gebirge und vor allem wie? Ganz gleich, welche Fragen rund um die Berge auftauchen, sie werden hier beantwortet. Zahlreiche Illustrationen machen das Gelesene anschaulich.

Hinterher ist einem die Welt der Gletscher ebenso vertraut wie das Tyrrhenische Becken im Süden Europas. Das heißt, das eher weniger, denn auch die Geologen stehen hier vor einem Rätsel. Denn es ist den Forschern bis heute nicht gelungen, die diversen Merkmale der dort vorkommenden Vulkane mit der Theorie der Plattentektonik zu erklären.

Dass unser Planet es genießt, sich zu erneuern, erfährt der Leser und dass das Matterhorn ein Stück Afrika ist, das sich auf den eurasischen Kontinent geschoben hat. Für alle, die Berge lieben, ihnen im wahrsten Sinne des Wortes schon immer mal auf den Grund gehen wollten, ist dieses Buch eine unterhaltsame Lektüre. Aber, auch für Schüler höherer Klassen, die sich den Erdkundeunterricht spannender gestalten möchten. Locker und leicht geschrieben, stellt es so manchen Unterricht in den Schatten. *Silvia Friedrich*

***Jacopo Pasotti: „Wie viel wiegt ein Berg?"**, Hoffmann und Campe Verlag, Hamburg 2015, broschiert, 208 Seiten, 16,99 Euro*

Wie Klimaerwärmung künstlich produziert wird

Günther Vogl deckt Manipulationen bei Messungen und die Indoktrination der Bevölkerung auf



Es gehört viel Mut dazu, sich wie David mit drei gigantischen Klimagurus zu messen, dem Ex-US-Vizepräsidenten Al Gore, dem Ex-Chef des Weltklimarats Pachauri, dem „Klimapapst" Schellnhuber, Chef des Potsdam-Instituts für Klimafolgenforschung. Vogl bekennt offen, kein „Klimawissenschaftler" zu sein, sondern Chemotechniker, der ein „funktionsfähiges Gehirn" besitze. Er wolle nicht gefallen, aber gegen ein Übel der Zeit ankämpfen, das da lautet: „Bequemes und konformes Mitschwimmen". Er schwimmt gegen den Strom, und das gibt dem Buch Brisanz.

Das Buch ist eingeteilt in drei Kapitel, „Das Aufwärmen", Die Fakten" und „Warum das alles?". Die Einführung endet mit den Sätzen: „Klimawandel gab es schon immer", aber „Es gibt keinen einzigen schlüssigen Beweis, dass der Mensch eine Klimakatastrophe verursacht. Es gibt allenfalls Szenarien. Die sind aber bislang dermaßen gescheitert, dass man sich dafür eigentlich schämen müsste." Doch dann schießt der Autor ein Eigentor, indem er sich bei der Definition des „Treibhauseffekts" auf den WWF, bei der von „Wetter und Klima" auf Wikipedia verließ. Mehrmals verwandte er die Aussage „Freispruch für CO_2", ohne das gleichnamige Buch, das vom Rezensenten 2002 publiziert wurde, erwähnt und gelesen zu haben. In die Spur zurück ging es bei der Behandlung von „Statistiken und Scheinkorrelationen". Das Verständnis erleichtern die vielen Grafiken, die auch sichtbar offenlegen, wo und wie vergangene Zeitreihen geschickt unter dem Vorwand der Korrektur manipuliert werden.

Danach wandte sich Vogl den Fakten zu. Wer erst einmal vor Augen geführt bekommt, wie historische Daten selektiert, adjustiert und korrigiert werden, kann nur staunen. Die Daten von Palma de Mallorca, die von 1880 bis 2010 noch im März 2010 eine deutliche Abkühlung aufwiesen, zeigten nach ihrer „Adjustierung" im Dezember 2012 eine ebenso starke Erwärmung. Hier tut sich ein Abgrund auf, der kaschiert wird mit dem Vorwand „Homogenisierung von Klimadaten". Fälschung wäre korrekt!

Vogl geht auch auf die Messungen und die Wahl der Messintervalle zur Berechnung der Tagesmitteltemperaturen ein. Ein Quecksilberthermometer in einer Wetterhütte ist nicht vergleichbar mit einem elektrischen Widerstandsthermometer in einer kleinen Kunststoff-Lamellenhütte. Sechsjährige Vergleichsmessungen auf dem Bundeswehr-Fliegerhorst Lechfeld ergaben eine mittlere Differenz von +0,93°C von „neu" gegen „alt". Die größte Tagesdifferenz betrug 6,4°C. Die globale Erwärmung von 1850 bis 2015 um +0,85°C löst sich in Nichts auf! Auch auf die Auswahl der Stationen kommt es an.

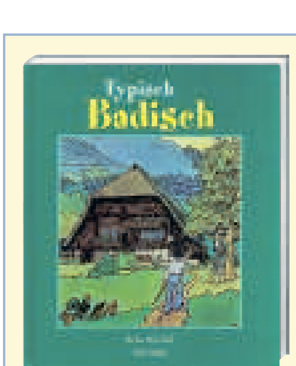
Jeder kennt den „Wärmeinselefekt". Er ist nur im Vergleich von Stadt und Umland erfassbar. Wurden im Jahr 1970 etwa 8500 ländliche Stationen zur Berechnung der mittleren Welttemperatur verwandt, waren es im Jahr 2000 nur noch 3000. Die Stadtstationen wurden nur von 3000 auf 1000 reduziert, so dass durch die unauffällige ungleiche Reduzierung auch hier „Erwärmung" produziert wurde. Die Reduktion der Stationen erfolgte mit dem Hinweis auf die flächendeckende Temperaturmessung von Satelliten. Die Ironie ist jedoch, dass die Satelliten keine „Erderwärmung" erkennen und so die „menschengemachte" Manipulation entlarven.

„Warum das alles?" Darum geht es im dritten Kapitel. Die erste Feststellung ist: Die Energiewende bringt nichts. Michael Limburg schildert die Geschichte der konstruierten Klimakatastrophe, angefangen mit der „Spiegel"-Story vom August 1986 mit dem Kölner Dom im Wasser. Hat die Dekarbonisierung mit der Bevölkerungsexplosion zu tun und gibt es einen Weg „von Malthus zur Ökodiktatur"? Wird uns deswegen der Verzehr von Fleisch und Milchprodukten ausgeredet, weil ihr Konsum das „Klima killt"?

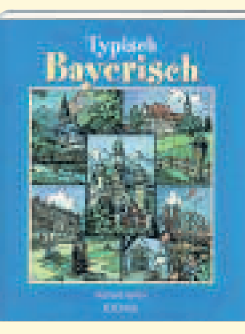
Einen Abschnitt widmet Günther Vogl speziell der „Indoktrination der Kinder", denn das „haben Diktaturen immer schon so gemacht". Nach erschreckenden Beispielen das Fazit: „Dieses massenhafte und vom Staat organisierte Verbreiten von Unwahrheiten schon in Kindergärten und Schulen hat mit dem eigentlichen Bildungsauftrag nichts mehr zu tun. Es ist pure Indoktrination."

Das Buch endet mit Immanuel Kant: „Benütze deinen eigenen Verstand und befreie dich aus deiner selbstverschuldeten Unmündigkeit." Gerade, weil es unkonventionell ist, ist das Buch so lesenswert, auch ob einiger eklatanter Fehler, deren schlimmster ist zu glauben, die Erde sei ein „Treibhaus". Jede Ideologie hat einen erdachten Grundpfeiler. Bei der Erwärmungshypothese ist es der „Treibhauseffekt". Er ist der Natur unbekannt, wie jede klare Sternennacht, egal wo auf der Erde, spürbar demonstriert. Was am Himmel wärmt, ist einzig und allein die Sonne. *Wolfgang Thüne*

***Günther Vogl: „Die erfundene Katastrophe. Ohne CO_2 in die Öko-Diktatur"**, Juwelen Der Verlag, Tönisvorst 2016, gebunden, 286 Seiten, 24,80 Euro*



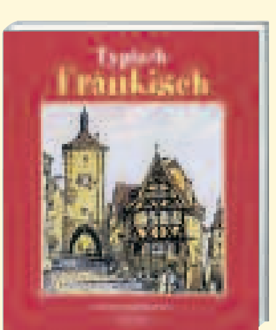
Heinz Bischof
Typisch Badisch
Typisch Badisch stellt in Geschichten, Gedichten und Liedern vor, was das Land und seine Menschen so liebenswert macht. 58 Abb. 192 Seiten/Gebunden
Nr. P 575396 7,95 €



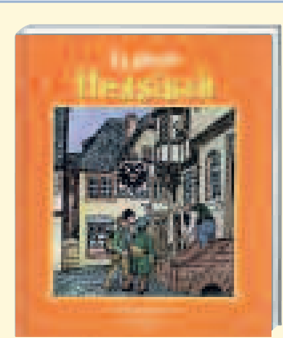
Richard Kerler
Typisch Bayerisch
Typisch Bayerisch stellt in Geschichten, Gedichten und Liedern vor, was das Land und seine Menschen so liebenswert macht. 10 Abb. 184 Seiten/Gebunden
Nr. P 575397 7,95 €



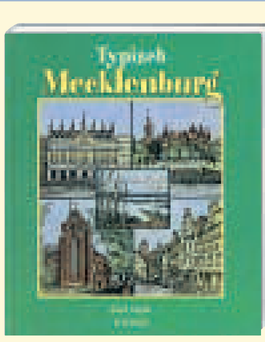
Hans-Ulrich Engel
Typisch Brandenburgisch
Typisch Brandenburgisch isch stellt in Geschichten, Gedichten und Liedern vor, was das Land und seine Menschen so liebenswert macht. 22 Abb. 168 S./Geb.
Nr. P 575398 7,95 €



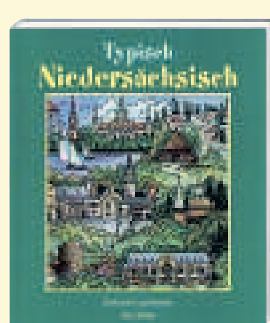
Werner Dettelbacher
Typisch Fränkisch
Typisch Fränkisch stellt in Geschichten, Gedichten und Liedern vor, was das Land und seine Menschen so liebenswert macht. 60 Abb. 184 Seiten/Gebunden
Nr. P 575399 7,95 €



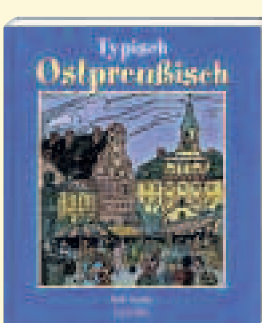
Herbert Heckmann
Typisch Hessisch
Typisch Hessisch stellt in Geschichten, Gedichten und Liedern vor, was das Land und seine Menschen so liebenswert macht. 36 Abb. 192 Seiten/Gebunden
Nr. P 575400 7,95 €



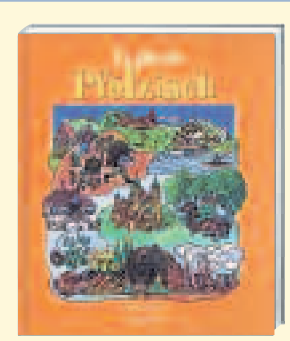
Gerd Lüpke
Typisch Mecklenburg
Typisch Mecklenburg stellt in Geschichten, Gedichten und Liedern vor, was das Land und seine Menschen so liebenswert macht. 20 Abb. 184 Seiten/Gebunden
Nr. P 575401 7,95 €



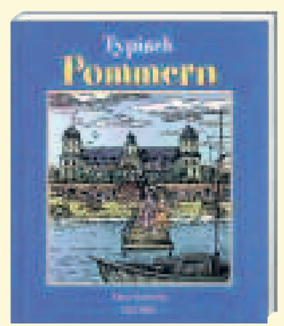
Richard Carstensen
Typisch Niedersächsisch
Typisch Niedersächsisch stellt in Geschichten, Gedichten und Liedern vor, was das Land und seine Menschen so liebenswert macht. 10 Abb. 176 Seiten/Gebunden
Nr. P 575402 7,95 €



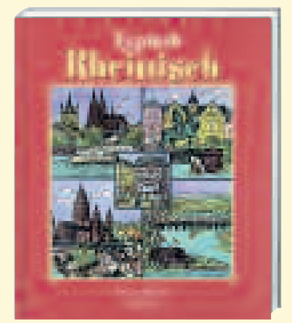
Ruth Geede
Typisch Ostpreußisch
Typisch Ostpreußisch stellt in Geschichten, Gedichten und Liedern vor, was das Land und seine Menschen so liebenswert macht. 15 Abbildungen. 200 S./Gebunden
Nr. P 575403 7,95 €



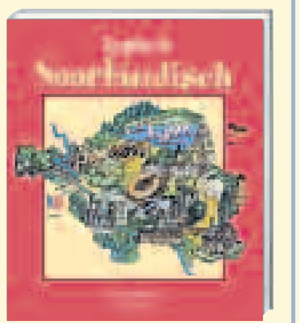
Hajo Knebel
Typisch Pfälzisch
Typisch Pfälzisch stellt in Geschichten, Gedichten und Liedern vor, was das Land und seine Menschen so liebenswert macht. 11 Abb. 192 Seiten/Gebunden
Nr. P 575404 7,95 €



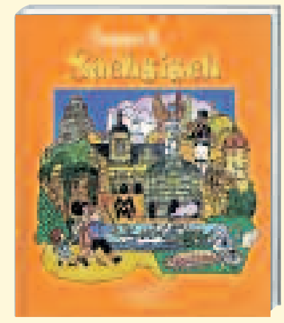
Klaus Granzow
Typisch Pommern
Typisch Pommern stellt in Geschichten, Gedichten und Liedern vor, was das Land und seine Menschen so liebenswert macht. 9 Abb. 192 Seiten/Gebunden
Nr. P 575405 7,95 €



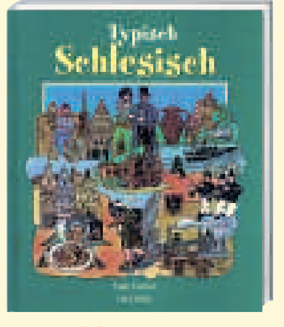
Werner Helmes
Typisch Rheinisch
Typisch Rheinisch stellt in Geschichten, Gedichten und Liedern vor, was das Land und seine Menschen so liebenswert macht. 25 Abb. 176 Seiten/Gebunden
Nr. P 575406 7,95 €



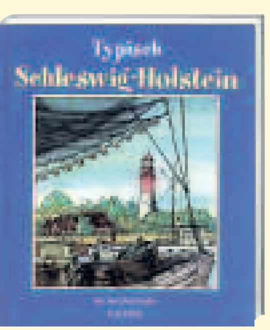
Gerhard Bungert
Typisch Saarländisch
Typisch Saarländisch stellt in Geschichten, Gedichten und Liedern vor, was das Land und seine Menschen so liebenswert macht. 7 Abb. 176 Seiten/Gebunden
Nr. P 575407 7,95 €



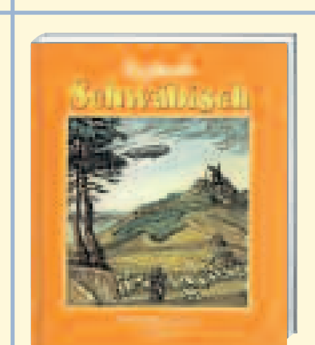
Wolfgang Erhardt Heinold
Typisch Sächsisch
Typisch Sächsisch stellt in Geschichten, Gedichten und Liedern vor, was das Land und seine Menschen so liebenswert macht. 30 Abb. 180 Seiten/Gebunden
Nr. P 575408 7,95 €



Hajo Knebel
Typisch Schlesisch
Typisch Schlesisch stellt in Geschichten, Gedichten und Liedern vor, was das Land und seine Menschen so liebenswert macht. 10 Abb. 192 Seiten/Gebunden
Nr. P 575409 7,95 €



Jan Herchenröder
Typisch Schleswig-Holstein
Typisch Schleswig-Holstein stellt in Geschichten, Gedichten und Liedern vor, was das Land und seine Menschen so liebenswert macht. 45 Abb. 176 S./Gebunden
Nr. P 575411 7,95 €

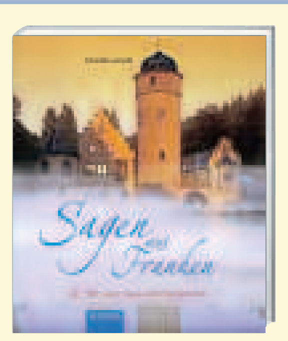


Heinz-Eugen Schramm
Typisch Schwäbisch
Typisch Schwäbisch stellt in Geschichten, Gedichten und Liedern vor, was das Land und seine Menschen so liebenswert macht. 40 Abb. 176 Seiten/Gebunden
Nr. P 575410 7,95 €

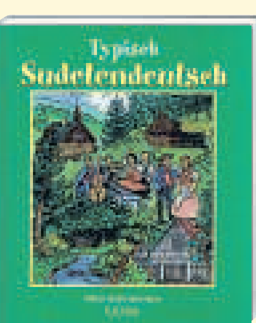


Ernst Wiechert
Wälder und Menchen
Eine Jugend in Ostpreußen
205 Seiten/Gebunden
Nr. P 533165 16,95 €

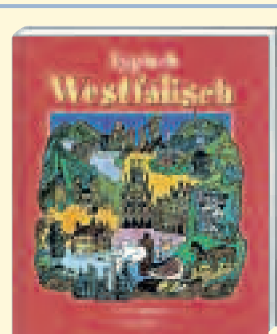
In eindringlicher und gleichzeitig zeitloser Weise beschreibt der Dichter seine glückliche Kindheit in einem einsam gelegenen Forsthaus mitten in den ausgedehnten Wäldern zwischen verschwiegenen Seen und geheimnisvollen Mooren seiner Heimat Ostpreußen. Erst im Schulalter lernt er die Geschäftigkeit der Stadt kennen. Dort beginnt sein neues Leben, geprägt vom menschlichen Miteinander und Gegeneinander welches er erst erlernen muss. Das alles wird überschattet von seiner Sehnsucht nach der Stille und der Majestät der Wälder seiner Heimat, die er mit ergreifenden Worten zu beschreiben versteht. Mit großer Liebe erzählt Ernst Wiechert und lässt uns an der Wanderung durch die Stätten und Jahre seiner Kindheit und Jugend teilnehmen.



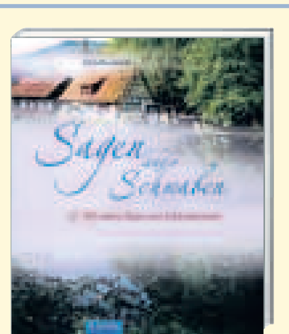
Ernst-Otto Luthardt
Sagen aus Franken
Das Besondere an dieser Ausgabe sind die den Sagen beigegebenen Informationen, die helfen, die Orte zu lokalisieren. 136 Seiten/Gebunden
Nr. P 575623 7,95 €



Viktor Aschenbrenner
Typisch Sudetendeutsch
Typisch Sudetendeutsch stellt in Geschichten, Gedichten und Liedern vor, was das Land und seine Menschen so liebenswert macht. 38 Abb. 164 Seiten/Gebunden
Nr. P 575413 7,95 €

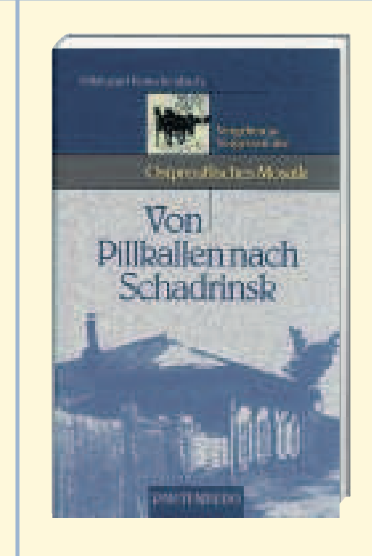


Rainer Schepper
Typisch Westfälisch
Typisch Westfälisch stellt in Geschichten, Gedichten und Liedern vor, was das Land und seine Menschen so liebenswert macht. 17Abb. 184 Seiten/Gebunden
Nr. P 575414 7,95 €



Ernst-Otto Luthardt
Sagen aus Schwaben
Das Besondere an dieser Ausgabe sind die den Sagen beigegebenen Informationen, die helfen, die Orte der Sagen zu lokalisieren. 136 Seiten/Gebunden
Nr. P 575585 7,95 €

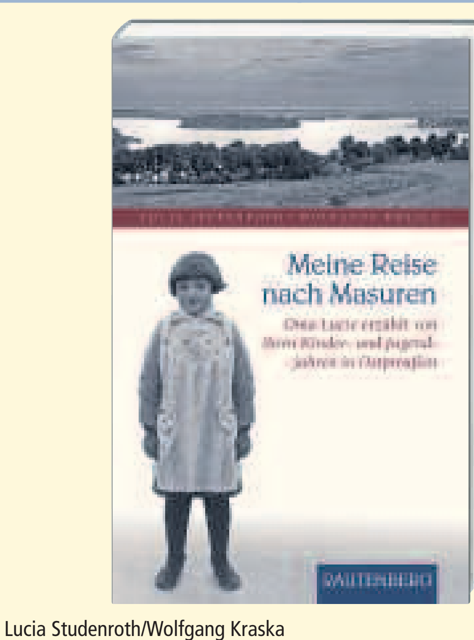
Hildegard Rauschenbach
Zuhause in Pillkallen
Dorfgeschichten erlebt in Ostpreußen
In diesem ersten Teil ihrer Autobiografie beschreibt Hildegard Rauschenbach das dörfliche Leben in Ostpreußen und die Zeit ihrer Kindheit und Jugend. Ihre Erlebnisse aus diesen Tagen, Erinnerungen an alte Gehöfte mit ihren Menschen lassen die Vergangenheit wieder lebendig werden. 184 Seiten/Gebunden mit Schutzumschlag
Nr. P 1049 12,95 €



Hildegard Rauschenbach
Von Pillkallen nach Schadrinsk
Vergeben ja, vergessen nie
In diesem zweiten Teil ihrer Autobiografie schildert die Autorin die bewegenden Umstände des Lagerlebens in Sibirien, das sie am eigenen Leib erfahren musste. Sehr oft konnte sie vor Hunger nicht einschlafen, obwohl sie von der schweren Arbeit total erschöpft war. Hoffnungslosigkeit griff um sich. 192 Seiten/Gebunden mit Schutzumschlag.
Nr. P 5055 12,95 €



Hildegard Rauschenbach
Marjellchen wird Berlinerin
Heimkehr aus Sibirien und Neuanfang
In „Marjellchen wird Berlinerin" beschreibt Hildegard Rauschenbach eindrücklich und persönlich das Leben in Berlin von ihrer Rückkehr aus Sibirien im Jahr 1948 bis zum Fall der Mauer 1989. Und trotz der Herausforderungen des Neubeginns sind die Gedanken auch oft in der alten Heimat. 224 S./Gebunden mit Schutzumschlag.
Nr. P 1366 12,95 €




Lucia Studenroth/Wolfgang Kraska
Meine Reise nach Masuren
Oma Lucie erzählt von ihren Kinder- und Jugendjahren in Ostpreußen
Erinnerungen aus Paradies und Höllenfeuer – Wenn Oma Lucie, eine über 90jährige Ostpreußin, erzählt, erwachen augenblicklich Bilder aus längst vergangenen Tagen zu neuem buntem Leben. Rührend schöne Erinnerungen an ein Kinderparadies werden greifbar, aber genauso die Widersprüche des Erwachsenwerdens in einem totalitären Staat sowie die unbarmherzigen Grausamkeiten des Kriegsendes. Oma Lucie erzählt so, wie es in ihrer Familie schon seit ehedem üblich ist. Tief verwurzelt in alter familiärer Erzähltradition fesselt sie augenblicklich die Aufmerksamkeit des Lesers. Zusammen mit ihrem Neffen Wolfgang hat sie ihre Erinnerungen zu einer Art Reisebericht zusammengestellt. Die Reise führt zurück in ein untergegangenes Land, in dem die kleine Lucie zunächst eine traumhaft schöne Kindheit in dem winzig kleinen Radostowen im Landkreis Ortelsburg verlebt. Später siedelt die Familie in die Allensteiner Gegend um. Je erwachsener Lucie wird, umso mehr erkennt sie die harten Zwänge der Wirklichkeit, bis sie nach dem Höllenfeuer des Krieges mit ihrer Familie Ostpreußen verlassen muss. 18 S/W-Bilder. 272 Seiten.
Nr. P 533177 Gebunden mit Schutzumschlag 16,95 €



Astrid von Menges (Hrsg.)
Orangen für Königsberg
Die dageblieben Elvira Syroka erzählt
240 Seiten/Gebunden
Nr. P 533143 14,95 €

Über 65 Jahre ist es her, dass der letzte Flüchtlingstransport Königsberg verließ. Was aber geschah mit den Zurückgebliebenen? Wie lebten sie? Elvira Syroka erzählt ihre Erlebnisse stellvertretend für jene, die in ihrer alten Heimat geblieben sind. 1930 in Lichtainen bei Osterode geboren wurde sie mit ihrer Familie 1945 von der Roten Armee nach Königsberg verschleppt. Die nächsten 3 Jahre waren ein Kampf ums Überleben. Mit dem letzten Flüchtlingstransport 1948 gelang es ihren Eltern und ihren beiden Schwestern in den Westen auszureisen. Sie selbst blieb durch unglückliche Umstände zurück und richtete sich in diesem Leben ein.



Helga Kutz-Bauer
Königsberger Schnittmuster
Von Glück und Not 1807-1923
Ostpreußischer Familienroman
385 Seiten/Gebunden
Nr. P 533140 14,95 €

Vier Generationen von Frauen werden in diesem spannenden, vielschichtigen Epos beschrieben. Im Mittelpunkt der Handlung steht die Marketenderin Carine. Viele Jahre hat sie das Heer Napoleons begleitet. Jetzt ist sie den Krieg leid und beschließt ihr Kind in Königsberg aufziehen. Schnell bekommt sie Kontakt zu der einheimischen Bevölkerung. Ihre Kenntnisse in der Heilkunde und ihre Begabung für Handarbeiten sichern ihren Lebensunterhalt und bringen ihr Freundschaften. Das Land wird Carine zur Heimat. Schnell ist ihr Sohn erwachsen und geht seiner Wege. Einige Jahre später vertraut er seiner Mutter seine Tochter Sophie zur Erziehung an. Mit dem Heranwachsen von Maries Kindern endet dieser erste Band.



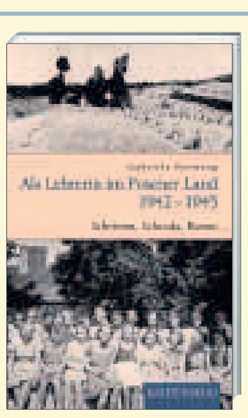
Helga Kutz-Bauer
Königsberger Kreuzwege
Von glücklichen Tagen und schrecklichen Zeiten 1923-1945
Ostpreußischer Familienroman
358 Seiten/Gebunden
Nr. P 533141 14,95 €

Die Fortsetzung des Romans Königsberger Schnittmuster schildert, wie die politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse von Diktatur und Krieg in das Leben der Menschen eingreifen. Im Mittelpunkt des 2. Bandes stehen Friede und Trude, die Töchter von Marie. Friede schafft es, eine Ausbildung in einer Handelsschule abzuschließen. Sie lernt den gutsituierten Otto kennen, heiratet ihn gegen den Widerstand seiner Mutter. Am Tag der Geburt seines ersten Kindes muss Otto als Sanitäter zum Wehrdienst einrücken. Trude bekommt zwei Kinder, bevor sie ihren Hans heiraten kann. Unter dramatischen Umständen fliehen beide Frauen am Ende des Krieges in den Westen. Dort treffen sie fast die gesamte Familie wieder.



Gertrud Papendick
Das Haus des Konsul Kanther
Roman einer Königsberger Familie
416 Seiten. Gebunden mit SU
Nr. P 533132 14,95 €

Dieser Roman führt den Leser in die Welt der Anfangsjahre des vergangenen Jahrhunderts nach Königsberg, in denen morsche Formen zerbröckeln und eine neue Zeit anbricht. Konsul Kanther regiert die Seinen streng konservativ, aber die Söhne und Töchter, alle von stark ausgeprägter Wesensart, suchen aus dem ehrwürdigen Kantherhaus auszubrechen und eigene Wege zu gehen. „Das Haus des Konsul Kanther" ist das Portrait einer brüchigen Gesellschaft voll menschlicher Probleme und Spannungen – ein fesselndes, farbiges und dicht gewobenes Bild einer uns fernen, nahen Vergangenheit. Die erzählerische Kraft der Autorin, ihre bildhafte und klare Sprache erweckt eine versunkene Welt.



Gabriele Hornung
Als Lehrerin im Posener Land 1942–1945
Schrimm, Schroda, Bomst ...
Geb. mit SU. 30 S/W-Abb.176 S.
Nr. P 533152 14,95 €

Gabriele Hornung, 1922 geboren, erzählt an Hand ihrer Tagebuchaufzeichnungen wie sie als zwanzigjährige Lehrerin aus Berlin in das Posener Land kam und dort in Gultsch an einer einklassigen Dorfschule und später an einem Internat in Scharnikau unterrichtete. Landschaft und Schulalltag im Rhythmus der Jahreszeiten werden lebendig und bei allem Ernst auch humorvoll, mit lustigen Anekdoten, beschrieben. Immer stehen dabei die Kinder im Mittelpunkt, zunächst in der Dorfschule die kleineren, die der Lehrerin Blumen schenken und so ihre große Zuneigung ausdrücken. Der Bericht endet mit der Flucht aus Scharnikau im Januar 1945 vor der heranrückenden russischen Front.



Wilhelm Scholz
Ostpreußisches Liederbuch
Liedtexte und Notensatz
64 Seiten/Gebunden mit Schutzumschlag
Nr. P 533112 9,95 €

61 Lieder (mit Notensatz) herausgegeben von Wilhelm Scholz, erinnern an das alte Ostpreußen. In ihnen klingen die dunklen Wälder und weiten Wiesen, die bedeutenden Kirchen und Burgen und auch der Bernstein wieder. Besinnliches und Heiteres finden sich in dieser Sammlung, die Buntheit des alten ostpreußischen Lebens spiegelt sich in den Liedtexten und Noten wieder. Lieder aus niederdeutscher Wurzel gemeinsam mit solchen masurischer Prägung und denen dem Litauischen verwandten ergeben ein unteilbares Gesamtbild des ostpreußischen Liedgutes. Lieder erhalten die Stimme der Heimat lebendig.

RAUTENBERG
BUCHHANDLUNG

Bitte Bestellcoupon ausfüllen und absenden, faxen oder Bestellung einfach telefonisch durchgeben:

RAUTENBERG Buchhandlung
in der Verlagshaus Würzburg GmbH & Co. KG
Beethovenstraße 5 B
97080 Würzburg
Telefon 09 31/ 46 58 89-12
Telefax 09 31/ 46 58 89-29
Email info@rautenberg-buch.de
Internet www.rautenberg-buch.de

Lieferung erfolgt gegen Rechnung. Achtung, die Versandkostenpauschale beträgt nur € 4,00*, ab einem Bestellwert von 80,00 € ist die Lieferung versandkostenfrei* (*nur gültig bei Versand innerhalb Deutschlands). Auslandslieferung gegen Vorkasse. Dabei werden die tatsächlich entstehenden Portogebühren berechnet. DVDs und CDs sind vom Umtausch ausgeschlossen.

Anzahl	Bestell-Nr.	Titel	Preis €

Vorname .... Name ....

Straße/Nr. .... Telefon ....

PLZ/Ort ....

Datum .... Unterschrift ....

BÜCHER • KARTEN • KALENDER • FAHNEN/PINS • DVD/CD • SPIRITUOSEN • MARZIPAN • BERNSTEIN
Telefon 09 31/46 58 89 12 • Telefax 09 31/46 58 89 29 • www.rautenberg-buch.de
Telefonische Erreichbarkeit: Montags bis Freitags von 9.00 Uhr – 12.00 Uhr und 13.00 – 17.00 Uhr

MELDUNGEN

Steuergeld für dubiose Gruppe

Dresden – Von Januar bis Juli konnten erst 54 ausreisepflichtige Personen aus den Maghrebstaaten aus Sachsen abgeschoben werden, obwohl sich Ende Juli 1375 akut Ausreisepflichtige aus der nordafrikanischen Region im Freistaat aufhielten. Ein Grund unter mehreren: Der auch mit Steuergeldern finanzierte „Sächsische Flüchtlingsrat“ gibt den Ausreisepflichtigen Tipps, wie sie sich ihrer Abschiebung wirksam widersetzen können. *H.H.*

Ägypten schützt Mädchen

Kairo – Ägypten bekämpft erstmals Geschlechtsverstümmelungen an Mädchen. Weit über 90 Prozent der ägyptischen Frauen wurden in ihrer Kindheit beschnitten, wodurch Ägypten zusammen mit Somalia die weltweite Häufigkeitsstatistik dieses psychisch wie physisch meist verheerenden Eingriffs anführt. Ein Gesetz sieht vor, dass die Durchführung solcher „Operationen“ mit einer Freiheitsstrafe von fünf bis sieben Jahren geahndet wird. *TWW*

ZUR PERSON

Ein engelhafter Schleuser

Bundestagsabgeordnete sind auch keine Engel. Zur Deliktpalette, die von Trunkenheit am Steuer über Steuerhinterziehung bis zur Fälschung des Lebenslaufes reicht, ist aktuell Schleuserkriminalität hinzugekommen. Der Linken-Politiker **Diether Dehm** hat zugegeben, einen nach Italien gelangten afrikanischen Halbwaisen im Auto über die Schweizer Grenze nach Deutschland geschmuggelt zu haben, wo dessen Vater lebt.

Dass die Aktion illegal war, kümmert Dehm nicht. „Ich bin mit mir im Reinen“, ließ er in der „Bild am Sonntag“ wissen. Trotzdem könnten strafrechtliche Konsequenzen folgen, vor denen ihn auch seine Immunität als Abgeordneter nicht schützen wird. Denn auf „Beihilfe zur unerlaubten Einreise“ droht eine mehrmonatige Freiheits- oder Geldstrafe. Angesichts heutiger Asylpolitik ist es aber viel wahrscheinlicher, dass Dehm von allen Seiten für seinen „humanitären Einsatz“ gelobt wird und er mit einem blauen Auge davonkommt.

Ähnlich im Sande verliefen einst Vorwürfe gegen ihn wegen seiner Stasi-Tätigkeit im Westen in den 70er Jahren. Der 66-jährige Frankfurter hat genug Freunde, die ihm den Rücken freihalten. Bevor er 1998 der Linken-Vorgängerin PDS beitrat, war er viele Jahre SPD-Mitglied. In dieser Zeit machte der Schlossersohn, der nach einem Studium der Heilpädagogik den Doktortitel führt, als Musikproduzent ein Vermögen. Er schrieb für Klaus Lage den Hit „1001 Nacht“ (und es hat Zoom gemacht).


Bild: Blömke/Kosinsky/Tschöpe

Inzwischen gönnt sich der zum europapolitischen Sprecher seiner Fraktion beförderte Dehm eine Villa am Lago Maggiore, wo er den afrikanischen Halbwaisen ein paar Tage beherbergte, und gibt sich auch sonst als hilfsbereiter Engel. So fand Ex-Terrorist Christian Klar eine Beschäftigung in Dehms Bundestagsbüro. Fehlt bloß, dass er „seinen“ Afrikaner als Assistenten in den Bundestag einschleust. *tws*



Schäubles Bad in der Menge

Wenn der Gauner großzügig tut

Wie oft man uns schon Steuererleichterungen versprochen hat, was daraus wurde, und wie Frauke Petry zur Attacke einlud / Der Wochenrückblick mit HANS HECKEL

Ist denn schon Bundestagswahl? Schon heute verspricht uns die Bundesregierung, die Deutschen per Steuersenkung um insgesamt 6,3 Milliarden Euro zu entlasten. In zwei Schritten soll das passieren, nämlich 2017 und 2018. Da das jetzt schon festgezurrt wurde, wollen wir auch ganz fest daran glauben.

Das haben wir schließlich immer getan, wenn die Kanzlerpartei mit solchen Ankündigungen unsere Augen zum Glänzen brachte. 2005 erklomm Merkel mit knapper Not durch wenige Promille Vorsprung vor Schröder den Kanzlerthron. Die Stimmen hatte sie auch aus Dankbarkeit für die Zusage bekommen, die Steuern spürbar zu senken.

Dafür sollte auf der anderen Seite die Mehrwertsteuer um zwei Punkte angehoben werden, damit der Staat nicht noch mehr Schulden machen muss. Das lehnte die SPD kategorisch ab. Am Ende einigten sich beide darauf, die Mehrwertsteuer statt um null (SPD-Forderung) oder um zwei (Unions-Forderung) doch besser gleich um drei Punkte anzuheben, von 16 auf 19 Prozent.

Wir waren schon ein bisschen ungehalten damals. Aber das hielt zum Glück nicht lange, denn schon zur Bundestagswahl 2009 hieß es wieder: Merkel will die Steuern senken. Natürlich haben wir sie dafür gewählt, wer wollte sich den warmen Regen denn entgehen lassen?

Warmer Regen? Es blieb trokken, was dann schon der eine oder andere übel nahm, überraschenderweise aber nicht der Kanzlerpartei. Ihr neuer Koalitionspartner FDP strampelte sich vier Jahre lang vergeblich ab, die Steuerlast herunter zu bekommen. Einmal konnten wir im Fernsehen einem teuflisch grinsenden Finanzminister Schäuble zusehen, wie er neben dem hilflos barmenden FDP-Chef Rösler saß, als wollte der alte Fuchs sagen: Lauf nur los, du Hosenmatz, ich hab' überall Fallen gelegt.

Die Liberalen hatten keine Chance. Sie konnten nichts durchsetzen und sind 2013 folgerichtig verdampft. Nicht so die Kanzlerpartei, die auch 2013 mit dem Evergreen „CDU will Steuern senken“ abermals unser vollstes Vertrauen errang. Was nun schon wieder drei Jahre her ist, weshalb es Zeit wurde, die alte zerkratzte Platte von Neuem aufzulegen. Und siehe: Sie knarzt ebenso verlockend wie ehedem!

Und wie geht es nach der Wahl weiter? Auch das können wir mit Blick auf 2002 und die Folgewahljahre ziemlich genau vorhersagen. Dann werden sich ganz unverhofft „neue, unvorhergesehene Herausforderungen“ auftun, die eine Steuersenkung „zum jetzigen Zeitpunkt nicht vertretbar erscheinen lassen“.

Wobei der Begriff „spürbare Steuersenkungen“, den das Haus Schäuble gewählt hat, schon an sich bemerkenswert ist, wenn man auf die Summe von sechs Milliarden Euro blickt. Der Finanzminister wird nämlich allein in diesem Jahr einen Haushaltsüberschuss von 18 Milliarden „erwirtschaften“ verkündet man stolz in Berlin.

> Nach den Wahlen machen dann immer »unvorhergesehene Herausforderungen« die Pläne zunichte

„Erwirtschaften“ klingt wunderbar solide, ehrlich und kompetent: Da kann aber einer mit Geld umgehen. Oder? Nun, wer hinter den schönen Vorhang blickt, dem vertrocknen die hübschen Worte im Mund zu Staub, denn was er dort zu sehen bekommt, ist eher ein legaler Trickbetrug als der Erfolg soliden Wirtschaftens.

Seit Beginn des Kreditwesens, das es schon vor der Erfindung des Geldes gab, bekommt der Kreditgeber vom Kreditnehmer eine Gegenleistung für die Ausleihe, Zins genannt. Erstmals in der Geschichte haben unsere Mächtigen diesen Zins brutal abgeschafft, damit sie sich Geld umsonst leihen können. Und zwar bei uns, über unsere private Altersvorsorge und unsere Ersparnisse.

Sie zwingen die Versicherer per Gesetz, unser Geld „sicher“ anzulegen, also in Staatsanleihen. So holt sich Schäuble unser Geld. Dann muss er nur noch warten, bis die Inflation dessen Wert wegschmilzt. Das nennt er dann „erwirtschaften“, wo andere wohl an Diebstahl denken mögen.

Aber Halt: Inflation? Die gibt es doch gar nicht mehr! Sagen uns zumindest die staatlichen Statistiker. Auch die Politik und die vielen „unabhängigen Experten“ beglückwünschen uns immer wieder zur Stabilität unseres Geldes. Manche jammern sogar, dass es zu stabil sei, was die Wirtschaft lähme.

Blöderweise ist in diese süße Mär von der Geldwertstabilität ein Urteil des Karlsruher Bundesverfassungsgerichts hineingeplatzt. Das hat vor Jahren befohlen, dass der Hartz-IV-Regelsatz stets mindestens das Existenzminimum abdecken muss.

So haben wir seitdem einen ziemlich genauen Gradmesser dafür, wie es um die Preisentwicklung bei Waren des täglichen Bedarfs bestellt ist. Anders gesagt: Wie sich der Wert unseres Geldes im Supermarkt entwickelt. Zum 1. Januar soll der Hartz-Satz für Alleinstehende von 404 auf 409 Euro steigen, etwa 1,2 Prozent.

Das wäre also ungefähr die tatsächliche Geldentwertung 2016. Nicht viel, oder? Kommt drauf an: Schäuble gibt zum Beispiel zehnjährige Staatsanleihen heraus, leiht sich das Geld auch aus der von der Politik wärmstens empfohlenen Riester-Rente für zehn Jahre. Wenn die um sind, hat die Summe bei 1,2 Prozent Inflation fast zwölf Prozent ihrer Kaufkraft eingebüßt, nach 30 Jahren sogar mehr als 30 Prozent. Dann kommt noch der Versicherungskonzern oder die Bank mit ihren Gebühren und aus ist's mit dem „abgesicherten Lebensabend“.

So verspricht der Finanzminister also lediglich, uns mit den sechs Milliarden Euro ein Drittel der in genannter Weise auf unsere Kosten „erwirtschafteten“ 18 Milliarden zurückzugeben. Dieser Mann muss von einem tiefen Drang nach Fürsorge und Gerechtigkeit für die deutschen Steuerbürger getrieben sein.

Aber was soll er denn machen, Wahlkampf ist schließlich Wahlkampf. Und wenn man den Leuten schon nichts anbieten will, dann muss man wenigstens so tun. Die Politiker bauen darauf, dass das mit den Zinsen und dem Kaufkraftverlust für die meisten Leute sowieso zu kompliziert ist. Die gucken auf ihre Banknoten und sagen sich: Kaufkraftverlust? Wo denn? Steht doch immer noch zehn Euro drauf?

Hilfreich ist nicht bloß unsere Dummheit. Freundlicherweise tut auch die lästige Konkurrenz der Regierung von Zeit zu Zeit die Liebe, etwas Angreifbares zu veranstalten. Frauke Petry hat gesagt, sie finde den Begriff „völkisch“ gar nicht so schlimm, der sei doch bloß ein dem Wort Volk zugehöriges Attribut.

Heilige Einfalt! Ganz so einfach ist das natürlich nicht. Unter einem Nationalsozialisten stellt man sich doch ebenfalls keinen patriotischen Sozialdemokraten mehr vor, seit das Wort historisch anders besetzt ist. So hat auch „völkisch“ eine gewisse Färbung angenommen, die über den reinen Wortsinn hinausgeht.

Aber egal: Petrys seltsamer Ausflug in die unbedarfte Begriffslehre wurde voller Wonne aufgegriffen, die Attacke startete umgehend. Auf tagesschau.de prangt eine Ausgabe des „Völkischen Beobachters“, womit alles gesagt ist, was insinuiert werden soll: Die AfD-Chefin hat sich nun endgültig als Nazi entlarvt – Klappe zu, Affe tot!

Dabei ist den freudigen Angreifern allerdings entgangen, dass sie einen toten Gaul reiten, den sie selbst auf dem Gewissen haben. Seit mehr als einer Generation und in letzter Zeit mit geradezu hysterischem Eifer schieben sie jeden in die Nazi-Ecke, der ihnen politisch rechts vorkommt. Auf die Weise haben sie das Schreckwort solange totgeritten, bis es in den Augen von immer mehr Menschen seinen eigentlichen Inhalt verloren hatte. Wenn wir heute hören, dass der oder die ein „Nazi“ sein soll, verstehen wir automatisch: Aha, da hat also jemand den Euro kritisiert oder die Asylpolitik, mehr nicht.

So ist das eben: Inflation kann nicht nur Geld entwerten, sondern auch Wörter. Irgendwann liegen sie dann wertlos in der Ekke und haben jede Aussagekraft verloren – Nazi! Na und?

MEINUNGEN

Gegenüber dem US-Sender Bloomberg äußerte sich Russlands Präsident ***Putin*** *am 9. September zu der Frage des Reporters, ob Moskau das Königsberger Gebiet abtreten sollte, wobei er die* ***Oder-Neiße-Gebiete*** *bemerkenswerterweise als* ***„ostdeutsche Gebiete“*** *bezeichnete:*

„Falls jemand den Wunsch verspürt, die Ergebnisse des Zweiten Weltkriegs zu überschreiben, dann soll er das gerne versuchen. Aber dann sollte man nicht über Kaliningrad (Königsberg) allein diskutieren, sondern generell über ostdeutsche Gebiete (in Polen), über Lwiw-Lemberg (Westukraine), das vor dem Krieg Teil von Polen war (und über) Teile des heutigen Ungarns, Rumäniens und andere Länder (... unverständlich). Also, falls jemand diese Büchse der Pandora öffnen möchte, dann soll er das doch versuchen – viel Spaß damit.“

Der CSU-Bundestagsabgeordnete ***Hans-Peter Uhl*** *warnt in einem Beitrag für das „Handelsblatt“ (7. September)* ***die Unionsparteien*** *davor, den Kontakt zu den konservativen* ***Wählern*** *zu verlieren:*

„Eine Entkoppelung der Parteien vom Bürgerwillen hätte für die Union eine wesentlich größere Dramatik als für die linken Parteien. Letztere gefallen sich ja traditionell in einer avantgardistischen Missachtung des Volkes. Die Worterfindung „Stammtischgerede“ steht für diesen herablassenden Blick und auch das Wort Populismus ist in einer Demokratie als Schimpfwort so abwegig wie es das Wort Royalismus in einer Monarchie wäre. Konservative aber wählen nicht zufällig den Slogan: ‚Näher am Menschen‘.“

Oliver Weber *entdeckt in der Debatte um die* ***Globalisierung antidemokratische*** *Untertöne. In „Tichys Einblick“ (12. September) schreibt er:*

„Wenn immer von den ‚Zwängen der Globalisierung‘ die Rede ist, von den nicht-schützbaren Grenzen und der zwanghaft zusammenwachsenden Welt, wird die Demokratie, verstanden als Ausdruck der Volksherrschaft, entkernt und kleingeredet.“

FDP-Chef ***Christian Lindner*** *unterstützt die Forderung von CSU-Chef* ***Horst Seehofer, ARD und ZDF*** *zu einem Sender zusammenzulegen, wie er dem Journalistenportal „Meedia“ (12. September) erklärte:*

„Der öffentlich-rechtliche Rundfunk in Deutschland ist zu groß, zu intransparent und zu teuer. Die heutige Anzahl von Sendern und digitalen Angeboten geht weit über den gesetzlichen Auftrag hinaus und verdrängt private Angebote“

Manfred Haferburg *warnt auf dem Autorenportal „Achse des Guten (12. September) davor,* ***alle Probleme*** *in Deutschland ausschließlich auf die Person von Kanzlerin und CDU-Chefin* ***Merkel zu projizieren:***

„Wohlbemerkt: Kanzlerin Merkel ist nur die Gallionsfigur der Misere unserer Demokratie. Ihre Partei, die Schwesterpartei, die mitregierenden Sozialdemokraten sowie die Jubel-Opposition sind genauso mitverantwortlich wie die unsäglich gleichgeschalteten Medien.“